

II. Der Prozess der Anerkennung der DDR durch Frankreich

In den internationalen Beziehungen kommt dem Akt der diplomatischen Anerkennung und der damit einhergehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen zwei Staaten im Regelfall eine große Bedeutung zu, markiert er doch üblicherweise den Ausgangspunkt einer Entwicklung im Verhältnis der betreffenden Staaten. Im Fall der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR am 9. Februar 1973 lagen die Dinge jedoch etwas anders. Hier handelte es sich nicht um den aus juristischer Sicht einmaligen unilateralen Akt⁴⁷⁹, sondern um den Bestandteil eines sich über mehr als ein Jahrzehnt erstreckenden, nie ganz abgeschlossenen Prozesses. Die Auswirkungen des Ereignisses waren im Verhältnis zur Bedeutung, die ihm seinerzeit beigemessen wurde, marginal. Weder auf kultureller noch auf wirtschaftlicher Ebene brachte dieses Ereignis eine signifikante Veränderung mit sich: Das Handelsvolumen stagnierte und erst 1980 konnte ein Kulturabkommen unterzeichnet werden. Tatsächlich fand der entscheidende qualitative Wandel in den französisch-ostdeutschen Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen bereits einige Jahre zuvor im Rahmen ihrer progressiven Normalisierung statt. Auch auf politischer Ebene blieb die diplomatische Anerkennung lange Zeit ohne reale Auswirkungen: 1979 reiste erstmals ein französischer Außenminister in die DDR und erst 1980, also sieben Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, gelang es am Ende äußerst zäher Verhandlungen, eine Einigung über ein Konsularabkommen zu erzielen, und das, obwohl die Aufnahme konsularischer Beziehungen im Normalfall mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen einhergeht. Hauptursache für die ausbleibende Entwicklung war das Nicht-akzeptieren-Können der deutschen Teilung durch Frankreich – eine Situation, aus der auch über das Jahr 1973 hinaus der besondere Charakter der französisch-ostdeutschen Beziehungen resultierte.

Und noch etwas ist anders. Zwar war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und der Französischen Republik am 9. Februar 1973 der Form nach ein bilateraler Akt, dem Wesen nach handelte es sich jedoch um einen multilateralen Akt – sichtbarstes Zeichen: Frankreich und Großbritannien nahmen am selben Tag diplomatische Beziehungen mit der DDR auf. Es handelte sich mithin vielmehr um die Konsequenz eines multilateralen Verhandlungsprozesses zwischen zahlreichen Staaten und auf unterschiedlichsten Ebenen sowie um den Bestandteil einer auf die KSZE ausgerichteten multilateralen Entspannungspolitik.⁴⁸⁰ Zwar vertrat Frankreich in diesem Zusammenhang seine Interessen auch auf bilateraler Ebene in den Verhandlungen mit der DDR. Die eigentlich mit diesem Prozess verbundenen Interessen Frankreichs, nämlich die Überwindung der

⁴⁷⁹ Cf. Paech/Stuby, *Machtpolitik und Völkerrecht*, S. 292–300.

⁴⁸⁰ Zum KSZE-Prozess cf. Romano, *From Détente in Europe to European Détente*; zur französischen KSZE-Politik cf. auch Heyde, *Nicht nur Entspannung und Menschenrechte*.

europäischen Teilung⁴⁸¹ und in Verbindung damit die Klärung des „deutschen Problems“, ließen sich hingegen nur in einem multilateralen Rahmen wirksam vertreten.

Bezeichnend für die Unterschiede gegenüber einer „normalen“ Anerkennung war das Bemühen Frankreichs, im Zusammenhang mit dem 9. Februar 1973 offiziell nicht von diplomatischer Anerkennung, sondern von der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu sprechen. Als Moment der Anerkennung wurde stattdessen ex post die Gemeinsame Erklärung der vier Alliierten vom 9. November 1972 definiert, mit der man sich verpflichtet hatte, die beiden deutschen Staaten bei ihrer Aufnahme in die UNO zu unterstützen, oder auch die zuvor signalisierte Bereitschaft für eine europäische Sicherheitskonferenz, deren Zustandekommen eine De-facto-Anerkennung der DDR voraussetzte.

1. Die beginnende Normalisierung der Beziehungen auf wirtschaftlicher, kultureller und parlamentarischer Ebene 1968–1972

Die französische Ost- und Entspannungspolitik, die mit der Reise von Charles de Gaulle nach Moskau im Jahre 1966 einen Höhepunkt erreicht hatte⁴⁸², erfasste, obschon mit einiger Verzögerung, auch die französisch-ostdeutschen Beziehungen. Erste Vorboten dieser Entwicklung waren auf kultureller Ebene das Gastspiel des Deutschen Theaters in Paris im Juni 1966 und auf wirtschaftlicher Ebene das Entgegenkommen Frankreichs in der Frage des Handelsvolumens und der Kontingentierung der DDR-Importe bei der Aushandlung des jährlichen Abkommens im Dezember desselben Jahres. Die seit 1963 betriebene französische Ostpolitik war für de Gaulle und seinen Außenminister eng verbunden mit dem „deutschen Problem“. Man hoffte auf diesem Weg ein „Klima der Entspannung“ zu schaffen, das eine Lösung dieses Problems in einem gesamteuropäischen Rahmen erlauben sollte. Damit verbunden war die Erwartung, dass andere auf diesem Weg folgen würden. Wenn Maurice Couve de Murville während einer Anhörung durch den Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung wenige Tage vor der Reise de Gaulles nach Moskau davon sprach, dass man hoffe, das französische Beispiel möge Schule machen, dann bezog sich dies in erster Linie auf die Bundesrepublik.⁴⁸³

⁴⁸¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Auszug aus einer Rede Schumanns vor der Nationalversammlung am 9. 6. 1972 im Zusammenhang mit den französisch-ostdeutschen Beziehungen: „Les initiatives de la France, les paroles prononcées en son nom, et d’abord par la voix la plus autorisée, n’ont qu’un objet: adjurer l’Europe de ne pas manquer la grande occasion. La grande occasion d’être elle-même et de peser enfin de tout son poids.“

⁴⁸² Väisse, *La grandeur*, S. 425–431.

⁴⁸³ ANF, 20060133/5: Protokoll der Sitzung vom 9. 6. 1966, S. 41f.: „[...] c’est pour cette raison [Notwendigkeit eines „climat de détente“ – Ch. W.], pour laquelle pour notre part nous essayons depuis quelque temps, et d’ailleurs ils s’y prêtent bien volontiers, d’établir avec les pays de l’Est, ceux que l’on appelait autrefois des satellites, et l’Union soviétique elle-même des rapports nouveaux, des rapports économiques, des rapports culturels, des rapports scientifiques et techniques et aussi des rapports politiques,

In Moskau nahm de Gaulle Gelegenheit, die französische Position hinsichtlich einer diplomatischen Anerkennung der DDR zu bekräftigen.⁴⁸⁴ Dies hindere Frankreich aber nicht, wie Couve de Murville gegenüber französischen Parlamentariern 1966 erstmals betonte, etwa die Handelsbeziehungen zur DDR auszubauen.⁴⁸⁵ Als Vorbote eines Wandels kann auch die von Couve de Murville im Rahmen des Ausschusses Ende 1966 geübte Kritik am ATO gewertet werden; Hintergrund war die durch dieses System verstärkte Begünstigung des innerdeutschen Handels zu Lasten der anderen EWG-Staaten. Es war vorerst nur eine Andeutung, aber die Abschaffung des ATO war Mitte der 1960er Jahre auch für den französischen Chefdiplomaten in den Bereich des Vorstellbaren gerückt.⁴⁸⁶

Während die Haltung der französischen Außenpolitik gegenüber der Frage der Anerkennung der DDR und damit gegenüber dem Problem der Wiedervereinigung als natürlicher Bestimmung der deutschen Nation unverändert blieb, setzte 1967/68 allmählich ein Wandel in der Einstellung gegenüber den wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem zweiten deutschen Staat ein. Befördert wurde dies nicht zuletzt durch die allmähliche Aufweichung der Hallstein-Doktrin infolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien 1967 sowie zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien ein Jahr später. Wenn Couve de Murville fortan im Auswärtigen Ausschuss auf die Anerkennung der DDR durch Frankreich angesprochen wurde, so versäumte er nicht, darauf hinzuweisen, dass die grundsätzliche Haltung Frankreichs Raum für eine gewisse Normalisierung der Beziehungen auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene lasse.⁴⁸⁷ Die kurz zuvor bewirkten Erleichterungen bei der TTD-Vergabe

puisqu'en définitive tout se ramène toujours à la politique quand cela devient important. [...] Tout cela est le développement d'une politique qui, encore une fois, est délibérée et consciente en quelque sorte, et nous souhaitons, si je puis dire, faire école.“

⁴⁸⁴ Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur Grundhaltung Frankreichs gegenüber der DDR (Zweiter Teil, C., III., 1.).

⁴⁸⁵ ANF, 20060133/5: Protokoll der Sitzung vom 16. 11. 1966, S. 87: „Même si la France ne reconnaît pas le gouvernement de la DDR rien de ce que j'ai dit ne pouvait faire penser que je ne reconnaisse pas l'état de fait. À partir du moment où l'on parle du problème de la réunification, on reconnaît que l'Allemagne est divisée. Des problèmes se posent. D'abord celui des relations économiques. Mais M. Billoux sait aussi bien que moi quelle est la situation à ce point de vue. Nous avons des échanges économiques et même des accords économiques avec l'Allemagne de l'Est par le truchement de la chambre de commerce dont il a parlé. Nos industriels participent à la Foire de Leipzig et nos partenaires de l'Allemagne de l'Ouest ne cachent pas qu'ils trouvent que nous faisons beaucoup trop de commerce avec l'Allemagne de l'Est.“

⁴⁸⁶ Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 13. 12. 1966, S. 46: „C'est là un ensemble de questions qui en définitive sont assez complexes et délicates dont je ne nie nullement qu'elles peuvent avoir des conséquences fâcheuses et dont je ne dis pas non plus que nous devions en rester là pour l'éternité.“

⁴⁸⁷ ANF, 20060134/2: Protokoll der Sitzung vom 19. 5. 1967, S. 29: „À l'origine de cette affaire, la situation était différente. Le régime de la République démocratique allemande avait été organisé artificiellement. Puis il s'est établi et peu à peu consolidé. Il reste que c'est le grand problème en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne. Pour le moment, nous ne voyons pas pour quelle raison nous modifierions notre position initiale, laquelle consiste à ne pas reconnaître ce régime tout en entretenant avec lui des relations de fait, notamment dans le domaine commercial.“

bezeichnete er dementsprechend als den Beginn einer in diese Richtung weisenden Entwicklung.⁴⁸⁸

Der Verkauf der SECAM-Technologie als Gradmesser der Normalisierung

In den französisch-sowjetischen Beziehungen war die SECAM-Technologie ein Symbol für die von de Gaulle seit 1963 betriebene Entspannungspolitik.⁴⁸⁹ Knapp vier Jahre nachdem Frankreich die Sowjetunion für die SECAM-Norm gewonnen hatte, verkaufte man diese Technologie im März 1969 auch an die DDR. In den französisch-ostdeutschen Beziehungen spiegeln die sich über mehrere Jahre erstreckenden Verhandlungen die allmähliche Normalisierung auf wirtschaftlicher Ebene und in einem geringeren Maße auch auf kultureller Ebene wider.

Seit 1963 wurde die französische Farbfernsehtechnologie (SECAM) auf der Leipziger Messe ausgestellt. Erste Anläufe für Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR gab es nur wenige Monate nach der Unterzeichnung des französisch-sowjetischen Abkommens im März 1965. Sie scheiterten jedoch am Versuch der DDR, bei dieser Gelegenheit das TTD-System zu unterwandern.⁴⁹⁰ In den folgenden Jahren trafen sich die Verhandlungsführer beider Seiten mehrfach. Es wurde sogar eine Arbeitsgruppe eingerichtet – wenn auch ohne Beteiligung der zuständigen Ministerien auf französischer Seite.⁴⁹¹ Erst 1967 bekräftigte die CFT gegenüber dem *Quai d'Orsay* ihr Interesse an einer Kooperation mit der DDR.⁴⁹² Während es den Verantwortlichen auf französischer Seite um die Zusammenarbeit in bestimmten technischen Bereichen ging, forderte man von ostdeutscher Seite als Gegenleistung eine Zusammenarbeit auch auf kultureller Ebene, insbesondere den Austausch von Korrespondenten und von Fernsehprogrammen. Während der Austausch von Technikern 1967 bereits kein Problem mehr darstellte, war der von Korrespondenten eine äußerst heikle Angelegenheit. Der Austausch von Programmen verbot sich für den *Quai d'Orsay* mit Rücksicht auf die Bundesrepublik ganz. So war das Maximum dessen, was in der gegenwärtigen Situation als politisch machbar angesehen wurde, ein technisches Abkommen zwi-

⁴⁸⁸ Ibid., S. 39f.: „En ce qui concerne les TTD, autrement dit les visas, j'avais déclaré [...] que nous envisagions un certain assouplissement. Celui-ci est intervenu. S'il n'est pas très important, il constitue toutefois le début d'un évolution. Je considère que cet assouplissement appelle d'autres améliorations.“

⁴⁸⁹ Cf. Chantriaux, SECAM, dossier pionnier de la coopération franco-russe; sowie Fickers, „Politique de la grandeur“ versus „Made in Germany“, S. 257–263.

⁴⁹⁰ AMAE, RDA 1961–1970, 66: Schreiben der Association pour la promotion et la diffusion du procédé français de télévision en couleurs vom 1. 9. 1965 an Ponte.

⁴⁹¹ Ibid.: Schreiben von Pons vom 28. 7. 1967 an Biasini.

⁴⁹² Ibid.: Note vom 8. 6. 1967 für de Beaumarchais: „Sans qu'il y ait eu de protocole signé, le principe d'une coopération industrielle a été admis par la CFT, qui pourrait plus particulièrement porter sur la technique verrière, domaine dans lequel les Allemands de l'Est seraient capables de nous apporter un soutien utile.“ Basis für diese Note war eine Note der ORTE, Gilles, vom 3. 6. 1967 für Dupont, cf. *ibid.*

schen den Fernsehstationen beider Länder.⁴⁹³ Eine Veränderung der Einstellung („*ligne de conduite*“) gegenüber der DDR, um den Verkauf der SECAM-Technologie an die DDR zu befördern, kam selbst aus Sicht der Wirtschaftsabteilung (noch) nicht infrage.⁴⁹⁴ Um nicht den Argwohn der Bundesregierung zu wecken, wurde die Botschaft in Bonn angewiesen, selbst über die technische Kooperation nicht mit Vertretern des Auswärtigen Amts zu sprechen.⁴⁹⁵

Die DDR nutzte ihrerseits das Interesse Frankreichs an der Verbreitung der SECAM-Technologie, um Verbesserungen in den bilateralen Handelsbeziehungen zu erwirken. Die Eröffnung einer französisch-ostdeutschen Handelskammer in Paris und Ost-Berlin wurde freilich abgelehnt.⁴⁹⁶ Dafür kam man der DDR in den alljährlichen Verhandlungen bei der Verlängerung der Laufzeit des bilateralen Handelsabkommens bereits wenige Monate später entgegen. Dies reichte jedoch nicht aus, um die Verhandlungen über die SECAM-Technologie voranzubringen. Nach seiner Reise zu Verhandlungen in die DDR wandte sich der Präsident der CFT und Conseiller d'État, Jean Cahen-Salvador, im Juli 1968 an den neuen Außenminister, Michel Debré, um sich für verschiedene Forderungen der DDR in dieser Angelegenheit einzusetzen. Das besondere Interesse der CFT am Erfolg der Verhandlungen mit der DDR beruhte vor allem auf der Annahme, dass zahlreiche andere osteuropäische Staaten umgehend dem ostdeutschen Beispiel folgen würden.⁴⁹⁷ Im Einzelnen ging es Cahen-Salvador um eine ministerielle Vollmacht für die Unterzeichnung des angestrebten Abkommens, um die Erleichterung des Visa-Prozedere für die ostdeutschen Verhandlungspartner und nicht zuletzt um die Kooperation mit dem ostdeutschen Fernsehen. Entgegen der Auffassung der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay*⁴⁹⁸ signalisierte Michel Debré ein Entgegenkommen in allen drei Punkten (und das nur wenige Tage nach dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei). Einzige Bedingung: Die grundsätzliche Haltung Frankreichs gegenüber der DDR dürfe dabei nicht kompromittiert werden.⁴⁹⁹ Unklar ist, ob das noch vor dieser Entscheidung in

⁴⁹³ Ibid.: Note der S/DEUC, Pagniez, vom 9. 8. 1967: „La conclusion d'un accord de caractère limité et technique entre les organismes de télévision des deux pays doit constituer le maximum de ce que nous pouvons accepter.“

⁴⁹⁴ Ibid.: Note der DAEF vom 10. 8. 1967 für die S/DEUC, Pagniez: „L'Allemagne de l'Est établit sans nul doute un lien entre son choix du système SECAM et la nature et l'étendue des relations instituées entre les organismes de radiodiffusion et de télévision des deux pays. Ce lien ne suffit pas toutefois à justifier, aux yeux de la direction des Affaires économiques et financières, une modification de la ligne de conduite adoptée jusqu'à présent en ce qui concerne les relations entre la France et le DDR [sic].“

⁴⁹⁵ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Pagniez, vom 9. 8. 1967 an die franz. Botschaft in Bonn.

⁴⁹⁶ Ibid.: Note von Pagniez vom 6. 11. 1967.

⁴⁹⁷ Ibid.: Note von Racine vom 30. 7. 1967 über eine Unterredung mit Cahen-Salvador: „Comme on le sait l'adoption effective par la RDA du procédé SECAM présente une très grande importance pour la vente ultérieure dans les pays de l'Europe de l'Est qui sont déjà disposés à l'adopter, notamment la Hongrie, la Roumanie, etc., et le président de la Compagnie française de télévision (CFT) attache donc lui-même à cette affaire une très grande importance.“

⁴⁹⁸ Ibid.: Note der S/DEUC vom 8. 8. 1968 für Prunet-Foch.

⁴⁹⁹ Ibid.: Note von Jean Cahen-Salvador vom 31. 7. 1968 für den Conseiller d'État chargé de mission auprès du ministre des Affaires étrangères; handschriftl. Anmerkung von

Berlin gestreute Gerücht, Ulbricht hätte sich für die konkurrierende westdeutsche PAL-Norm entschieden⁵⁰⁰, bis zu Debré durchgedrungen war.

Die ostdeutsche Delegation, die für die Fortsetzung der Verhandlungen im Herbst desselben Jahres in Paris erwartet wurde, sollte durch den zuständigen ostdeutschen Vizeminister geleitet werden. Großbritannien und die USA weigerten sich jedoch, das dafür benötigte TTD auszustellen, und brachten die Angelegenheit im *Groupe de Bonn* zur Sprache. Aus ihrer Sicht hätte die Einreise eines DDR-Vizeministers in einen NATO-Mitgliedsstaat dem gültigen TTD-Reglement widersprochen; für dessen Änderung hätte es jedoch auch der Zustimmung des Auswärtigen Amtes bedurft.⁵⁰¹ Da dies nicht zu erwarten war – der Streit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik um die Vorherrschaft bei der Farbfernsehnorm in Europa schwelte schon seit vielen Jahren und war ebenso komplex⁵⁰² – schien man im *Quai d'Orsay* nun sogar entschlossen, bestehende Regeln notfalls zu brechen.⁵⁰³ Zwei Tage später war die Angelegenheit auch Thema eines Vier-Augen-Gesprächs zwischen Michel Debré und seinem westdeutschen Amtskollegen in Bonn. Willy Brandt zeigte sich der Visa/TTD-Problematik gegenüber völlig indifferent; ihm ging es um die befürchtete Vertiefung der deutschen Teilung, wenn man in der DDR nicht mehr in der Lage wäre, westdeutsches Fernsehen (in Farbe) zu empfangen. Wie ernst es Brandt damit war, Frankreich von seinem Vorhaben abzubringen, zeigt sein Vorschlag, die französische Industrie bei einem Verzicht zu entschädigen.⁵⁰⁴ Debré versprach, die Angelegenheit nicht zu vergessen.

Debré blieb diesem Versprechen treu, wenn auch gerade nicht im Sinne Brandts, denn für den französischen Außenminister gab es keinen Grund, die Normalisierung der Beziehungen mit der DDR allein der Bundesrepublik zu überlassen.⁵⁰⁵

Pagniez: „D'après des indications transmises téléphoniquement par M. Heilbrunner (?) le 29 août, le ministre a prescrit d'aller aussi loin qu'on le pourrait sans remettre en cause notre politique à l'égard de la RDA. On pourrait parler de coopération technique, promettre que les visas seraient délivrés sans délai. Enfin, une lettre officielle pourrait 'habiliter' M. Cahen-Salvador à signer [...]“

⁵⁰⁰ Ibid.: Telegramm aus Berlin, Toffin, vom 23. 8. 1968.

⁵⁰¹ Ibid.: Telegramm aus Bonn, Seydoux, vom 24. 9. 1968.

⁵⁰² Fickers, „Politique de la grandeur“ versus „Made in Germany“, S. 244–263.

⁵⁰³ AMAE, RDA 1961–1970, 66: Telegramm der S/DEUC, Tiné, vom 25. 9. 1968 an die franz. Botschaft in Bonn: „[Si nécessaire] nous nous verrions obligés de passer outre et de déroger aux règles.“

⁵⁰⁴ ANF, 5 AG 1, 676: Protokoll des Gesprächs zwischen Debré und Brandt am 27. 9. 1968: „M. Brandt dit qu'il sait très bien qu'il y a des intérêts économiques qui jouent, qu'il y a des firmes qui sont intéressés en France à vendre les installations nécessaires en Allemagne de l'Est et que la République fédérale serait disposée à trouver une formule de compensation éventuelle à ces industriels pour les dédommager le cas échéant. Il espère que cette question pourra trouver une solution favorable.“ In allen weiteren Gesprächen des deutsch-französischen Gipfels wurde die Angelegenheit nicht thematisiert.

⁵⁰⁵ AMAE, RDA 1961–1970, 66: Annotation du ministre concernant une note du 28 août, datiert auf den 25. 10. 1968: „On peut – et on doit – aller assez loin en s'arrêtant à ce qui serait une reconnaissance politique. C'est tout. Mais M. Cahen-Salvador peut être habilité par une lettre officielle et on peut parler de coopération technique, notamment de l'ORTF. Pour les titres et les visas, on peut donner l'assurance qu'ils seront délivrés sans délai. Il ne faut pas oublier qu'avant les événements de Prague M. Schiller allait rencontrer son homologue de l'Est ... Ne restons pas en queue de peloton.“

Seit Einführung der Hallstein-Doktrin hatte Frankreich ausnahmslos alle Entscheidungen in den Beziehungen mit der DDR an den deutschlandpolitischen Wünschen und Vorstellungen der Bundesregierung ausgerichtet. Angesichts der zunehmenden Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen und der damit verbundenen Aufweichung der Hallstein-Doktrin wurde dieses Kriterium hier außer Acht gelassen – ein Novum im Dreieck zwischen Bonn, Paris und Ost-Berlin. Davon unberührt blieb die Frage der diplomatischen Anerkennung, die auch weiterhin eine unüberschreitbare Grenze darstellte.

Die Bundesregierung wehrte sich, indem sie bei der Gewährung des TTD für den ostdeutschen Verhandlungsführer jegliche Kooperation verweigerte.⁵⁰⁶ Und da Frankreich trotz aller Entschlossenheit in der Sache doch nicht bereit war, die Regeln zu brechen, mussten die für November 1968 geplanten Verhandlungen ausfallen.⁵⁰⁷ Erst die Bereitschaft der DDR, bei der Verhandlungsführung auf eine niedrigere Stufe in der Hierarchie auszuweichen, ermöglichte ihre Wiederaufnahme im Januar des folgenden Jahres. Im Vorfeld schaltete sich erneut Michel Debré in die Angelegenheit ein und gewährte der französischen Delegation einen großen Verhandlungsspielraum⁵⁰⁸; insbesondere bei der von der DDR angestrebten Kooperation auf kultureller Ebene. In diesem Punkt hatte sich die Einstellung des *Quai d'Orsay* in den vorangegangenen Monaten gewandelt: Nunmehr wurde ein Austausch nicht mehr ausgeschlossen, sondern sollte von Fall zu Fall geprüft werden.⁵⁰⁹ Bei den Verhandlungen einigte man sich relativ zügig auf einen *Accord de coopération dans le domaine de la télévision en couleur*, der von Jean Cahen-Salvador unterzeichnet werden sollte, sowie auf eine Lizenzvereinbarung zwischen der CFT und den zuständigen Stellen der DDR über die SECAM-Technologie selbst.⁵¹⁰

Das Auswärtige Amt wurde erst nach Abschluss der Verhandlungen in Kenntnis gesetzt.⁵¹¹ Was folgte, waren massive Interventionen aus Bonn, um die Unterzeichnung in letzter Minute doch noch zu verhindern.⁵¹² Der Generalsekretär des *Quai d'Orsay* ließ in Bonn ausrichten, dass Frankreich die Konkurrenz mit der Bundesrepublik in diesem Bereich bedauere und man selbst ein einheitliches

⁵⁰⁶ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 26. 10. 1968 an die franz. Botschaft in Bonn sowie für den Minister an die franz. Botschaft in Ankara.

⁵⁰⁷ Ibid.: Note der S/DEUC vom 31. 10. 1968 für den Minister.

⁵⁰⁸ Ibid.: Schreiben des MAE, Debré, vom 16. 1. 1969 an die ORTF, de Bresson: „Je pense que, sans nous laisser entraîner à des concessions trop marquantes, nous devons, pour favoriser la promotion du SECAM dans un pays qui est à cet égard particulièrement important, accorder aux Allemands de l'Est quelques satisfactions.“

⁵⁰⁹ Ibid.: Entwurf vom 15. 1. 1969 für ein Schreiben der ORTF, de Bresson, an den DFF, Adameck; es erhielt die Zustimmung des Ministers; cf. dazu *ibid.*: Entwurf der S/DEUC vom 28. 10. 1968 für ein Schreiben des MAE, Kabinett/Minister, an den Délégué interministériel pour la télévision en couleur, Nora: „Bien entendu, si quelques échanges limités, dans le domaine artistique, nous étaient proposés, nous n'aurions pas d'objection à les examiner cas par cas, à condition que l'opération soit traitée purement au niveau des services.“

⁵¹⁰ Ibid.: Note der Affaires générales vom 18. 1. 1969.

⁵¹¹ PA/AA, B 24, 629: Vermerk der Abt. III A 2 vom 1. 3. 1969.

⁵¹² AMAE, RDA 1961–1970, 66: Note der DAEF vom 4. 3. 1969.

System für Europa begrüßt hätte. Es sei jedoch die Bundesregierung gewesen, die sich seinerzeit gegen SECAM entschieden habe.⁵¹³ Um aus dieser Meinungsverschiedenheit keine Krise werden zu lassen, sah sich nun selbst Charles de Gaulle genötigt einzugreifen.⁵¹⁴ Eine Einladung des französischen Staatspräsidenten zum Gespräch schlug der westdeutsche Botschafter in Paris jedoch aufgrund von Terminschwierigkeiten aus. Wenige Tage vor Unterzeichnung des Abkommens in Leipzig am 2. März 1969 wurden sämtliche französische Botschaften angewiesen, im Zweifelsfall den kommerziellen Aspekt des Vertrages hervorzuheben und darauf hinzuweisen, dass die Bundesregierung in letzter Zeit wenig Anstrengungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Kooperation mit Frankreich unternommen habe, während es Frankreich auf politischer Ebene an Solidarität nicht habe fehlen lassen.⁵¹⁵

Für weitere Verhandlungen über den Verkauf von technischem Material an die DDR im Sommer desselben Jahres konnte dann auch die Einreise des ostdeutschen Vizeministers für Post und Telekommunikation genehmigt werden.⁵¹⁶ Die Bundesregierung ließ ein Jahr verstreichen, bevor sie offiziell Interesse an der Technik bekundete, die es ermöglichen sollte, in PAL-Norm produzierte Sendungen im SECAM-Format auszustrahlen, damit die Ostdeutschen auch künftig westdeutsche Sendungen in Farbe würden empfangen können.⁵¹⁷

⁵¹³ Ibid.: Telegramm der DAEF, Alphan, vom 28. 2. 1969 an die franz. Botschaft in Bonn; sowie ibid.: Telegramm aus Bonn, François-Seydoux, vom 27. 2. 1969.

⁵¹⁴ ANF, 5 AG 1, 676: Protokoll des Gesprächs zwischen de Gaulle und Kiesinger am 14. 3. 1969: „À mon avis, les possibilités pratiques, notamment pour la paix, le développement et le progrès, résident maintenant dans des contacts et des échanges de plus en plus intenses entre l’Ouest et l’Est. Je crois que cela est vrai notamment pour l’Europe. [...] Du côté de l’Est, je crois qu’on en a beaucoup besoin pour le développement, et, à l’Ouest, on ne serait pas fâché d’avoir de nouveaux marchés d’exportation et de pouvoir acheter des matières premières, etc. À mon sens, c’est cela la possibilité actuellement et je ne vois pas pourquoi nous ne la saisissons pas. Et ceci d’autant plus que plus il y aura d’échanges avec l’Est de marchandises, d’ingénieurs, d’étudiants, de touristes, de journaux, de radio, etc., et moins le bloc communiste sera communiste. Je le crois. Nous le sentons déjà chez les Tchèques et c’est latent chez les Polonais et les Hongrois. Cela l’est probablement aussi en Allemagne de l’Est.“

⁵¹⁵ AMAE, RDA 1961–1970, 66: Telegramm (circulaire) des Secrétariat général, Alphan, vom 27. 2. 1969: „Il importe de rappeler que l’opération a avant tout un caractère commercial, que la République fédérale aurait pu elle-même adopter le procédé SECAM, ce qui eut contribué à constituer un facteur d’unité européenne sur le plan technique, qu’enfin nous n’avons guère à nous féliciter de la coopération que l’Allemagne nous a apportée récemment en diverses occasions ou elle aurait pu s’exercer, alors que nous sommes restés, de notre côté, attachés à l’application de notre traité en maints domaines politiques et économiques.“

⁵¹⁶ Ibid.: Schreiben des MAE, de Beaumarchais, vom 19. 6. 1969 an das Ministère de l’Industrie, Délégué interministériel pour la télévision en couleur, Nora.

⁵¹⁷ Ibid.: Telegramm der DAEF, d’Aumale, vom 24. 4. 1970 an die franz. Botschaft in Bonn; ob dies angesichts der relativ geringen Verbreitung von Farbfernsehgeräten in der DDR tatsächlich nötig war, ist eine andere Frage, denn die in PAL-Norm produzierten Fernsehsendungen in Farbe konnten trotz SECAM-Norm immer noch in Schwarz/Weiß empfangen werden, cf. dazu Fickers, „Politique de la grandeur“ versus „Made in Germany“, S. 335–368.

Die Veränderungen der Jahre 1969–1971 im Spiegel parlamentarischer Debatten

Auch wenn Frankreich dem am 1. Juli 1968 unterzeichneten Atomwaffensperrvertrag nicht beitrug, so stand doch zu dieser Zeit die Frage der Entspannung angesichts der Zuspitzung der Situation in der Tschechoslowakei ganz oben auf der Tagesordnung.⁵¹⁸ Am 25. Juli, dem Tag, an dem sich der Nordatlantikrat erstmals mit dem von den Warschauer-Pakt-Staaten gemachten Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz auseinandersetzte, definierte Michel Debré bei seiner ersten Anhörung durch den Auswärtigen Ausschuss der französischen Nationalversammlung die Einstellung der französischen Außenpolitik gegenüber dieser Frage. Erster Schritt auf dem Weg zu einer dauerhaften Entspannung sei, so Debré, die Anerkennung der bestehenden Situation. Dies bezog sich auf die gegenwärtige Teilung Europas im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen, auf unterschiedliche Konzeptionen der Situation in Europa, aber auch auf die Oder-Neiße-Grenze. Es bezog sich hingegen nicht auf die diplomatische Anerkennung der DDR und noch weniger auf eine Festbeschreibung der deutschen Teilung. Allerdings sollte auf lange Sicht nur die Akzeptanz dieser Teilung, in erster Linie durch die Bundesrepublik selbst, ihre Überwindung ermöglichen. Danach müssten in einem zweiten Schritt die Beziehungen auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene normalisiert werden. Erst diese Normalisierung mache Verhandlungen auf einer europäischen Ebene möglich und sinnvoll.⁵¹⁹ Auch hier waren die Erwartungen an die Bundesregierung groß, stand doch die Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen im Zentrum einer umfassenden Normalisierung der Ost-West-Beziehungen in Europa. In diesem Zusammenhang wird ein wichtiges Motiv für das Engagement Debrés zugunsten des Verkaufs der SECAM-Technologie an die DDR deutlich. Denn als Adressat dieser Politik lässt sich auch die Bundesregierung denken, die zur allfälligen Neuausrichtung ihrer Ostpolitik gedrängt werden sollte, der man aber gleichzeitig vermitteln wollte, dass die Normalisierung der Beziehungen zur DDR nicht allein Sache der Bundesrepublik sei. Als Zeichen des sich ankündigenden Wandels wurde anlässlich des 14. Juli 1968 erstmals ein Grußtelegramm von Walter Ulbricht an Charles de Gaulle erwidert.⁵²⁰

⁵¹⁸ Zur Entspannung in Europa cf. Loth, *Overcoming the Cold War*, S. 102–127.

⁵¹⁹ ANF, 20060135/9: Protokoll der Sitzung vom 25. 7. 1968, S. 15f.: „En quoi consiste la détente? On peut dire qu'elle consiste en trois points. Elle consiste d'abord à reconnaître les faits; elle consiste, en second lieu, à développer les rapports; elle consiste, en troisième lieu, à rechercher sur certains points les bases d'une entente. Ces trois points sont plus faciles à dire qu'ensuite à expliciter, dans la mesure où derrière chacune de ces affirmations se trouvent bien des difficultés. [...] Et si l'on peut, dans le moment présent, considérer qu'effectivement le statu quo est de la nécessité de la détente, il ne faut pas en tirer la conséquence que le statu quo doit être éternel, mais qu'il y a là affaire de temps, affaire de transformation des esprits, affaire aussi de probation par l'Allemagne de la transformation profonde de son comportement.“ Das Thema „détente“ stand bei dieser Sitzung erstmals als solches auf der Tagesordnung des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung.

⁵²⁰ AMAE, RDA 1961–1970, 188: Schreiben der S/DEUC, Tiné, vom 16. 7. 1968 an das GMFB: „Vous voudrez bien prier votre interlocuteur habituel à l'ambassade de l'URSS de faire savoir à M. Ulbricht que le président de la République a bien reçu son message et y a été sensible.“

Die militärische Intervention in der Tschechoslowakei zeigte aus Sicht des Außenministers, dass der von Frankreich beschrittene Weg der Entspannungspolitik alternativlos sei. Eine Festigung des atlantischen Bündnisses wäre gleichbedeutend mit einer Rückkehr in den Kalten Krieg. Man müsse vielmehr eine europäische Lösung für das „deutsche Problem“ finden, wenn man eine Wiederholung der Ereignisse in der Tschechoslowakei vermeiden wolle.⁵²¹ Mit Blick auf die Entwicklung der folgenden Monate sprach Debré im Dezember 1968 von einer „Tendenz zur Normalisierung“. Dazu zählte er insbesondere ein kürzlich zustande gekommenes Handelsabkommen zwischen den beiden deutschen Staaten, das wesentlich umfangreicher war als alle bisher unterzeichneten Abkommen. Die Frage, ob ein solches Abkommen nicht einer De-facto-Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik gleichkomme, beantwortete Debré mit einem Hinweis auf den Kontext der Normalisierung.⁵²² Nur ein Jahr später sollte Frankreich dem bundesrepublikanischen Beispiel mit einem fünfjährigen Handelsabkommen folgen.

Mit seiner Unterstützung für den Verkauf der SECAM-Technologie an die DDR sorgte Michel Debré in den französisch-ostdeutschen Beziehungen für den Ausgangspunkt einer in den folgenden Jahren alle Bereiche umfassenden Normalisierung. Grundsätzlich spielte Deutschland und damit auch die DDR in seinen Überlegungen jedoch eine weit geringere Rolle als noch bei seinem Vorgänger Maurice Couve de Murville oder auch seinem Nachfolger Maurice Schumann. Der personelle Wechsel im Élysée-Palast und im *Quai d'Orsay* im Juni 1969 erweiterte somit den Spielraum für die unter Debré begonnene Normalisierung. Bereits einen Monat nach seinem Amtsantritt genehmigte Schumann ein Gastspiel der Berliner Staatsoper, welches seit 1960 geplant und noch im März 1969 abgelehnt worden war. In den folgenden Monaten wurden weitere Gastspiele ostdeutscher Ensembles gebilligt. Im Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen konnte noch im Sommer 1969 erstmals ein ostdeutscher Vizeminister nach Frankreich reisen. Eine Veränderung von hohem symbolischem Wert war auch die Duldung von DDR-Fahne und -Hymne bei einem Pferderennen im September 1969 – bislang ein Tabu bei sämtlichen kulturellen und sportiven Veranstaltungen. Sollte die ostdeutsche Mannschaft gewinnen, so die Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay*, könne man sich im Rahmen einer Pressekonferenz davon distanzieren; eine offizielle Intervention, wie von der westdeutschen Botschaft gefordert, wurde indessen abgelehnt.⁵²³

⁵²¹ ANF, 20060135/9: Protokoll der Sitzung vom 29. 8. 1968, S. 51: „[...] si nous considérons les vingt années à venir et non seulement les prochains événements, nous voyons qu'il n'y aura de possibilité européenne que dans la mesure où le problème qui est au cœur de cette affaire, c'est-à-dire la place de l'Allemagne, sera réglé par accord entre toutes les nations du continent européen. [...] Si, dans les vingt ans à venir, nous ne nous mettons pas dans la situation de pouvoir régler le sort des deux Allemagnes, telles qu'elles sont et avec, le cas échéant, des modifications du statu quo, en accord avec toutes les nations européennes de l'Ouest et de l'Est, ce qui s'est passé en Tchécoslovaquie se repassera à dates régulières.“ Cf. dazu auch AP, Sénat, 48 S 10: Protokoll der Sitzung vom 30. 8. 1968.

⁵²² ANF, 20060135/9: Protokoll der Sitzung vom 12. 12. 1968, S. 45 f.

⁵²³ AMAE, RDA 1961–1970, 73: Note der S/DEUC vom 18. 9. 1969.

Mit den im September in der Bundesrepublik stattfindenden Wahlen wurde der von Maurice Schumann sehr geschätzte Willy Brandt Bundeskanzler. In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 skizzierte Brandt die von ihm und Egon Bahr konzipierte Ostpolitik und schlug damit eine Richtung ein, die dem von Frankreich beschrittenen Weg und dem schon seit Langem erwarteten Politikwechsel der Bundesrepublik entsprach.⁵²⁴ Überdies enthielt die Regierungserklärung die Aufforderung an die westlichen Bündnispartner, ihre Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit der DDR zu normalisieren. Im November fand daraufhin im *Quai d'Orsay* eine Sitzung statt, in der man sich mit Vertretern des französischen Innenministeriums auf Erleichterungen bei der Vergabe von TTD/Visa für Ostdeutsche im Rahmen französisch-ostdeutscher Städtepartnerschaften verständigte.⁵²⁵ Dies wurde als eine wichtige Maßnahme zur Normalisierung der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen angesehen; im selben Kontext wurde wenig später auch der seit vielen Jahren geplanten Woche des ostdeutschen Films in Paris zugestimmt. Auf wirtschaftlicher Ebene gab der *Quai d'Orsay* parallel dazu sein Einverständnis zur Eröffnung eines Büros der französischen Industrie in Ost-Berlin (kurz BEIF).

Im Auswärtigen Ausschuss der französischen Nationalversammlung wurde unterdessen bereits die Frage einer Anerkennung der DDR diskutiert, wie sie die Organisation einer europäischen Sicherheitskonferenz unter Beteiligung beider deutscher Staaten implizierte. Dabei ging es vor allem um die aus Sicht der französischen Außenpolitik notwendigen Gegenleistungen und Garantien für eine aus dieser Veränderung hervorgehende De-facto-Anerkennung der DDR sowie um die Frage des richtigen Zeitpunkts. Verbunden waren mit diesen Fragen für Paris zudem die alliierten Rechte in Bezug auf Berlin und Deutschland in seiner Gesamtheit, die zu begründen mit fortschreitender Anerkennung zusehends schwieriger wurde. Der Perspektivenwechsel der Bundesrepublik, die nun die Existenz von zwei Staaten unter dem Dach einer Nation anerkenne, verbiete jedoch, so Schumann, den Rückfall in alte Denkschemata.⁵²⁶ Die Frage nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR blieb indes auch weiterhin ein Tabu.⁵²⁷

Das Jahr 1970 begann mit einer umfassenden Normalisierung in den französisch-ostdeutschen Beziehungen auf wirtschaftlicher Ebene. Durch das im Januar

⁵²⁴ AP, Sénat, 48 S 12: Protokoll der Sitzung vom 13. 11. 1969, S. 62f.; zur Haltung der französischen Außenpolitik gegenüber der Ostpolitik von Brandt/Bahr cf. auch Wilkens, *Der unstete Nachbar*, S. 57–122; des Weiteren ist hier auf das Dissertationsprojekt von Rachèle Raus (Universität Paris 1) zur Wahrnehmung der Ostpolitik in Frankreich hinzuweisen.

⁵²⁵ AMAE, RDA 1961–1970, 195: Handschriftl. Protokoll einer Sitzung im MAE vom 19. 11. 1969.

⁵²⁶ ANF, 20060135/9: Protokoll der Sitzung vom 12. 12. 1969, S. 61: „[...] vous avez mille fois raison de dire que l'offre même de conférence de sécurité européenne est liée au souci d'obtenir la reconnaissance de la RDA. Or, vous l'avez compris, à partir du moment où l'Allemagne a un gouvernement qui dit: deux États dans une seule nation, il est évident qu'aucun autre pays ne peut continuer à traiter le problème de la RDA avec le vocabulaire antérieur.“

⁵²⁷ *Ibid.*, S. 66: „Cette question est en effet un peu trop directe pour le motif nécessaire et suffisant que je crois déjà y avoir répondu indirectement. Mais ce n'est pas la première fois que je m'aperçois que M. Bousquet [Raymond Bousquet (UDR, Paris)] a parfaitement compris ma pensée.“

unterzeichnete fünfjährige Handelsabkommen wurde die DDR im französischen Außenhandel quasi auf eine Stufe mit allen anderen osteuropäischen Staaten gestellt. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch erste Erfolge privatwirtschaftlicher Initiativen: Infolge der Reise von Georges Villiers im September 1969 in die DDR wurde im Frühjahr nicht nur das BEIF eröffnet, es konnten auch bedeutende Verträge abgeschlossen werden. Für den umfangreichsten dieser Verträge über den Verkauf von 10 000 Eisenbahnwaggons setzte Frankreich auf europäischer Ebene sogar eine Verlängerung der Kreditlaufzeiten im Handel mit der DDR durch. Daneben empfing Maurice Schumann im April 1970 erstmals eine Delegation der EFA zu einer Audienz im *Quai d'Orsay*. Kern des Gesprächs war der Ausbau der französisch-ostdeutschen Kulturbeziehungen, einer Ebene, auf der die EFA in den vorangegangenen zehn Jahren zum Hauptakteur geworden waren. In der Folge dieser Audienz kam noch im selben Jahr ein erster inoffizieller Kontakt zwischen den Ministerien für Kultur beider Länder zustande. Ebenfalls von den EFA initiiert, formierten sich im Laufe des Jahres auch die DDR-Freundschaftsgesellschaften in der französischen Nationalversammlung und im Senat. Die Beziehungen auf parlamentarischer Ebene, die sich im vergangenen Jahrzehnt gegen den Willen der französischen Außenpolitik entwickelt hatten, erhielten damit ihre offizielle Legitimierung. Maurice Schumann ging sogar noch einen Schritt weiter, wenn er bewusst auf die Möglichkeiten der parlamentarischen Diplomatie zurückgriff. In einer handschriftlichen Notiz des EFA-Generalsekretärs war nicht nur von den guten Absichten Schumanns der Gesellschaft gegenüber die Rede, sondern auch von seiner Bitte an den Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft in der Nationalversammlung, künftig als Vermittler zwischen französischer und ostdeutscher Regierung zu fungieren.⁵²⁸

Weniger als ein Jahr nachdem Willy Brandt die Leitung im Bonner Kanzleramt übernommen hatte, konnte im August 1970 in Moskau der Vertrag über Gewaltverzicht und Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion unterzeichnet werden – der Rahmenvertrag für alle kommenden Verhandlungen auf dem von Brandt beschrittenen außenpolitischen Weg. Gegenüber französischen Parlamentariern hatte Maurice Schumann allerdings alle Mühe, den mit diesem Vertrag aufkeimenden Rapallo-Komplex zu entkräften. Parlamentarier mit einem vitalen Interesse am Ausbau des Handels mit der DDR wie George Gorse, Direktor des CNCE, oder auch Pierre Sudreau, Vorsitzender des Verbandes der französischen Eisenbahnindustrie, interessierten sich in diesem Zusammenhang aber auch für die möglichen Auswirkungen des Moskauer Vertrages auf die französisch-ostdeutschen Beziehungen in wirtschaftlicher Hinsicht. Auf Anfrage bestätigte Schumann zwar das definitive Ende der Hallstein-Doktrin, bekräftigte aber umgehend, dass er ein konzertiertes Handeln mit den NATO-Partnern und insbesondere mit der Bundesrepublik weiterhin für dringend ge-

⁵²⁸ AEFA, Groupe parlementaire: Undatierte handschriftl. Notiz von Lenoir: „M[aurice] S[chumann] a donné assurance de ses bonnes intentions [...] et a prié Fossé de se faire intermédiaire entre G[ouvernement]s F[rance] et RDA.“ Schumann und Fossé gehörten derselben Partei an. Zu den engen Verbindungen Schumanns zur EFA cf. auch *ibid.*: Brief von Schumann vom 23. 2. 1970 an die EFA/Nord, Simoens.

boten halte.⁵²⁹ Die Normalisierung der bilateralen Beziehungen, wie auch später die Anerkennung selbst, waren aus Sicht der französischen Außenpolitik nur in einem multilateralen Rahmen durchführbar.

Insbesondere im Bereich der Handelsbeziehungen hatte es aus Sicht des Ministers bereits substanzielle Fortschritte gegeben, die von der französischen Außenpolitik durchaus befürwortete Beschleunigung des Rhythmus der Normalisierung sei jedoch nicht allein vom politischen Willen Frankreichs abhängig.⁵³⁰ Noch vor Ende des Jahres stimmte der *Quai d'Orsay* einer weiteren bedeutenden Veränderung in den Handelsbeziehungen mit der DDR zu: Man ließ den Direktor des CNCE das jährliche Handelsprotokoll unterzeichnen und stattete ihn zu diesem Zweck mit einer Vollmacht des Wirtschaftsministeriums aus. Damit war nicht länger die französische Botschaft in Bonn, sondern das Ministerium in Paris für die Beziehungen mit der DDR zuständig – ein entscheidender Schritt hin zu offiziellen bilateralen Handelsbeziehungen. 1971 nahm zudem das auf französischer Seite privatwirtschaftlich organisierte *Comité économique France-RDA* seine Arbeit auf.

Durch die Diskussion über das Budget des Außenministeriums im Herbst 1970 wurden auch die kulturellen Beziehungen Frankreichs zur DDR zu einem Thema für den Auswärtigen Ausschuss. Dessen Berichterstatter Xavier Deniau, er war zudem Mitglied der DDR-Freundschaftsgesellschaft im Parlament, setzte sich gelegentlich dieser Debatte für ein Minimum kultureller Präsenz auch in jenen Staaten ein, zu denen Frankreich keine diplomatischen Beziehungen unterhielt. Während er auf eine entsprechende Anfrage vom Außenministerium in Bezug auf Nordkorea und Nordvietnam Antwort erhielt, blieb diese im Falle der DDR aus.⁵³¹ Der vom Ausschuss einstimmig angenommene Bericht Deniaus enthielt daher die Aufforderung an die französische Regierung, die kulturellen Beziehungen mit Staaten wie der DDR im selben Maße auszubauen wie die Handelsbeziehungen.⁵³² Während die kulturelle Präsenz Frankreichs in der DDR in den fol-

⁵²⁹ ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 24. 9. 1970, S. 42: „C'est quelque chose de complètement différent de la doctrine Hallstein qui appartient définitivement au passé, mais c'est une nécessité politique qui n'a pas disparu parce que la doctrine Hallstein est morte.“

⁵³⁰ Ibid., S. 45f.: „[...] il est certain que l'évolution de nos rapports avec l'Allemagne de l'Est est une des conséquences logiques, souhaitables, inéluctables et nécessaires de ce qui vient de se passer. J'ajoute cependant – et je pense que M. Gorse ne me contredira pas sur ce point – que c'est un domaine dans lequel il n'est ni habile, ni opportun, ni payant de faire cavalier seul. Des mesures de détente importantes ont déjà été prises – j'ai eu l'occasion d'en parler devant la commission – pour faciliter les échanges. Sur le plan économique et, en particulier, sur le plan des échanges commerciaux, des développements substantiels se sont produits; nous nous proposons de les accélérer, mais sans rompre la règle de la solidarité et de la loyauté dans l'information et la consultation et la définition d'un rythme que M. Gorse ne nous reprochera certainement pas.“

⁵³¹ ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 21. 10. 1970, S. 33f.

⁵³² Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 22. 10. 1970, S. 4: „Abordant le problème des pays avec lesquels notre coopération culturelle est faible ou inexistante, comme la Chine, le Nord-Vietnam, la Corée du Nord, Formose ou la RDA, le rapporteur souhaite que, même quand nous n'entretiens pas avec ces pays des relations diplomatiques, nous ayons avec eux des relations culturelles au même titre que nous avons des relations commerciales.“

genden Jahren nur sehr langsam zunahm, wuchs die Zahl der Gastspiele ostdeutscher Ensembles in Frankreich. Für 1971 war das bislang längste Gastspiel des Berliner Ensembles geplant und nach dem Erfolg der Berliner Staatsoper in Versailles 1970 liefen bereits die Planungen für ein weiteres, außerordentlich umfangreiches Gastspiel der Staatsoper in Paris. 1971 reiste zudem eine Delegation des französischen Ministeriums für Kultur nach Ost-Berlin, um über den Austausch von Ausstellungen zu verhandeln. Außerdem übernahm der *Quai d'Orsay* seit 1971 die Kosten für Reisen französischer Wissenschaftler in die DDR und es wurden in diesem Jahr erste Partnerschaften zwischen Hochschulen beider Länder geschlossen.

Alle Veränderungen zusammengenommen, hatten die französisch-ostdeutschen Beziehungen im Zeitraum 1969–1971 eine beachtliche Normalisierung erfahren. Im Juli 1971 zog Maurice Schumann ausführlich Bilanz vor dem Auswärtigen Ausschuss.⁵³³ Auslöser dafür war eine erneute Anfrage von Xavier Deniau⁵³⁴, dessen Kritik an den kulturellen Beziehungen bislang ohne eine befriedigende Reaktion des Ministers geblieben war. Schumann betonte das stetige Voranschreiten der Entwicklung, wobei das Fehlen diplomatischer Beziehungen kein grundsätzliches Hindernis mehr darstelle.⁵³⁵ Da die französische Außenpolitik nicht selbst aktiv werden könne, unterstütze man in den Beziehungen auf kultureller und auf wirtschaftlicher Ebene private Initiativen im Rahmen des Möglichen. Nach einer Aufzählung sämtlicher Initiativen im künstlerischen und wissenschaftlichen Austausch, aber auch im Bereich der Städtepartnerschaften, kam er zu dem Schluss, dass die „patrie de Brecht“ Eingang in alle Bereiche kulturellen Lebens in Frankreich erhalten habe.⁵³⁶ Mehr noch, Schumann bezeichnete die Kulturbeziehungen Frankreichs zur „patrie de Brecht“ sogar als umfangreicher als die Kulturbeziehungen zu manch anderen Staaten der westlichen Welt.⁵³⁷ Die Worte des Minis-

⁵³³ Basis für die Ausführungen Schumanns war eine Note der S/DEUC, Boyer, vom 5. 11. 1970 für die Debatte des Budgets seines Ministeriums im Plenum der Nationalversammlung, cf. AMAE, RDA 1961–1970, 73; tatsächlich ging Schumann bei seinen Erörterungen allerdings kaum auf die Frage der Beziehungen zur DDR ein, cf. JO vom 5. 11. 1970, S. 5220ff.; cf. auch AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC vom 23. 6. 1971.

⁵³⁴ Cf. dazu auch AEFA, Groupe parlementaire: Brief der EFA, Lenoir, vom 22. 6. 1971 an Deniau.

⁵³⁵ ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2. 7. 1971, S. 3: „Le gouvernement français n'entretient pas encore de relations diplomatiques avec la République démocratique allemande. Je n'ai pas besoin ni de vous dire pourquoi ni de rappeler que cette situation est évolutive par essence. J'ajoute qu'elle ne constitue pas, en soi, un obstacle au développement des relations entre la France et la République démocratique allemande. J'ai déjà dit à M. Deniau, et je répète à la commission, que nous soutenons toutes les initiatives qui tendent à tisser des liens culturels et commerciaux avec l'Allemagne de l'Est.“

⁵³⁶ *Ibid.*, S. 4: „La patrie de Brecht n'est plus absente d'aucun des domaines de la vie culturelle française.“

⁵³⁷ *Ibid.*, S. 20: „Je ne vois pas comment les rapports culturels pourraient être plus développés, car il y a probablement très peu de pays dans le monde, même les pays de l'Est [sic], avec lesquels nous avons des échanges aussi fréquents et aussi développés.“ Die Wortprotokolle der parlamentarischen Fachausschüsse werden von Beamten der Nationalversammlung mithilfe stenografischer Notizen angefertigt und anschließend vom

ters kamen einer Anerkennung der ostdeutschen Wahlheimat des Dramatikers gleich, die der DDR als Staatswesen bislang verwehrt geblieben war. Die Perzeption der DDR als eines Landes der Dramatiker und Schriftsteller spiegelt aber auch die durchaus verbreitete Wahrnehmung der DDR als des „anderen Deutschlands“ – jenes Deutschlands also, dem in Frankreich ohnehin schon immer alle Türen offen standen.⁵³⁸

Eine weitere Intensivierung der Beziehungen in diesem Bereich scheiterte, so Schumann, nicht selten an der Verweigerung von Ausreisegenehmigungen für DDR-Bürger. Um die kulturelle Präsenz Frankreichs in der DDR zu stärken, setzte sich Deniau für die Eröffnung eines Büros der *Alliance française* in Ost-Berlin nach dem Vorbild des BEIF ein. Parallel dazu forderte Jean de Broglie, Präsident des Auswärtigen Ausschusses, die Umwandlung des BEIF in eine offizielle Handelskammer. Schumann bestätigte, dass eine solche Entwicklung zwar prinzipiell wünschenswert, aus politischen Gründen zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht realisierbar sei. Außerdem gebe es in der Praxis kaum Unterschiede zwischen dem privat organisierten BEIF und einer offiziellen Handelskammer. Für Schumann war vielmehr entscheidend, dass Frankreich beim Ausbau seiner Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR weiter gegangen sei als jedes andere westliche Land.⁵³⁹ Im Laufe einer äußerst hitzigen Diskussion gestand Schumann den Parlamentariern zu, dass der Rhythmus der Normalisierung zu wünschen übrig lasse.⁵⁴⁰ Ein weiterer Normalisierungsschub in den französisch-ostdeutschen Beziehungen sei allerdings erst nach Ratifizierung der von der Bundesrepublik unterzeichneten Ostverträge möglich.⁵⁴¹ Dahinter verbarg sich auch eine indirekte Kritik an dem Tempo, mit der die Bundesregierung ihre Ostpolitik voranbrachte.

Das Verhältnis zwischen offizieller und parlamentarischer Diplomatie war zwiespältig. Einerseits nutzte Schumann diesen Kanal für Kontakte zur DDR auf politischer Ebene, die ihm offiziell nicht zur Verfügung standen.⁵⁴² Andererseits

Präsidenten des jeweiligen Ausschusses korrigiert, dennoch finden sich zahlreiche Tippfehler; im Kontext der Sitzung erscheint es deshalb zulässig, anstelle von „pays de l'Est“ „pays de l'Ouest“ zu lesen.

⁵³⁸ Siehe dazu in dieser Arbeit das Kapitel zur französischen Konzeption eines „anderen Deutschlands“ (Erster Teil, I.).

⁵³⁹ ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 2.7.1971, S.20f.: „Pas un seul pays occidental ne développe le volume de son commerce et ses échanges avec l'Allemagne de l'Est au point où nous l'avons fait. Nous n'avons pas conféré à ce développement un caractère politique, c'est tout à fait exact. Nous n'avons pas voulu introduire dans notre politique d'entente, de détente et de coopération avec l'Est ce facteur supplémentaire de complication sur lequel je n'ai pas besoin d'insister. L'ouverture d'une mission commerciale officielle de la France à Berlin-Est s'imposera un jour ou l'autre et elle est extrêmement souhaitable; dans la pratique beaucoup de choses se passent comme si elle existait.“

⁵⁴⁰ Ibid., S. 21: „Nous ne sommes pas en marge de cette évolution. Vous pouvez considérer que nous ne la suivons pas avec un rythme très rapide, c'est un autre problème.“

⁵⁴¹ Ibid., S. 22: „[...] il est infiniment probable que des étapes pourront être franchies au-delà même de vos espérances. Nous avons bien l'intention de ne pas nous laisser devancer.“

⁵⁴² Ibid., S. 4: „Récemment, une délégation de parlementaires de la République démocratique allemande a été reçue ici même par le groupe d'études parlementaires du centre franco-allemand. À la fois, avant, pendant et après, j'ai eu moi-même des entretiens avec son président.“

erschwerte der wachsende Druck aus parlamentarischen Kreisen auf Schumann und den *Quai d'Orsay*, die französisch-ostdeutschen Beziehungen zu intensivieren, die französische Entspannungspolitik in ihrer Gesamtheit. Bereits im Frühjahr hatte Jean de Broglie das Fehlen französisch-ostdeutscher Kulturbeziehungen in einem Schreiben scharf kritisiert⁵⁴³ und damit selbst das Interesse des französischen Ministerpräsidenten geweckt.⁵⁴⁴ Parallel dazu hatte sich George Gorse in *Le Monde* öffentlichkeitswirksam für Beziehungen mit der DDR eingesetzt.⁵⁴⁵ Tatsächlich spiegelt sich der aus diesen Kreisen ausgeübte Druck auch in den Entscheidungen des *Quai d'Orsay* wider. In der Einwilligung zur Teilnahme der DDR am Festival in Cannes 1971 sah man beispielsweise eine Möglichkeit, das Interesse der nicht kommunistischen Parlamentarier an einer Belebung der kulturellen Beziehungen mit der DDR zu befriedigen.⁵⁴⁶ Verstärkt wurde der Einfluss der Parlamentarier nicht selten durch französische Unternehmen und Verbände. So setzten sich zur selben Zeit französische Produktionsgesellschaften mit einem vitalen Interesse an Geschäften mit der DDR erfolgreich für die Zulassung der Herkunftsbearbeitung „Deutsche Demokratische Republik“ für ostdeutsche Filme ein.⁵⁴⁷

Der Druck aus parlamentarischen Kreisen wurde im September 1971 noch erheblich verstärkt durch eine Reise von Jean de Broglie und einigen Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses nach Ost-Berlin, die nicht nur in Paris einige Aufregung auslöste. Abgesehen vom Auswärtigen Amt interessierte sich insbesondere das *Foreign Office* für einen eventuellen Wandel der französischen DDR-Politik. Um zu beschwichtigen, erklärte man dem britischen Botschafter im *Quai d'Orsay*, dass man „auf allen vier Rädern bremse“.⁵⁴⁸ Dennoch überwog in London die

⁵⁴³ AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Entwurf vom 10. 3. 1971 für eine Antwort Schumanns an den Präsidenten des Auswärtigen Ausschusses, de Broglie.

⁵⁴⁴ Ibid.: Note des Premier ministre, Kabinett, vom 11. 3. 1971 für das MAE, Kabinett.

⁵⁴⁵ *Le Monde* vom 24. 2. 1971: „Une place à gagner et rien à perdre, tel est l'enjeu. Et, puisque chacun connaît, au fond de lui-même, l'issue du processus depuis longtemps engagé, pourquoi attendre d'être dépassés par d'autres? La RDA vaut bien une messe.“

⁵⁴⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3074: Note der DGRCST vom 17. 4. 1971 für die S/DEUC; handschriftl. Anmerkung: „M. Boyer, J'ai parlé de cette demande [Teilnahme der DDR am Filmfestival in Cannes – Ch. W.] le 21 avril à M. Feit, indiquant que nous n'avions pas encore arrêté notre position, mais inclinions à répondre positivement – s'agissant d'un petit geste sans portée politique directe, et dans le domaine culturel qui intéresse particulièrement ceux des éléments du Parlement, communistes mis à part, qui souhaitent un dégel prompt de nos relations avec l'Allemagne de l'Est.“

⁵⁴⁷ Ibid.: Schreiben des Marché international des programmes de télévision, Roy, vom 11. 3. 1971 an DEFA, Jordan: „Par suite de pressions de sociétés françaises comme la nôtre auprès du ministère de l'Économie et des Finances – Direction générale du commerce extérieur [sic] –, le gouvernement français accepte de tolérer désormais le déploiement du drapeau de la RDA et l'utilisation de panonceaux ‚République démocratique allemande‘ sur les stands et pavillons des manifestations internationales.“ Cf. dazu die jahrelangen Anstrengungen zur Durchführung einer Woche des ostdeutschen Films in Paris seit 1965.

⁵⁴⁸ NAUK, FCO 33, 1345: Schreiben der brit. Botschaft in Paris, Palliser, vom 24. 9. 1971 an das FCO: „Against this background I asked how Arnaud saw French policy developing. He said that we could be absolutely confident that there would be no move towards recognition of the GDR or even towards any significant stepping up of Franco-GDR contacts until the Berlin Agreement had been concluded in all three stages. But beyond

Skepsis gegenüber der französischen Haltung. Nach den Äußerungen de Broglies im ostdeutschen Fernsehen und den missverständlichen Bemerkungen Pompidous gelegentlich einer Pressekonferenz zur gleichen Zeit befürchtete man, Frankreich könne tatsächlich nach Abschluss der Verhandlungen der Alliierten über den Berlin-Status aus der Solidarität des Westens ausbrechen, um als erster NATO-Partner die DDR anzuerkennen.⁵⁴⁹ Anlässlich einer Rede Schumanns vor der französischen Nationalversammlung im November 1971, in der er erneut die umfangreiche Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen bilanzierte, fragte man sich in Downing Street Nr. 10 allerdings auch, warum Großbritannien Frankreich auf diesem Weg noch nicht gefolgt sei.⁵⁵⁰

Im Auswärtigen Ausschuss sah sich Schumann nun nicht mehr nur mit der Forderung nach Normalisierung der Beziehungen, sondern immer stärker mit der Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR konfrontiert. Der Minister war deshalb in regelmäßigen Abständen gehalten, den in traditionellen außenpolitischen Kategorien nur schwer verständlichen und offensichtlich noch schwerer zu akzeptierenden multilateralen Charakter dieses Anerkennungsprozesses zu erklären; eines Prozesses, in dem die Normalisierung der Beziehungen zwischen zwei fremden Staaten die Vorbedingung für die Normalisierung der Beziehungen des eigenen Landes zu einem dieser beiden fremden Staaten war. Immerhin wurde das Kind auch von Schumann inzwischen beim Namen genannt: Die diplomatische Anerkennung der DDR war mithin nur noch eine Frage der Zeit.⁵⁵¹ Im Frühjahr 1972 wurde sie von Schumann sogar als logi-

that he was not prepared to commit himself. He and 'the Department' were 'locking the brakes on all four wheels'. But there were also several feet on the accelerator and he could not forecast how things would develop."

⁵⁴⁹ NAUK, PREM 15, 920: Note des FCO vom 8. 10. 1971 für den Prime Minister: „The French have always been more relaxed about the GDR than the other allies. And there is some recent evidence to suggest that they too may, perhaps after the completion of the Berlin negotiations, consider breaking ranks in order to get in first in building a relationship with the GDR, justifying their action by arguing that the Brandt/Brezhnev meeting creates a new situation in which the Federal Republic's allies must develop their own contacts with the East. They are jealous of Brandt's new role as an interlocuteur valable with the Russians; but Brezhnev's forthcoming visit to Paris may soothe them.“ Selbst in Frankreich herrschte Unklarheit über die Äußerungen von de Broglie und ihre Gültigkeit hinsichtlich der französischen Außenpolitik, wie Fragen von Parlamentariern in den nachfolgenden Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses zeigen, cf. ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 9. 3. 1972, S. 35 ff.

⁵⁵⁰ NAUK, PREM 15, 920: Telegramm der brit. Botschaft in Paris vom 5. 11. 1971 an das FCO; handschriftl. Anmerkung, vermutl. von Edward Heath: „If the French can do [all?] this with the GDR. Why cannot we?“

⁵⁵¹ ANF, 20060135/10: Protokoll der Sitzung vom 16. 12. 1971; S. 33 f.: „Quand M. Duclos, à la tribune du Sénat, dit: ‚Le jour viendra où vous reconnaîtrez la RDA; il a raison. Le tout est de savoir si nous allons le faire, ce qui serait puéril, inopérant et dangereux, isolément, ou si, comme l'a confirmé le président de la République au chancelier Brandt, et dans l'intérêt même de la détente, tenir compte de la solidarité qui doit nous unir à nos partenaires européens, et plus particulièrement au premier intéressé, la République fédérale [sic]. Nous accusera-t-on d'être à la remorque de la République fédérale simplement parce que nous l'aidons à pratiquer l'ostpolitique [sic], c'est-à-dire à aller plus avant dans la voie que nous-mêmes avons ouverte, et où elle s'est engagée après nous?“

sche Konsequenz der Entspannungspolitik interpretiert.⁵⁵² Auf keinen Fall dürfe die Anerkennung der DDR hingegen mit dem Problem der Wiedervereinigung in Verbindung gebracht werden.⁵⁵³ Die Schwierigkeiten der Bundesregierung bei der Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag veranlassten die französische Außenpolitik, die Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen in noch stärkerem Maße zu verlangsamten.⁵⁵⁴ Tatsächlich wartete die französische Außenpolitik für alle weiteren Schritte das Inkrafttreten der Ostverträge sowie des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin im Juni 1972 ab.

Erst ab September 1972 wurde das privat betriebene BEIF für jeweils zehn Tage im Monat zu einer offiziellen Handelskammer. Erst jetzt wurde die Normalisierung der französisch-ostdeutschen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen unmittelbar in Verbindung mit der Ost- und Entspannungspolitik de Gaulles gesetzt, wurde dessen Moskauer-Reise von 1966 ganz offiziell als Ausgangspunkt für Veränderungen auch in den Beziehungen zur DDR definiert.⁵⁵⁵ Zudem wurde im Herbst 1972 erneut eine Delegation der EFA im *Quai d'Orsay* empfangen, um die Normalisierung der Beziehungen auf kultureller Ebene voranzubringen. Grundlage der Verhandlungen war ein von den diversen Gremien der EFA erarbeiteter Maßnahmenkatalog, aus dem sich das Ministerium je nach Umsetzbarkeit der einzelnen Vorschläge für den Ausbau der Beziehungen bediente. Sämtliche in diesem Zeitraum getroffenen Maßnahmen sollten einen möglichst reibungslosen Übergang hin zu offiziellen Beziehungen mit der DDR vorbereiten.

Eine Woche vor der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages und damit unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen konstatierte Maurice Schumann im außen- und verteidigungspolitischen Ausschuss des Senats, dass man das Rennen um eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR durchaus hätte gewinnen können; ein viel größerer Erfolg sei es jedoch, dass man dieser Versuchung widerstanden habe.⁵⁵⁶

⁵⁵² Ibid.: Protokoll der Sitzung vom 9. 3. 1972, S. 29: „La participation pleine et entière de l'Allemagne de l'Est à la vie internationale est certainement l'aboutissement logique et inéluctable de cette politique d'ouverture, mais la précipitation et le désir d'en toucher trop vite les dividendes compromettraient tout probablement de manière irréparable. Il suffit de suivre les débats du Bundestag pour s'apercevoir que c'est là le point le plus vulnérable. Il ne faut absolument pas rompre un équilibre déjà précaire si l'on veut la ratification des traités et, par voie de conséquence, leurs suites y compris la normalisation des rapports entre la RDA et le reste de l'Europe.“

⁵⁵³ AP, Sénat, 48 S 15: Protokoll der Sitzung vom 24. 2. 1972, S. 28 f.

⁵⁵⁴ Ibid., S. 30: „Le rythme de la normalisation des rapports entre la France et la RDA doit être subordonné à cette exigence, subordonné à cette nécessité et par conséquent quelque peu ralenti.“

⁵⁵⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3077: Note vom 20. 9. 1972 für den Leiter der DREE über ein Gespräch des Bevollmächtigten der DREE in Ost-Berlin mit Honecker: „Il [das Interesse der franz. Regierung am Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR – Ch. W.] s'inscrivait dans le cadre d'une politique de coopération et d'amitié avec l'ensemble des pays de l'Est de l'Europe qui avaient choisi le socialisme, dont le voyage du général de Gaulle à Moscou avait marqué le commencement.“

⁵⁵⁶ AP, Sénat, 48 S 15: Protokoll der Sitzung vom 13. 12. 1972, S. 8: „Rien ne nous aurait été plus facile que de normaliser nos rapports avec la RDA au nom de la France et de la

2. Zwischen Bilateralismus und Multilateralismus: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR 1972/73

Der französische Zeitplan für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR am 9. Februar 1973 entsprach nicht der Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten, sondern dem Fortgang der europäischen Ost- und Entspannungspolitik, die seit Herbst 1969 maßgeblich durch Willy Brandt und Egon Bahr betrieben wurde. Es handelte sich für die französische Außenpolitik mithin um die Konsequenz eines mehrere Jahre andauernden Verhandlungsmarathons, der sich auf vielen Ebenen abgespielt hatte. Zentrale Bedingung für diesen Schritt war die Normalisierung der innerdeutschen Beziehungen, wie sie durch den am 21. Dezember 1972 zwischen beiden deutschen Staaten unterzeichneten Grundlagenvertrag festgeschrieben wurde.

Die Vorbereitungen

Das Problem einer Anerkennung der DDR durch Frankreich infolge einer neuen Ostpolitik der Bundesrepublik stellte sich für das französische Außenministerium erstmals nach der Reise Willy Brandts im April 1970 in die USA, bei der sich Brandt der notwendigen Unterstützung des US-Präsidenten Richard Nixon für seine Politik versicherte.⁵⁵⁷ Nur wenige Wochen nach dieser Reise setzte man sich in der Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay* erstmals mit diesem Problem auseinander. In einer entsprechenden Note wurden Strategien entwickelt und mögliche Schwierigkeiten aufgezeigt: Zwar ergäben sich Art und Zeitpunkt der Anerkennung grundsätzlich aus der Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen, gleichzeitig könne der von der DDR erreichte internationale Status nicht gänzlich ignoriert werden. Diese Einschätzung bezog sich auf eine allgemeine Anerkennungswelle, vor allem jedoch auf eine eventuelle Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO. Um auf die neue Entwicklung entsprechend zu reagieren, verfüge Frankreich, so die Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay*, über einen breiten Handlungsspielraum, der von einer allmählichen Normalisierung der Beziehungen im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich bis hin zum Austausch von Botschaftern zwischen Paris und Ost-Berlin reiche. Wählen könne man das Niveau der Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR indes nur theoretisch.⁵⁵⁸ Tatsächlich ergab sich dieses Niveau aus Entwicklungen, auf die Frankreich lediglich begrenzt Einfluss nehmen konnte.

Dennoch, so der Tenor der Note, sollte der Einfluss Frankreichs geltend gemacht werden, um eine umfassende und vorbehaltlose Anerkennung der DDR

France seule, et même d'essayer de gagner une sorte de course de vitesse. La tentation aurait pu être grande, nous avons pensé qu'il y avait un intérêt majeur à ce que le problème fût réglé d'une manière concertée.“

⁵⁵⁷ Zum Problem des Multilateralismus cf. Badie/Devin (Hrsg.), *Le multilatéralisme*, dort insbesondere die Artikel von Pierre Grosser und Guillaume Devin.

⁵⁵⁸ AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Note der S/DEUC vom 6. 5. 1970.

auszuschließen. Eine solche Anerkennung hätte nicht nur Auswirkungen auf die Rechte der Alliierten in Bezug auf ganz Deutschland, sie würde auch die deutsche Teilung verankern.⁵⁵⁹ Um dies zu verhindern, müsse eine Anerkennung mit der Bekräftigung der alliierten Rechte einhergehen. Dies bezog sich grundsätzlich auf Deutschland in seiner Gesamtheit, praktisch jedoch insbesondere auf Berlin und die Zugangswege nach West-Berlin. Man befürchtete, dass sich mit einer Anerkennung der DDR die Schwierigkeiten in Berlin noch verstärken würden. Um eine Bestätigung der alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten – quasi als Gegenleistung für die Anerkennung der DDR – zu erwirken, wurden Verhandlungen mit der Sowjetunion vorgeschlagen.⁵⁶⁰ Als Voraussetzung dafür wurde eine sehr enge Zusammenarbeit der drei Westalliierten mit der Bundesrepublik bezeichnet, mehr noch, eine Harmonisierung der Verhandlungen zwischen den Alliierten mit den Verhandlungen der Bundesrepublik und den von ihr unterzeichneten Abkommen. Wenn Frankreich in der Frage des Anerkennungsprozesses hinter der Bundesrepublik zurückblieb, wie von Parlamentariern immer wieder kritisiert, und gleichzeitig sehr eng mit der Bundesrepublik zusammenarbeitete, so diene dies in erster Linie aber der Verteidigung eigener Interessen.⁵⁶¹

Ein Jahr nach der Erarbeitung dieses Strategiepapiers des Außenministeriums äußerte sich der französische Staatspräsident Georges Pompidou – soweit aus den Quellen ersichtlich – erstmals zum Problem der Anerkennung der DDR.⁵⁶² Bezugnehmend auf ein Gespräch zwischen dem westdeutschen Außenminister und dem sowjetischen Botschafter in Bonn über die innerdeutschen Beziehungen forderte Pompidou dazu auf, die Entwicklung auf das Genaueste zu verfolgen und die Anerkennung intern entsprechend vorzubereiten, damit man zum gegebenen Zeitpunkt auch als Erster zur Tat schreiten könne.⁵⁶³ Tatsächlich wurde die Frage im *Quai d'Orsay* jedoch erst wieder aktuell nach der Unterzeichnung des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin im September 1971 sowie nach dem dadurch möglich gewordenen sogenannten Transitabkommen vom Dezember 1971, wel-

⁵⁵⁹ Ibid.: „Une reconnaissance complète et sans réserve de la RDA par les trois puissances aurait nécessairement des incidences sur leurs compétences et leurs droits relatifs à l'Allemagne dans son ensemble. [...] En outre, une telle reconnaissance, aboutissant à consacrer la division de l'Allemagne, porterait atteinte, de ce fait, à l'un des éléments essentiels auxquels est liée la responsabilité quadripartite, c'est-à-dire la perspective d'un règlement de paix avec une Allemagne unifiée.“

⁵⁶⁰ Ibid.: „Reste alors l'autre voie, celle de la négociation préalable. Ne pourrions-nous tenter, le jour venu, de ‚vendre‘ à l'Union soviétique notre reconnaissance de la RDA et notre accord à son entrée aux Nations unies? Pouvons-nous espérer d'obtenir en échange la réaffirmation par l'URSS d'une certaine responsabilité quadripartite au moins sur les accès?“

⁵⁶¹ Ibid.: „Les cartes que nous pourrions jouer perdraient en effet beaucoup de leur valeur si Moscou avait le sentiment que les options essentielles ont déjà été prises par la République fédérale.“

⁵⁶² Zur Haltung Pompidous in deutschlandpolitischen Fragen cf. Schirmann/Mohamed-Gaillard (Hrsg.), Georges Pompidou et l'Allemagne.

⁵⁶³ ANF, 5 AG 2, 1009: Kurzfassung eines Telegramms aus Bonn vom 14. 5. 1971 für Pompidou; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Il faudra que nous soyons les premiers à reconnaître la RDA – suivre l'évolution de près et préparer les modalités pour ce qui nous concerne.“

ches den Verkehr zwischen der Bundesrepublik und der DDR regelte. Im Januar 1972, acht Monate nach der Aufforderung Pompidous, informierte die Europa-Abteilung des französischen Außenministeriums intern alle von dieser Angelegenheit betroffenen Abteilungen, dass die aktuelle Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen Frankreich zu einem noch nicht zu bestimmenden Datum dazu bringen werde, seinerseits diplomatische Beziehungen mit der DDR aufzunehmen, und bat darum, sämtliche in diesem Fall zu klärenden Fragen und Probleme zusammenzutragen.⁵⁶⁴ Zum gegebenen Zeitpunkt sollte dies als Grundlage für eine gemeinsame Sitzung mit Vertretern aller Abteilungen dienen. Es ist durchaus möglich, dass man sich dabei an der Einschätzung der Situation durch die amerikanische Außenpolitik orientiert hat: Nur wenige Tage später meldete die französische Botschaft aus Washington, dass im *State Department* erste Besprechungen über zu erwartende Probleme in den Beziehungen mit der DDR geführt wurden.⁵⁶⁵ Abgesehen von der Arbeit in den einzelnen Abteilungen geschah im *Quai d'Orsay* in den nächsten Monaten jedoch wenig – ein Indiz dafür, dass man keine baldige Veränderung der Gesamtsituation erwartete.

Ein weiterer wichtiger Schritt in diesem multilateralen Prozess war das gleichzeitige Inkrafttreten der Ostverträge und des Vier-Mächte-Abkommens am 3. Juni 1972.⁵⁶⁶ Im Vorfeld dieses Ereignisses forderte das Auswärtige Amt Frankreich dazu auf, dem Wunsch der DDR nach Aufnahme in internationale Organisationen entgegenzukommen. Dies ist insofern bemerkenswert, als das Auswärtige Amt bis zu diesem Zeitpunkt mit großer Regelmäßigkeit bei den drei Westalliierten interveniert hatte, um eine Aufwertung des internationalen Status der DDR zu verhindern.⁵⁶⁷ Der Leiter der Europa-Abteilung des *Quai d'Orsay* schlug daraufhin vor, sämtliche Vorsicht fahren zu lassen und mit dem sowjetischen Außenminister offen über die Anerkennung der DDR durch die drei Westalliierten zu sprechen.⁵⁶⁸ Entsprechend gereizt reagierte auch Pompidou auf diese Aufforderung aus Bonn⁵⁶⁹ und wies seinen Außenminister an, sich der DDR gegenüber ab

⁵⁶⁴ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC, Arnaud, vom 13. 1. 1972.

⁵⁶⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Washington, Lucet, vom 19. 1. 1972.

⁵⁶⁶ Zum Vier-Mächte-Abkommen cf. Wilkens, *Der unstete Nachbar*, S. 123–176 sowie Osmond, *La négociation de l'accord quadripartite sur Berlin*.

⁵⁶⁷ Wenige Monate zuvor hatte die Bonner Regierung Paris noch darum gebeten, in Ost-Berlin keine CNCE-Mission einzurichten. Pompidou sprach sich bei dieser Gelegenheit gegen eine weitere Rücksichtnahme auf Bonn aus: „Les Allemands n'ont pas eu un geste à notre égard depuis des mois, et n'ont cessé de nous critiquer alors que je les ai soutenus sur l'essentiel.“ In: ANF, 543 AP, 25: Note von Raimond vom 31. 1. 1972 für Pompidou (handschriftl. Anmerkung).

⁵⁶⁸ ANF, 5 AG 2, 1009: Kurzfassung eines Telegramms aus Bonn vom 29. 5. 1972 für Pompidou: „Au cours de la réunion des directeurs d'Europe MM. Bahr et Frank interviennent avec force pour préconiser plus de souplesse face au désir de la RDA d'être admise dans les organisations internationales. M. Arnaud suggère que nous pourrions abattre notre jeu plus vite que prévu et faire connaître nos intentions à M. Gromyko le 3 juin à Berlin. Les Allemands accueillent cette suggestion avec intérêt.“

⁵⁶⁹ *Ibid.*: Kurzfassung eines Telegramms aus Bonn vom 29. 5. 1972 für Pompidou; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Quelle comédie! Allons donc de l'avant si la RFA le désire! On cherche à faire porter aux 3 le chapeau de la rigueur, c'est se moquer des gens.“ Zur Haltung und Politik Pompidous gegenüber Deutschlands cf. Schirmann/

sofort entgegenkommend zu zeigen. Adressat dieser veränderten Haltung war jedoch nicht die DDR, sondern die Bundesrepublik: Maurice Schumann sollte im Rahmen der Unterzeichnung des Schlussprotokolls des Vier-Mächte-Abkommens in Berlin keine konkreten politischen Maßnahmen in puncto Anerkennung ergreifen; vielmehr sollte die Bundesrepublik auf diese Weise davor gewarnt werden, die als notwendig erachtete Solidarität der Alliierten nicht über Gebühr zu strapazieren.⁵⁷⁰ Dementsprechend missfiel Pompidou auch die Bitte der angloamerikanischen Bündnispartner an Frankreich, im Namen der Alliierten gegen ein inoffizielles Gespräch zwischen dem UNO-Generalsekretär und dem DDR-Außenminister zu protestieren.⁵⁷¹

Anfang Juli 1972 empfing Egon Bahr die Botschafter der drei Westalliierten in Bonn, um sie über den Stand der Verhandlungen mit der DDR zu informieren.⁵⁷² Im selben Monat bat Maurice Schumann daraufhin seinen Kollegen vom Wirtschafts- und Finanzministerium, für die Eröffnung einer Botschaft in Ost-Berlin entsprechende Gelder im Budget für 1973 zurückzuhalten. Es handele sich zwar derzeit nur um eine Arbeitshypothese, auch könne dieser Posten nicht offiziell eingeplant werden, man müsse aber ab sofort über die Konsequenzen einer Anerkennung der DDR nachdenken. Der Umfang der neu zu schaffenden Botschaft, die umgehend einsatzfähig sein müsse (es wurde mit 20 Stellen und einem Budget von 4,7 Millionen FF gerechnet), erlaube es darüber hinaus nicht, auf bereits bewilligte Gelder zurückzugreifen.⁵⁷³

In den folgenden Wochen zeigte sich, dass nicht nur die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen selbst maßgeblich für den Verlauf des Anerkennungsprozesses in Frankreich war, sondern auch die Einschätzung dieser Entwicklung

Mohamed-Gaillard (Hrsg.), Georges Pompidou et l'Allemagne. Eine andere Interpretation findet sich bei Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 318–320.

⁵⁷⁰ ANF, 5 AG 2, 1009: Handschriftl. Note von J[obert] vom 31. 5. 1972 für Raimond (auf Anweisung Pompidous): „Il faut faire dire dès ce matin à M. Schumann qu'il faudrait qu'il se montre ‚ouvert‘ vis-à-vis de la RDA. (Vous avez vu l'annotation d'hier du président de la République sur un télégramme.) C'est une *attitude* à prendre, pour inquiéter et ne pas laisser à certains le confort de penser qu'ils peuvent toujours compter sur notre acharnement à défendre l'état actuel des affaires. C'est une attitude qui est démontrée. Ce n'est pas une action précise à engager [Hervorhebungen im Original – Ch. W.]“

⁵⁷¹ Ibid.: Kurzfassung eines Telegramms aus Bonn vom 28. 6. 1972 für Pompidou; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Les Anglais et les Américains disent en privé leur mécontentement et nous demandent de faire une ‚protestation‘ – les bons apôtres! Manifestons notre mécontentement en privé.“

⁵⁷² ANF, 543 AP, 26: Kurzfassung verschiedener Telegramme aus Bonn vom 3./4. 7. 1972 für Pompidou.

⁵⁷³ AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Schreiben des MAE, Schumann, vom 24. 7. 1972 an das MinEF, Giscard d'Estaing: „L'importance du poste à créer m'interdit en effet d'envisager la mise en place des emplois et crédits de fonctionnement nécessaires par prélèvement sur les dotations existantes de mon budget. L'hypothèse d'une ouverture symbolique n'impliquant dans un premier temps que la présence d'un chargé d'affaires sans collaborateur et sans moyens doit être par ailleurs formellement écartée dans le cas présent. C'est donc une ambassade disposant de tous ses moyens en effectifs et en crédits que j'aurai le devoir de mettre immédiatement en place en Allemagne orientale dès que des relations officielles auront été établies entre les deux pays.“

durch die amerikanische Außenpolitik. Ende August bezeichnete das *State Department* den Modus vivendi zwischen beiden deutschen Staaten und deren Aufnahme in die UNO als absehbar. Der an diese Einschätzung geknüpften Initiative Washingtons zugunsten von Konsultationen der drei Alliierten – zwecks Klärung sämtlicher, die Anerkennung der DDR durch die Alliierten betreffender, Fragen – stand man in Paris sehr aufgeschlossen gegenüber.⁵⁷⁴ Für Pompidou bestand darin der einzige Ausweg aus dem Dilemma, dass Frankreich einerseits sobald wie möglich diplomatische Beziehungen mit der DDR aufzunehmen beabsichtigte, es aufgrund der engen Beziehungen mit der Bundesrepublik andererseits aber nicht in der Lage war, in dieser Angelegenheit unabhängig aktiv zu werden.⁵⁷⁵ Um die Bundesregierung nicht an den Gesprächen beteiligen zu müssen, wählte man als Ort der Konsultationen Berlin. Die französische Militärregierung in Berlin erarbeitete daraufhin eine ausführliche Liste mit allen Problemen, die sich im Falle einer Anerkennung der DDR durch die Alliierten stellen würden. Dazu zählten die verschiedenen Zugänge nach West-Berlin, juristische Erwägungen hinsichtlich des Status von Berlin, die Aktivitäten der Westalliierten in Ost-Berlin (Passieren der Grenze, Patrouillen in Ost-Berlin etc.), der Warenverkehr und schließlich die Zukunft der militärischen Verbindungsmissionen der Alliierten in der DDR.⁵⁷⁶ Konsultationen kamen vorerst jedoch nicht zustande.

Bei einer Besprechung der drei alliierten Botschafter Ende September in Bonn äußerte der amerikanische Vertreter, dass es jetzt an der Zeit sei, sich ernsthaft mit der Anerkennungsproblematik zu beschäftigen. Gespräche sollten sowohl zwischen den drei Westalliierten unter Ausschluss der Bundesrepublik als auch mit ihr geführt werden. Als unklar galt der Grad der Abstimmung zwischen den drei Alliierten bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Auch stellte sich die Frage nach dem geeigneten Zeitpunkt für Verhandlungen mit der DDR.⁵⁷⁷ Der Generalsekretär des *Quai d'Orsay* befand nach Rücksprache mit dem *Élysée*, dass man erst nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der DDR in direkte Verhandlungen treten könne. Man müsse zwar die Meinung der Bundesregierung einholen; Konsultationen sollten seiner Auffassung zufolge jedoch nur zwischen den Alliierten stattfinden.⁵⁷⁸ Pompidou, dem offensichtlich viel daran gelegen war, umgehend mit den Vorbereitungen zu beginnen, sprach sich außerdem dafür aus, der DDR durch gewisse Erleichterungen bei der Vergabe von Visa zu verstehen zu geben, dass die von ostdeutscher Seite mit Ungeduld erwartete Anerkennung in greif-

⁵⁷⁴ AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Washington, Kosciusko-Morizet, vom 29. 8. 1972.

⁵⁷⁵ ANF, 5 AG 2, 1009: Kurzfassung vom 29. 8. 1972 eines Telegramms aus Washington vom 30. 8. 1972 für Pompidou; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Il me semble que nous avons intérêt à répondre favorablement – nous n'allons pas être en retard par rapport aux Américains dans les rapports avec la RDA. D'autre part nos liens avec Bonn nous empêchent d'aller seuls de l'avant. Parfois nous avons intérêt au rappel des autorités quadripartites.“ Die Zustimmung der französischen Regierung wurde noch am selben Tag nach Washington übermittelt, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 30. 8. 1972 an die franz. Botschaft in Washington.

⁵⁷⁶ Ibid.: Schreiben des GMFB, Toffin, vom 18. 9. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

⁵⁷⁷ Ibid.: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 26. 9. 1972.

⁵⁷⁸ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 29. 9. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

bare Nähe gerückt sei.⁵⁷⁹ Als Hintergrund für diese Entscheidung lässt sich vermuten, dass auf diese Weise der von der DDR über die französischen Parlamentarier ausgeübte Druck auf die französische Regierung abgeschwächt werden sollte.

Die geplanten Konsultationen in Berlin kamen nicht zustande. Stattdessen wurde im sogenannten *Groupe de Bonn* (Bonner Vierergruppe bestehend aus Vertretern der Botschaften der drei Alliierten und des Auswärtigen Amts) bereits über den folgenden Schritt, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO, diskutiert.⁵⁸⁰ Während die Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten zum Grundlagenvertrag noch andauerten, begannen am 23. Oktober 1972 in Berlin auch die Gespräche zwischen den Botschaftern der vier Alliierten über die UN-Mitgliedschaft. Gegenstand der Verhandlungen war eine gemeinsame Erklärung, in der man sich verpflichtete, die Mitgliedsanträge beider deutscher Staaten zu unterstützen. Aus französischer Sicht hatte man die DDR damit indirekt als souveränen Staat anerkannt. Es bestehe mithin, so der französische Botschafter in Bonn Jean Sauvagnargues, keine Verpflichtung mehr zu einer offiziellen Anerkennung; stattdessen könne man sich in den Verhandlungen mit der DDR auf die praktische Umsetzung dieser Anerkennung, also auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen beschränken.⁵⁸¹ Die gefundene Formulierung halte außerdem das Risiko einer übereilten Anerkennungswelle gering, sei doch mit dieser Erklärung allen NATO-Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR ohne Zeitdruck vorzubereiten.⁵⁸² Die Selbstverpflichtung zur Unterstützung der DDR bei der Aufnahme als eigenständiger Staat in die Vereinten Nationen wurde verknüpft mit einer Bekräftigung alliierter Rechte und Praktiken.⁵⁸³ Erst durch die mit dieser Erklärung geschaffene

⁵⁷⁹ ANF, 5 AG 2, 1009: Kurzfassung vom 27. 9. 1972 eines Telegramms aus Bonn vom 26. 9. 1972 für Pompidou; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „C'est exact [bezieht sich auf die Feststellung, dass jetzt der Moment gekommen ist – Ch. W.]. De plus j'aimerais que l'on voit si nous ne pouvons pas, sans rien annoncer à personne, relâcher nos disciplines, par exemple en matière de visas (??) ou autre, marquer à la RDA que le jour approche ...“

⁵⁸⁰ Hervé Alphand forderte jedoch, dass man sich wieder um eine realistischere Diskussion bemühen solle. Es sei zwar grundsätzlich nicht falsch, sich darüber Gedanken zu machen, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO habe derzeit jedoch einen stark hypothetischen Charakter; cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3092: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 30. 9. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

⁵⁸¹ ANF, 5 AG 2, 1009: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 10. 11. 1972: „À cet égard, il me paraît important de souligner que le texte adopté il y a quelques jours est, peut-être, de nature à nous dispenser de toute discussion avec les Allemands de l'Est sur la reconnaissance formelle de leur État.“ Pompidou kommentierte am 13. 11. 1972 in einer Anmerkung zustimmend: „Nous ne devons pas mal nous conduire, mais il ne s'agit pas de se laisser duper!“

⁵⁸² Ibid.: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 10. 11. 1972: „Et, grâce à une promesse à la RDA qui ne prendra effet qu'à la veille de l'entrée de celle-ci et de la RFA aux Nations unies, nos partenaires de l'Alliance pourraient, sans être pressés par le temps, mettre au point, dans l'intervalle, les modalités de l'établissement effectif de relations diplomatiques.“

⁵⁸³ AMAE, RDA 1971–1976, 3092: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 28. 10. 1972; Alphand definierte hier die Festschreibung des UNO-Beitritts beider deutscher Staaten und die Wahrung der alliierter Rechte als die französischen Verhandlungsziele und stimmte deshalb dem sowjetischen Gegenvorschlag grundsätzlich zu.

explizite Verbindung zwischen der Anerkennung des zweiten deutschen Staates und der Beibehaltung alliierter Rechte und Verantwortlichkeiten für Deutschland in seiner Gesamtheit wurde aus Sicht der französischen Außenpolitik eine entscheidende Hürde auf dem Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR aus dem Weg geräumt.

Nach insgesamt zehn Sitzungen einigte man sich am 5. November auf den Text der gemeinsamen Erklärung.⁵⁸⁴ Noch am selben Tag fand in Brüssel die erste Konsultation zwischen den Vertretern der drei Westalliierten über den weiteren Verlauf des Anerkennungsprozesses statt. Hierbei ging es im Wesentlichen um die Themen bilateraler Verhandlungen mit der DDR sowie um die Form der Konsultationen im weiteren Verlauf dieses Prozesses. So kam man überein, dass die Konsultationen vorerst im *Groupe de Bonn* fortgeführt werden sollten, während die alliierten Missionen in Berlin mit Untersuchungen zu praktischen Problemen beauftragt wurden.⁵⁸⁵

Während die Bundesregierung vor allem um eine Abstimmung des Anerkennungsprozesses der drei Alliierten mit dem von ihr betriebenen Normalisierungsprozess der innerdeutschen Beziehungen besorgt war, drang man im französischen Außenministerium auf eine verstärkte Abstimmung des Anerkennungsprozesses unter den Alliierten.⁵⁸⁶ Ein erster Abgleich mit der britischen Position fand in Paris zwischen dem Sekretär der britischen Botschaft und dem Leiter der für die DDR zuständigen Zentraleuropa-Abteilung des *Quai d'Orsay* statt. Unterschiede wurden lediglich in Detailfragen festgestellt: So schloss Maurice Schumann im Falle einer Verzögerung der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages Zwischenschritte auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen mit der DDR nicht aus; im Gegensatz zu London plante man die Eröffnung eines zusätzlichen Konsulats außerhalb von Berlin; auch wollte Schumann sich nach Eröffnung der Botschaft nicht mit einem Geschäftsträger begnügen.⁵⁸⁷

In den kommenden Wochen wurden sämtliche Fragen und Probleme bezüglich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR von Vertretern der Alliierten an den verschiedensten Orten – Berlin, Bonn, Brüssel, London, Paris und Washington – verhandelt. Vor allem für außenstehende Beteiligte war es offensichtlich schwierig geworden, den Überblick zu wahren. So wurden die übrigen NATO-Mitgliedsstaaten von der Zustimmung der drei Westalliierten zur Aufnahme der DDR in die UNESCO überrascht und forderten daraufhin, künftig besser über den Stand der Konzertierung zwischen den Alliierten informiert zu werden.⁵⁸⁸ Die Frage der Anerkennung war in den folgenden Tagen auch Thema einer Sitzung der EU-Außenminister. Schumann mahnte seine Kollegen zu Solidarität, und man einigte sich, die Angelegenheit bei einer Sitzung des Nordatlan-

⁵⁸⁴ Zu den Sitzungen der Botschafter vom 23. 10. bis zum 5. 11. 1972 cf. *ibid.* (eigenständiges Dossier).

⁵⁸⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Summary of points agreed at a meeting of US, French and UK officials in Brussels on 5th November 1972.

⁵⁸⁶ *Ibid.*: Note der S/DEUC vom 10. 11. 1972.

⁵⁸⁷ *Ibid.*: Note der S/DEUC vom 15. 11. 1972; mit handschriftl. Anmerkungen von Maurice Schumann.

⁵⁸⁸ *Ibid.*: Telegramm aus Brüssel (REPAN), Rose, vom 17. 11. 1972.

tikrates am 8. Dezember 1972 zu verhandeln.⁵⁸⁹ Der Generalsekretär des *Quai d'Orsay* drängte infolge dieses Treffens auf eine baldige Einigung der drei Alliierten in Bonn.⁵⁹⁰ Während die Gespräche in den folgenden Tagen im *Groupe de Bonn* fortgesetzt wurden, hier arbeitete man insbesondere an der Vorbereitung eines Kommuniqués für die Sitzung des Nordatlantikrates am 8. Dezember⁵⁹¹, bestand weiterhin Uneinigkeit zwischen den drei Alliierten über den geeigneten Ort für die Konsultationen – mindestens zwei der Delegationen wären jeweils von ihren Experten weit entfernt gewesen.⁵⁹² Hinzu kam, dass die für derartige Konsultationen notwendigen Dossiers, die von den jeweiligen Außenministerien vorbereitet wurden, noch nicht fertig waren.

Nach der Paraphierung des Grundlagenvertrages am 8. November und dem Wahlerfolg der sozialliberalen Koalition am 19. November 1972 wuchs der Druck auf das französische Außenministerium, die Vorbereitungen für die Aufnahme der Verhandlungen mit der DDR voranzutreiben. Wenige Tage später und unmittelbar nach dem Treffen der EU-Außenminister lud die Zentraleuropa-Abteilung sämtliche damit befassten Fachabteilungen des Ministeriums zu einer Sitzung am 29. November ein.⁵⁹³ Inzwischen rechnete man mit einer Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen dem 18. und dem 21. Dezember. Und für den 8. Dezember erwartete man eine definitive Entscheidung des NATO-Rates über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR. Da alle NATO-Mitglieder offensichtlich einverstanden waren, ihre Positionen miteinander zu koordinieren, beabsichtigte man, sich nach denen zu richten, die wie die skandinavischen Staaten auf eine Beschleunigung des Prozesses drangen – eine Einstellung, die der französischen Regierung durchaus entgegenkam.⁵⁹⁴ Als besonders vordringlich wurde in Paris der Ausbau der Kulturbeziehungen angesehen, nicht zuletzt als Möglichkeit, um sich von den anderen NATO-Mitgliedern abzusetzen.⁵⁹⁵ Man betrachtete nicht ohne Sorge das wachsende Interesse der USA an Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der DDR⁵⁹⁶ und suchte offensichtlich nach einer individuellen Note innerhalb dieses gemeinschaftlichen Prozesses.

Weil auch die DDR wisse, dass man es mit der Aufnahme von Beziehungen eilig habe, wurde angeregt, Fragen und Probleme⁵⁹⁷ zukünftiger Beziehungen zunächst

⁵⁸⁹ Ibid.: Telegramm (circulaire) von Maurice Schumann vom 21. 11. 1972.

⁵⁹⁰ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 22. 11. 1972.

⁵⁹¹ Ibid.: Verschiedene Telegramme aus Bonn, Sauvagnargues, vom 23. 11. bis zum 27. 11. 1972.

⁵⁹² Ibid.: Telegramm aus London, de Beaumarchais, vom 28. 11. 1972.

⁵⁹³ AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Note der S/DEUC, Boyer, vom 23. 11. 1972.

⁵⁹⁴ Ibid.: Note der S/DEUC vom 1. 12. 1972: „Attitude qui conviendrait assez bien au gouvernement français.“

⁵⁹⁵ Ibid.: „M. Arnaud relève qu'il serait opportun de faire preuve d'originalité en ce domaine [die Kulturbeziehungen – Ch. W.]. Nous pourrions en effet en hâtant les choses sur ce point nous différencier dans une certaine mesure de nos partenaires de l'Alliance qui reconnaîtront certainement tous la RDA en même temps.“

⁵⁹⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Washington, Kosciusko-Morizet, vom 6. 9. 1972.

⁵⁹⁷ Die während der Sitzung am 29. 11. 1972 behandelten Punkte im Einzelnen: französische Staatsangehörige in der DDR, Reisen Ostdeutscher nach Frankreich (Anerkennung ostdeutscher Pässe und Eröffnung eines Konsulats), Beziehungen im juristischen

nur anzuschneiden, sich ihre Vertiefung jedoch für spätere Verhandlungen vorzubehalten. Über die Gesamtheit der besprochenen Probleme sollte es nicht nur Konsultationen mit Großbritannien und den USA geben, sondern auch mit jenen Ländern, die ebenfalls von Deutschland besetzt worden waren und demzufolge die gleichen Probleme mit der DDR zu regeln hatten. Mit der Sitzung vom 29. November 1972 wurde die erste Etappe der internen Vorbereitungen abgeschlossen. Erstmals wurden nun auch sämtliche Botschafter Frankreichs über den Stand der Beziehungen zur DDR informiert und zu privaten Kontakten mit ihren ostdeutschen Amtskollegen autorisiert. Ohne von der alliierten Grundlinie abzuweichen (d. h. keine Initiative vor Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zu ergreifen), hatte man damit eine Möglichkeit gefunden, der DDR die unmittelbar bevorstehende Eröffnung von Verhandlungen – wie von Pompidou gefordert – anzukündigen.⁵⁹⁸ Während man auf westdeutscher Seite sichergehen wollte, dass der Ständige Vertreter der Bundesrepublik vor seinen alliierten Kollegen in Ost-Berlin eintraf, drängte Pompidou darauf, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen nicht unnötig weiter hinauszuzögern.⁵⁹⁹ Bereits zwei Tage später unterbreitete ihm Schumann den Vorschlag zur Ernennung von Bernard Guillier de Chalvron als Botschafter in Ost-Berlin.⁶⁰⁰ Für die Wahl von de Chalvron sprach nicht nur dessen Engagement im Widerstand, sondern vor allem seine intime Kenntnis der deutsch-deutschen Entwicklung, die er sich als politischer Berater der französischen Militärregierung in Berlin in den 1950er und 1960er Jahren erworben hatte.

In Vorbereitung der Sitzung des NATO-Rates am 8. Dezember 1972 trafen sich die Außenminister der drei Alliierten und ihr bundesdeutscher Kollege am 5. Dezember zu einem Arbeitessen (ein sogenanntes „dîner quadripartite“), um wichtige Details der anstehenden Verhandlungen mit der DDR zu besprechen und eine einheitliche Position zu bestimmen.⁶⁰¹ Diese Position verteidigte Schumann wenige Tage später im Namen seines britischen und seines amerikanischen Kollegen im NATO-Rat (Frankreich hatte zu diesem Zeitpunkt den Vorsitz der alliierten Verwaltung in Berlin inne).⁶⁰² Mit seiner Rede forderte er die Solidarität aller NATO-Mitglieder in dieser Angelegenheit. Der Erfolg des Vier-Mächte-Abkommens und der innerdeutschen Verhandlungen erlaube, die Normalisierung der Beziehungen mit der DDR nunmehr in Angriff zu nehmen. Wenn Schumann hier nicht von der Aufnahme von Beziehungen, sondern ganz bewusst von deren Nor-

Bereich, Wiener Konvention über Konsularbeziehungen, Besitz des französischen Staates (Terrain der ehemaligen franz. Botschaft auf dem Pariser Platz), Rückgabe von Beutegut, Reparationen etc.

⁵⁹⁸ AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm der S/DEUC, Alphand, vom 1. 12. 1972.

⁵⁹⁹ ANF, 543 AP, 26: Kurzfassung vom 29. 11. 1972 eines Telegramms aus Bonn; handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Ne traînons pas à l’excès.“

⁶⁰⁰ Ibid.: Note von Raimond vom 1. 12. 1972 für Jobert.

⁶⁰¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 20. 12. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

⁶⁰² Ibid.: Rede von Maurice Schumann, gehalten vor dem NATO-Rat am 7. 12. 1972; Schumann hielt seine Rede bereits am 7. Dezember, um sich am 8. Dezember in Paris mit Henry Kissinger über die aktuelle Entwicklung in Deutschland besprechen zu können; siehe auch der im Anschluss an das „dîner quadripartite“ erstellte Redeentwurf vom 5. 12. 1972, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3081.

malisierung sprach, so verdeutlicht dies, dass es sich bei dem geplanten Schritt aus französischer Sicht prinzipiell nicht um etwas grundlegend Neues, sondern um eine Etappe in einem deutlich über den bilateralen Rahmen hinausgehenden Prozess handelte. Auch das im *Groupe de Bonn* vorbereitete Communiqué diente vor allem einer Bestätigung der Grundhaltung gegenüber Deutschland in seiner Gesamtheit.⁶⁰³ Gleichzeitig autorisierte Schumann die übrigen NATO-Mitglieder, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages mit der DDR Kontakt aufzunehmen. Auch das weitere Vorgehen wurde von den drei Alliierten vorgegeben: Die NATO-Mitglieder wurden angehalten, der DDR lediglich ihre Bereitschaft für Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu signalisieren. Eine formelle Anerkennung – die Schumann als überflüssig bezeichnete – würde der Position der drei Alliierten schaden, insbesondere aber Frankreich, welches mehr noch als Großbritannien bestrebt war, dem Ganzen einen möglichst wenig formellen Charakter zu verleihen. Um die unveränderte Haltung gegenüber Berlin zum Ausdruck zu bringen, dürfe es außerdem nicht zu einer Reduzierung der Präsenz der NATO-Staaten in West-Berlin infolge der Eröffnung von Botschaften im Ostteil der Stadt kommen.⁶⁰⁴

In der sich anschließenden Sitzung des NATO-Rates sollte unter anderem verhandelt werden, ob man sich im ersten Schriftwechsel mit der DDR auf die „Gemeinsame Erklärung der vier Alliierten“ beziehen würde. Auch regte Schumann Konsultationen zu allen praktischen Problemen in den Verhandlungen mit der DDR an, allerdings ohne konkrete Vorschläge zu machen. Lediglich die den Status von Berlin betreffenden Fragen sollten auch weiterhin im *Groupe de Bonn* besprochen werden.⁶⁰⁵ Die Sitzung hatte indes nicht den – auch von Frankreich – gewünschten Erfolg. Ursache dafür war nicht zuletzt die Eile, mit der nun einige NATO-Mitglieder, allen voran Dänemark, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR betrieben. Zwar wurde mit dem Communiqué festgelegt, dass die Verhandlungen mit der DDR erst nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages aufgenommen werden sollten. Darüber hinaus ließ sich jedoch keine Einigkeit erzielen. François de Rose, ständiger Vertreter Frankreichs beim Nordatlantikat, blieb nur zu konstatieren, dass mit der Sitzung vom 8. Dezember eine Epoche zu Ende gehe.⁶⁰⁶

Wenn der NATO-Rat nach über zwanzig Jahren erstmals nicht geschlossen der deutschlandpolitischen Position der drei Alliierten und der Bundesrepublik folgte, so lag das in erster Linie an der Uneinigkeit der drei Westalliierten. Auch bei den weiteren Gesprächen im *Groupe de Bonn* wurde kein Konsens hinsichtlich des genauen Zeitplans und der Bezugnahme auf die Gemeinsame Erklärung vom 9. November 1972 gefunden, und dies vor allem deshalb, weil die USA zum ge-

⁶⁰³ AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Rede von Maurice Schumann, gehalten vor dem NATO-Rat am 7. 12. 1972: „Le communiqué qui a été préparé pour la présente session indique clairement que, ce faisant, nous ne porterons pas préjudice à notre position constante concernant l’Allemagne [...]“

⁶⁰⁴ Ibid.

⁶⁰⁵ Ibid.

⁶⁰⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Brüssel (REPAN), Rose, vom 11. 12. 1972.

gebenen Zeitpunkt noch keine Kontaktaufnahme zur DDR beabsichtigten.⁶⁰⁷ Es blieb mithin vorerst jedem Staat selbst überlassen, einen geeigneten Zeitpunkt festzulegen. Mit Ausnahme Belgiens nahmen alle NATO-Mitglieder ihre Verhandlungen mit der DDR jedoch zumindest in dem von Maurice Schumann formulierten Rahmen auf.⁶⁰⁸ Zum Ausgleich dachte man im *Quai d'Orsay* nun verstärkt darüber nach, den Prozess der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am Ratifizierungsprozess des Grundlagenvertrages in der Bundesrepublik auszurichten, und plante deshalb, die Botschaft zunächst nur mit einem Geschäftsträger zu eröffnen.⁶⁰⁹ Ungeachtet des Zögerns in Washington und London forderte Georges Pompidou erneut, bei der Aufnahme der Verhandlungen keine weitere Zeit zu verlieren.⁶¹⁰

Während der amerikanische Botschafter in Bonn noch auf Instruktionen wartete, formierte sich allmählich eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien. Am 15. Dezember wurde im *Groupe de Bonn* ein Text überarbeitet – basierend auf einer Übereinkunft zwischen den Ministern vom 5. Dezember⁶¹¹ –, der den Alliierten für die erste Kontaktaufnahme mit der DDR dienen sollte.⁶¹² Im *Quai d'Orsay* sah man derweil vor allem die Vorteile eines von den beiden anderen Alliierten unabhängigen Vorgehens.⁶¹³ Nur drei Tage später, am 19. Dezember, gab die britische Politik ihre auf Washington ausgerichteten Bemühungen um ein koordiniertes Handeln aller drei Westalliierten endgültig auf. Gleichzeitig signalisierte das *Foreign Office* ein verstärktes Interesse, sich mit Frankreich abzustimmen und das eigene Vorgehen am französischen auszurich-

⁶⁰⁷ Ibid.: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 12. 12. 1972.

⁶⁰⁸ Ibid.: Telegramm aus Brüssel (REPAN), Rose, vom 15. 12. 1972: „Il apparaît donc qu'en l'absence d'une direction donnée par les pays du groupe de Bonn les autres alliés ont arrêté individuellement leur position.“ Am selben Tag wurde bekannt, dass ein erster Kontakt zwischen dem belgischen und dem ostdeutschen Außenministerium hergestellt worden war, cf. AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 15. 12. 1972.

⁶⁰⁹ AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 12. 12. 1972 an REPAN: „Pour notre part, notre intention est de proposer à la RDA peu après la signature du traité fondamental d'ouvrir la négociation portant sur l'établissement de relations diplomatiques. Sans vouloir préjuger la durée de la négociation, on ne peut exclure un parallélisme de fait avec la procédure de ratification en République fédérale. Nous examinerons le moment venu, en fonction du calendrier, l'éventualité de la nomination d'un chargé d'affaires à Berlin-Est.“

⁶¹⁰ ANF, 5 AG 2, 1009: Kurzfassung vom 13. 12. 1972 eines Telegrammes der S/DEUC, Puaux, vom 12. 12. 1972 an REPAN (siehe Anm. 609); handschriftl. Anmerkung Pompidous bezogen auf den Zeitpunkt der Aufnahme von Verhandlungen nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages: „non pas ‚peu après‘ mais ‚immédiatement après‘“.

⁶¹¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 20. 12. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

⁶¹² AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 15. 12. 1972; cf. ibid.: Telegramm aus Bonn, Morizet, vom 18. 12. 1972: „Ce document représente ce qui peut, à l'heure actuelle et en l'absence d'un rapprochement entre les Américains d'un côté et les Britanniques et nous-mêmes de l'autre sur la manière d'ouvrir la discussion avec la RDA, constituer une position commune.“

⁶¹³ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 18. 12. 1972 an die franz. Botschaft in Bonn.

ten.⁶¹⁴ In den USA entschied nach einer weiteren Sitzung des Nordatlantikrates am 20. Dezember schließlich US-Präsident Richard Nixon selbst über die amerikanische Linie: Man werde zunächst die Verhandlungen Frankreichs und Großbritanniens abwarten und erst im Januar mit der DDR in Kontakt treten, gleichzeitig aber an weiteren Konsultationen mit den Alliierten festhalten.⁶¹⁵ Durch das abwartende Verhalten der Vereinigten Staaten sowie aufgrund seiner besonderen Nähe zur Bundesrepublik gelangte Frankreich in den folgenden Wochen in eine Führungsrolle bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den europäischen NATO-Mitgliedsstaaten und der DDR. Gegenüber Dritten verwiesen selbst bundesdeutsche Diplomaten auf das Vorgehen Frankreichs als nachahmenswerten Maßstab.⁶¹⁶

Die Verhandlungen

Nachdem am 19. Dezember bekannt geworden war, dass der Grundlagenvertrag zwei Tage später unterzeichnet werden sollte, erteilte die Europa-Abteilung des französischen Außenministeriums den Verhandlungen mit der DDR grünes Licht. Insbesondere die anstehenden Verhandlungen über französischen Besitz auf dem Gebiet der DDR wurden als kompliziert und langwierig eingeschätzt: Zwar werde man aus ihrem erfolgreichen Abschluss keine Bedingung machen, gleichzeitig erlaube dies aber, die Entsendung des französischen Botschafters hinauszuzögern.⁶¹⁷ Hintergrund war die Absicht der französischen Diplomatie, auch in der nun folgenden Etappe weitestgehend parallel zur Bundesrepublik zu agieren, das hieß unter anderem, die Ratifizierung des Grundlagenvertrages und den Austausch der Ständigen Vertreter zwischen beiden deutschen Staaten abzuwarten.

Einen Tag nach der Unterzeichnung des „Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“ in Ost-Berlin war es schließlich so weit: Am 22. Dezember 1972, Punkt 12 Uhr, teilte der französische Außenminister seinem ostdeutschen Amtskollegen die Bereitschaft zur Aufnahme von Verhandlungen mit. Das über den normalen Postweg versandte Telegramm basierte auf dem sogenannten französisch-britischen Projekt (von den Briten tags zuvor ein weiteres Mal mit französischen Diplomaten in Bonn abgeglichen⁶¹⁸) und diente im Wesentlichen der Bekräftigung alliierter Rechte.⁶¹⁹ Die Bezugnahme auf den Grundlagen-

⁶¹⁴ Ibid.: Telegramm aus Bonn, Morizet, vom 19. 12. 1972: „Après la séance [Sitzung des Groupe de Bonn am 18. Dezember – Ch. W.], le délégué britannique a marqué en privé à mon collaborateur le désir de son gouvernement de rester le plus près possible du nôtre dans la procédure à suivre vis-à-vis la RDA.“ Cf. ibid.: Telegramm aus London, de Beaumarchais, vom 19. 12. 1972.

⁶¹⁵ Ibid.: Telegramm aus Washington, Kosciusko-Morizet, vom 21. 12. 1972.

⁶¹⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Note der S/DEUC vom 28. 12. 1972; betrifft die Eröffnung der japanischen Botschaft in Ost-Berlin; handschriftl. Anmerkung: „M. de Margerie, lu par le ministre qui a été intéressé par ce paragraphe.“

⁶¹⁷ Ibid.: Note der S/DEUC vom 19. 12. 1972 für das MAE, Kabinett.

⁶¹⁸ AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 21. 12. 1972.

⁶¹⁹ AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Text der sogenannten Communication franco-britannique vom 22. 12. 1972: „Le gouvernement de la République française, ayant pris note de la signature, le 21 décembre, du traité général sur les relations entre la République

vertrag, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die Vereinten Nationen, das Vier-Mächte-Abkommen und die Gemeinsame Erklärung der vier Alliierten vom 9. November 1972 verdeutlicht aber auch den tatsächlichen Stellenwert des Ereignisses: Die Aufnahme der Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR war Konsequenz und Bestandteil eines allgemeineren Prozesses und gründete nicht auf der Entwicklung der Beziehungen Frankreichs zur DDR. Die verzögerte Veröffentlichung des Telegramms diente vermutlich der zeitgleichen Bekanntgabe mit dem gleichlautenden Telegramm des britischen Außenministers.⁶²⁰

Unmittelbar nach den Weihnachtsfeiertagen 1972 erreichte den *Quai d'Orsay* die Nachricht aus Washington, dass auch das *State Department* im Begriff sei, seine Vorbereitungen für die Verhandlungen mit der DDR abzuschließen, und in Kürze für Konsultationen in Paris oder London bereitstehe.⁶²¹ Der Vorschlag wurde umgehend aufgegriffen; man einigte sich auf ein Treffen zwischen hochrangigen Diplomaten der drei Westalliierten in Paris am 12. und 13. Januar 1973, also nur wenige Tage vor Beginn der Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR.⁶²² Das Treffen diente dem Abgleich der Positionen der drei Außenministerien in folgenden Punkten: das Funktionieren und die Ausstattung der Botschaften in Ost-Berlin, die Besitzansprüche auf dem Gebiet der DDR sowie Rechtsansprüche an die DDR, humanitäre Angelegenheiten, mit dem deutschen Reich geschlossene Verträge sowie die Bekräftigung der Zuständigkeit der Alliierten für Berlin („déclinoire“) und der Ablauf der Verhandlungen mit der DDR. Auffällig ist dabei, dass die britische Position in fast allen Punkten der französischen entsprach.⁶²³ Zwar vermittelte auch der Vertreter des *Foreign Office* den Eindruck, dass eine große Übereinstimmung mit den Positionen des *Quai d'Orsay* bestehe, dennoch zeigt sich in Detailfragen eine grundsätzlich andere Einstellung: Während London die Ernennung eines Militärattachés in Erwägung zog, wurde das von Paris aus „berlinologischen“ Gründen prinzipiell ausgeschlossen.⁶²⁴ Weitere

démocratique allemande et la République fédérale d'Allemagne ainsi que l'intention exprimée par les gouvernements de la République démocratique allemande et de la République fédérale d'Allemagne de demander en temps opportun leur admission aux Nations unies ayant présents à l'esprit la déclaration quadripartite du 9 novembre 1972 ainsi que l'accord quadripartite de 1971-1972, a l'honneur de proposer l'ouverture de conversations avec le ministère des Affaires étrangères de la République démocratique allemande en vue d'établir des relations diplomatiques.“

⁶²⁰ AMAE, RDA 1971-1976, 3081: Telegramm aus London, Cuvillier, vom 21. 12. 1972 und Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 21. 12. 1972; erst für den weiteren Schriftverkehr wurde auf die ostdeutsche Handelsvertretung in Paris zurückgegriffen, cf. AMAE, RDA 1971-1976, 3101: Telegramm der S/DEUC, Puaux, vom 30. 12. 1972.

⁶²¹ AMAE, RDA 1971-1976, 3081: Telegramm aus Washington, Kosciusko-Morizet, vom 27. 12. 1972.

⁶²² Ibid.: Telegramme der S/DEUC vom 28. 12. 1972 und 3. 1. 1973 an die franz. Botschaften in Washington und London sowie Telegramme aus Washington, Kosciusko-Morizet, vom 30. 12. 1972 und 3. 1. 1973.

⁶²³ Ibid.: Protokoll der Sitzung von Vertretern der drei Alliierten vom 11. und 12. Januar 1973 in Paris.

⁶²⁴ In einer Note der zuständigen Abteilung des *Quai d'Orsay* wurde dies als eine „contradiction flagrante avec nos positions“ bewertet, cf. AMAE, RDA 1971-1976, 3101: Note der S/DEUC vom 5. 1. 1973.

Differenzen bestanden hinsichtlich der französischen Absicht, ein zweites Konsulat außerhalb von Berlin zu eröffnen, sowie bei der Frage der Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus. Dies bezog sich auf die in die deutsche Armee integrierten elsässischen und lothringischen Kräfte – ein Problem, das Frankreich mit anderen kontinentaleuropäischen Staaten wie zum Beispiel Belgien teilte.⁶²⁵

Zuvor hatte am 5. Januar 1973 im *Quai d'Orsay* eine weitere Sitzung aller mit den Beziehungen zur DDR befassten Abteilungen des Ministeriums stattgefunden.⁶²⁶ Vereinbart wurde dabei die Eröffnung einer Botschaft mittlerer Größe, vergleichbar den diplomatischen Vertretungen in Prag oder Warschau, ausgestattet mit einer besonders umfangreichen Wirtschaftsabteilung („poste d'expansion économique“) sowie einer Abteilung für kulturelle und technische Zusammenarbeit.⁶²⁷

Die Verhandlungen mit der DDR begannen schließlich am 17. Januar in Paris und damit unmittelbar vor den Feierlichkeiten anlässlich des 10-jährigen Jubiläums des Élysée-Vertrages, die in Anwesenheit von Willy Brandt ebenfalls in Paris stattfanden.⁶²⁸ Der Bitte des Kanzleramts nach Unterbrechung der Verhandlungen aus diesem Anlass wurde umgehend entsprochen.⁶²⁹ Geleitet wurde die französische Delegation von André Rodocanachi; ihr gehörten unter anderem der zukünftige Geschäftsträger der französischen Botschaft in Ost-Berlin, Jacques Jessel, an, zuvor dritter Mann der französischen Botschaft in Washington, sowie Joëlle Timsit als erfahrene DDR-Spezialistin der Europa-Abteilung des Ministeriums.⁶³⁰ Als Grundprinzip für die Verhandlungen wurde nach den Konsultationen zwischen den drei Alliierten ein strikter Parallelismus bei der Eröffnung der Botschaften angeordnet.⁶³¹

Mit dem Verlauf der ersten Verhandlungsrunde (17.–19. 1.) zeigte man sich grundsätzlich zufrieden. Die größten Probleme bereiteten der französischen Diplomatie die Absicht der DDR, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen einen möglichst formellen Charakter zu verleihen, und ihre Vorstellung vom Umfang der ostdeutschen Botschaft in Paris.⁶³² Die DDR beabsichtigte ihre Botschaft mit etwa doppelt so vielen Mitarbeitern auszustatten, wie Paris für die Botschaft in

⁶²⁵ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Courcel, vom 2. 1. 1973.

⁶²⁶ Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 2. 1. 1973.

⁶²⁷ Ibid.: Note der S/DEUC vom 5. 1. 1973.

⁶²⁸ Ibid.: Note des S/DEUC, Boyer, vom 9. 1. 1973.

⁶²⁹ Ibid.: Note der S/DEUC, Puaux, vom 11. 1. 1973 für Schumann: „La formule qui rencontrait l'accord de M. von Staden et qui semblerait la plus élégante, serait que M. Rodocanachi fasse en sorte que le vendredi 19 janvier après trois jours de discussions, certains problèmes paraissent nécessiter des recherches supplémentaires et qu'il propose d'interrompre les travaux et de les reprendre à Berlin-Est où il se déclarerait disposé à se rendre pour ‚finaliser‘ l'accord.“ Dieser Passus ist angestrichen und wurde handschriftlich von Schumann bestätigt; cf. auch *ibid.*: Note der S/DEUC, Boyer, vom 18. 1. 1973 für MAE, Kabinett.

⁶³⁰ Ibid.: Note der S/DEUC, Ourmet, vom 11. 1. 1973; weiterhin nahmen Jacques Fournier als ständiges Mitglied sowie Charles Boutant, Pierre d'Huart und André Rousselet als wechselnde Vertreter verschiedener Fachabteilungen teil.

⁶³¹ Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 12. 1. 1973.

⁶³² Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 19. 1. 1973 an die franz. Botschaft in Bonn.

Ost-Berlin eingeplant hatte. Der ostdeutsche Wunsch nach Veröffentlichung eines gemeinsamen ostdeutsch-französischen Pressecommuniqués zur offiziellen Bekanntgabe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen brachte die französische Diplomatie jedoch noch weit stärker in Bedrängnis. Unmittelbar nach Abschluss der ersten Verhandlungsrunde bestellte das *Foreign Office*, auf Angleichung der Positionen bedacht, einen Mitarbeiter der französischen Botschaft ein, um diesbezüglich Zweifel anzumelden. In London befürchtete man als unmittelbare Folge eine Schwächung der eigenen Verhandlungsposition: Wie sollte man nach einer derartigen Ankündigung die umgehende Umwandlung der ostdeutschen Handelsvertretungen in Paris oder London in vollwertige Botschaften verhindern, ohne zuvor materielle Probleme bei der Eröffnung der französischen oder der britischen Botschaft in Ost-Berlin geklärt zu haben. Die zweite Befürchtung des *Foreign Office* betraf die Reaktion der Bundesregierung, die möglichst wenig Publizität in dieser Angelegenheit gewünscht hatte.⁶³³ Pompidou mahnte zur Vorsicht⁶³⁴; Schumann wandte ein, dass es nicht möglich sei, auf ein Communiqué zu verzichten, dass man aber vor Abschluss der Verhandlungen und unabhängig von den Alliierten sicherstellen müsse, dass ein für Frankreich zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden würde.⁶³⁵

Für die Fortsetzung der Verhandlungen am 25. Januar wurde vorgeschlagen, auf die ostdeutsche Seite zuzugehen und – abweichend von der üblichen Praxis – zwei Dokumente zuzulassen: ein vertrauliches Protokoll mit den Verhandlungsergebnissen sowie ein allgemein gehaltenes Pressecommuniqué. Zum Ausgleich sollte eine baldige, dafür aber simultane Eröffnung der Botschaften vereinbart werden. Die Verhandlung weiter gehender französischer Forderungen sollte – nachdem man auf diesem Gebiet bislang erfolglos geblieben war – auf die Zeit nach der Aufnahme von Beziehungen vertagt werden.⁶³⁶ Auch in der zweiten Verhandlungsrunde (25./26. 1.) bestand das Hauptproblem der französischen Delegation in den ostdeutschen Bemühungen, dem Prozedere einen möglichst formel-

⁶³³ AMAE, RDA 1971–1976, 3079: Telegramm aus London, de Beaumarchais, vom 22. 1. 1973: „M. James a rapporté que, du côté britannique, on souhaitait pouvoir procéder, dans l'affaire des rapports à établir avec la RDA, d'une façon aussi semblable que possible à la nôtre, même s'il pouvait y avoir un décalage dans le calendrier. On se félicitait d'ailleurs des contacts étroits qui s'étaient institués entre nos deux pays et de la similitude de pensée et d'attitude qu'ils avaient fait apparaître. Mais notre intention de formaliser à très bref délai l'ouverture de relations diplomatiques avec la RDA introduisait un élément nouveau et on n'était pas certain de pouvoir nous suivre sur ce point.“

⁶³⁴ ANF, 5 AG 2, 1009: Handschriftl. Anmerkung Pompidous zum Telegramm aus London vom 22. 1. 1973 (siehe Anm. 633): „J'ai recommandé la prudence à M. Schumann.“

⁶³⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Note der S/DEUC vom 23. 1. 1973; handschriftl. Anmerkung Schumanns: „Il est en effet impossible de ne pas faire un communiqué; mais j'apporte les précisions suivantes: 1/ le chancelier Brandt m'a dit, de notre point de vue, cela ne pose aucun problème, mais – pour nos partenaires occidentaux – il serait bon de tenir au courant le groupe de Bonn. Soit! 2/ Indépendamment des alliés, il importe de s'assurer que les résultats de la négociation française sont satisfaisants de notre seul point de vue avant de les entériner. À cet égard, et mutatis mutandis, l'argumentation anglaise n'est pas négligeable.“

⁶³⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Note vom 24. 1. 1973 [ermittelt] für MAE, Kabinett.

len Charakter zu verleihen. So suchte die ostdeutsche Delegation, den Rahmen der zukünftigen französisch-ostdeutschen Beziehungen unter Verweis auf die Charta der Vereinten Nationen zu definieren. Dies war für die französische Diplomatie undenkbar, stellte doch aus ihrer Sicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen überhaupt erst die Grundlage für Gespräche über die Gestaltung des bilateralen Verhältnisses dar.⁶³⁷ Ein Entgegenkommen war hingegen bei der Frage des gemeinsamen Pressekommuniqués möglich. Da die DDR unter Verweis auf das britische Vorgehen unvermindert Druck auf die französische Diplomatie ausübte, genehmigte Schumann schließlich neben Verhandlungsprotokoll und gemeinsamer Erklärung auch ein gemeinsames Pressekommuniqué. Seine Absicht war es, mit diesem Zugeständnis auch Bewegung in die bislang ungeklärte Frage des Territoriums am Pariser Platz zu bringen.⁶³⁸

Dennoch stockten die Verhandlungen Anfang Februar 1973. Paris weigerte sich, ein konkretes Datum für die Aufnahme der Beziehungen zu benennen. Man einigte sich schließlich auf eine Eröffnung der beiden Botschaften in der ersten Märzhälfte sowie die spätere und gleichzeitige Akkreditierung der Botschafter. Die DDR verzichtete auf einen Verweis auf die UN-Charta und Frankreich billigte der ostdeutschen Botschaft insgesamt 35 Mitarbeiter (davon 18 Diplomaten) zu.⁶³⁹ Am 7. Februar war schließlich auch die Frage des ehemaligen Botschaftsterritoriums am Pariser Platz geklärt und die Texte wurden dem Minister unterbreitet.⁶⁴⁰ Am 8. Februar konnten die Texte auch Georges Pompidou vorgelegt werden.⁶⁴¹ Nachdem seitens der französischen Regierung keine Einwände erhoben wurden, bereitete man die Unterzeichnung für den folgenden Nachmittag vor.⁶⁴² Größtes Problem war dabei ein weiteres Mal die Absicht der DDR, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Frankreich, hier der Zeremonie selbst, einen möglichst offiziellen Charakter zu verleihen. Um dem zu begegnen, begrenzte man die Zahl der akkreditierten Journalisten und beantragte Unterschriftsvollmachten für den französischen Verhandlungsführer André Rodocanachi.⁶⁴³ Unterzeichnet wurden am 9. Februar schließlich eine gemeinsame Erklärung über die Entscheidung,

⁶³⁷ Ibid.: Note der S/DEUC vom 31. 1. 1973: „Soulignant le fait que l’objet même des relations diplomatiques était de permettre le développement des discussions entre deux pays sur toutes les questions politiques, économiques et culturelles, la délégation française a fermement écarté les suggestions de ses interlocuteurs, qui tendent en fait à donner un caractère privilégié aux relations futures de la France et de la République démocratique allemande.“

⁶³⁸ Ibid.; handschriftl. Anmerkung: „Le ministre est d’accord pour céder éventuellement sur trois textes contre le droit d’utiliser la Pariser Platz et une mention des personnes.“

⁶³⁹ Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 5. 1. 1973 an die franz. Botschaft in Bonn.

⁶⁴⁰ Ibid.: Note der S/DEUC vom 7. 2. 1973 für MAE, Kabinett.

⁶⁴¹ ANF, 5 AG 2, 1009: Note von Raimond vom 8. 2. 1973 für Pompidou: „Ces textes n’appellent pas d’observation. Il suffit que vous lisiez le communiqué de presse. Aux termes de la déclaration commune, les relations diplomatiques prendront effet à partir de demain.“

⁶⁴² AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Telegramm (circulaire) der S/DEUC, Courcel, vom 8. 2. 1973.

⁶⁴³ Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 7. 2. 1973 für die protokollarische Abteilung.

diplomatische Beziehungen aufzunehmen⁶⁴⁴, das Verhandlungsprotokoll, in dem der Zeitplan und die Konditionen für die Eröffnung der Botschaften sowie die Gegenstände späterer bilateraler Verhandlungen fixiert waren, die gemeinsame Presseerklärung und ein Briefwechsel zwischen den beiden Verhandlungsführern über das Territorium am Pariser Platz, welches mit Aufnahme der Beziehungen wieder in französischen Besitz übergang. Kurz nach 16 Uhr des 9. Februar wurden alle diplomatischen Vertretungen in einem Telegramm über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten informiert.⁶⁴⁵

Mit der Unterzeichnung wurde eine weitere Etappe auf dem Weg der Normalisierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen abgeschlossen. Die Verhandlungen spielten sich nach Aussagen der französischen Diplomaten in einer guten Atmosphäre ab, dennoch blieben viele der für Frankreich auf bilateraler Ebene wichtigen Fragen ungeklärt. Erfolgreicher waren die Verhandlungen auf multilateraler Ebene: Der tägliche Kontakt mit der britischen Botschaft in Paris während der Verhandlungen mit der DDR⁶⁴⁶ erlaubte Frankreich die Wahrung alliierter Rechte in Deutschland und Berlin im gewünschten Umfang. Mehr noch, die Durchsetzung des Prinzips strikter Simultaneität ermöglichte der französischen Diplomatie in allen die Botschaften betreffenden Angelegenheiten, die Entwicklung der Beziehungen steuern zu können und ihren weiteren Verlauf an den Ratifizierungsprozess des Grundlagenvertrages anzupassen.⁶⁴⁷

3. Von den Problemen um die Eröffnung der Botschaft bis zu den Schwierigkeiten eines Konsularabkommens – Frankreich und das fortgesetzte Ringen der DDR um Anerkennung 1973–1980

Mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR stand die französische Außenpolitik vor einer ganzen Reihe von Problemen, deren Ursache die unveränderte Haltung Frankreichs gegenüber der deutschen Frage vor dem Hintergrund

⁶⁴⁴ Ibid.: Gemeinsame Erklärung vom 9. 2. 1973: „Le gouvernement de la République française et le gouvernement de la République démocratique allemande ont décidé d'établir des relations diplomatiques entre les deux États. Ils échangeront des ambassadeurs extraordinaires et plénipotentiaires. Les deux gouvernements sont convenus d'appliquer entre les deux États les dispositions de la convention de Vienne du 18 avril 1961 sur les relations diplomatiques.“

⁶⁴⁵ Ibid.: Telegramm (circulaire) der S/DEUC, Courcel, vom 9. 2. 1973.

⁶⁴⁶ Ibid.: Note des S/DEUC vom 13. 2. 1973: „[Der Quai d'Orsay – Ch. W.] a gardé un contact quotidien avec l'ambassade de Grande-Bretagne, qui de son côté nous informait des progrès de la négociation entre la RDA et le gouvernement britannique. On ne peut que se féliciter du parallélisme qui a ainsi été maintenu entre les négociations qui se déroulaient à Paris et à Londres.“

⁶⁴⁷ Ibid.: Note des S/DEUC vom 13. 2. 1973: „Sur le plan pratique de l'établissement des ambassades, nous avons été animés tout au long de la négociation par le souci d'observer une simultanéité rigoureuse dans l'ouverture des deux missions et un certain équilibre dans leurs effectifs.“ Cf. auch die ausführliche zusammenfassende Note über den Verlauf der Verhandlungen *ibid.*: Note der S/DEUC vom 3. 4. 1973.

einer sich sprunghaft entwickelnden Normalisierung der Beziehungen mit der DDR war. Es war für Frankreich nun schwieriger geworden, seine deutschlandpolitische Grundhaltung zu vertreten. Das Problem der Anerkennung der DDR, wie es vor dem 9. Februar 1973 bestanden hatte, war zwar jetzt gegenstandslos, gleichzeitig tauchte es aber an den unterschiedlichsten Stellen in veränderter Form wieder auf. Dies reichte von der Bezeichnung der französischen Botschaft in Ost-Berlin bis hin zu den zähen Verhandlungen über ein Konsularabkommen.

Die Eröffnung der französischen Botschaft in Ost-Berlin

Dass die französische Botschaft in Ost-Berlin und nicht in der DDR eröffnet werden würde, stand von Anbeginn der Überlegungen hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen fest und spielte mangels Alternativen auch in den internen Diskussionen keine Rolle. Die Frage stellte sich dennoch, insbesondere aufgrund der in juristischer Hinsicht sehr strikten Auslegung des Berlin-Status durch Frankreich. Georges Pompidou selbst war gehalten, auf einer Pressekonferenz im Januar 1973 zu diesem Problem Stellung zu beziehen, und nutzte die Gelegenheit nicht nur zu einer Bekräftigung der französischen Einstellung zur Berlin-Frage, sondern auch zu einem Seitenhieb auf die Bundesregierung, deren Machtdemonstrationen in West-Berlin der französischen Regierung ebenso wenig gefielen wie die ostdeutsche Bezeichnung „Berlin, Hauptstadt der DDR“. ⁶⁴⁸ Um zu verhindern, dass der Berlin-Status zu einem Thema der Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR werden würde, hatte man sich im Rahmen der Bonner Vierergruppe bereits auf einen offiziellen Text („*déclinaoire*“) geeinigt, wonach die Wahl von Berlin als Sitz der Botschaft keinen Einfluss auf den Berlin-Status habe. ⁶⁴⁹

Um die Eröffnung der Botschaft in Ost-Berlin mit den Grundprinzipien der französischen Deutschlandpolitik in Einklang zu bringen, entschied man sich für eine untypische, aber dennoch nach internationalem Recht gebräuchliche Bezeichnung: Anstelle einer „Ambassade de France en RDA“ („Französische Botschaft in der DDR“) wurde am 15. März 1973 in Berlin eine „Ambassade de France près la RDA“ („Französische Botschaft bei der DDR“) eröffnet. ⁶⁵⁰ Mit dieser juristischen Finesse wurde zwar Klarheit über die Haltung Frankreichs hergestellt,

⁶⁴⁸ ANF, 5 AG 2, 633: Text der Pressekonferenz vom 9. 1. 1973: „Cela n’a l’air de rien, n’est-ce pas! Je pourrais vous répondre ... en Allemagne de l’Est. Il y a aussi les commodités, de la sorte qu’il n’est pas impossible que ce soit à Berlin-Est. Mais cela ne change pas quoi que ce soit aux positions traditionnelles de la France en ce qui concerne Berlin, de même que d’ailleurs rien de ce qui a été fait et dit ne change rien aux positions traditionnelles de la France en ce qui concerne Berlin-Ouest. Ce qui contrarie quelquefois d’ailleurs un peu tout le monde, et notamment nos amis de République fédérale.“

⁶⁴⁹ AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note der S/DEUC vom 5. 1. 1973 für MAE, Kabinett: „Le gouvernement français part du principe que l’établissement et le fonctionnement de l’ambassade de France à Berlin-Est, où ce serait commode pour les services gouvernementaux avec qui elle sera en rapport, n’affecteront pas le statut juridique spécial de la région de Berlin.“

⁶⁵⁰ Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 16. 3. 1973; sowie *ibid.*, 3081: Telegramm der S/DEUC, de Courcel, vom 20. 3. 1973 an die franz. Botschaft in Berlin.

gleichzeitig entstand hier aber auch das erste handfeste Problem in den diplomatischen Beziehungen, denn die DDR-Regierung wollte diese Bezeichnung nicht akzeptieren.

Der erste offizielle Notenwechsel anlässlich der Aufnahme der Amtsgeschäfte durch den französischen Geschäftsträger, Jacques Jessel, bot beiden Seiten Gelegenheit, ihre jeweilige Position zu bekräftigen.⁶⁵¹ Frankreich ignorierte die mehrfach vorgetragene Kritik der DDR an dieser Bezeichnung.⁶⁵² Von seinem syrischen Amtskollegen erfuhr Jessel, dass die DDR versuchte, Frankreich in dieser Angelegenheit zu isolieren.⁶⁵³ Das französische Außenministerium bemühte sich daraufhin verstärkt um eine gemeinsame Position mit dem *Foreign Office*, sowohl hinsichtlich der Bezeichnung der Berliner Botschaften als auch in Bezug auf die Inschrift der Botschaftssiegel.⁶⁵⁴ Bereits im April signalisierte London sein Einverständnis bei der Bezeichnung der britischen Botschaft in Berlin.⁶⁵⁵ Der errungene diplomatische Sieg war jedoch unvollständig, denn solange Großbritannien nur ein provisorisches Siegel verwendete, war Frankreich weiterhin isoliert. Bereits kurze Zeit später verweigerte die DDR der französischen Botschaft die Erledigung einer administrativen Formalität mit dem Verweis auf die Siegelinschrift.⁶⁵⁶ Zusätzlich erschwert wurde die Lage für die französischen Diplomaten, weil auch das amerikanische Außenministerium zunächst nicht bereit war, sich ihrer Position anzuschließen.⁶⁵⁷ Gefolgt von seinem britischen Kollegen, trug der französische Botschafter in Washington deshalb die französische Position im *State Department* an prominenter Stelle vor.⁶⁵⁸

Unterdessen etablierte sich im offiziellen Schriftverkehr zwischen französischer Botschaft und ostdeutschem Außenministerium allmählich eine Praxis, bei der die Haltung des jeweils anderen zwar unvermindert kritisiert, die Noten selbst jedoch angenommen wurden.⁶⁵⁹ In Gesprächen mit dem französischen Geschäftsträger bekräftigten Vertreter des ostdeutschen Ministeriums, dass eine Annahme der Noten keine Veränderung ihrer Position beinhalte.⁶⁶⁰ Jacques Jessel, vor allem darum besorgt, dass dieses juristische Problem keine Auswirkungen auf die Be-

⁶⁵¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note des MfAA vom 19. 3. 1973 an das MAE.

⁶⁵² Ibid.: Note der S/DEUC, Boyer, vom 27. 4. 1973 über ein Gespräch mit dem ostdeutschen Geschäftsträger in Paris (Schramm).

⁶⁵³ AMAE, RDA 1971–1976, 3081: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 9. 4. 1973.

⁶⁵⁴ Ibid.: Telegramme der S/DEUC, de Courcel, vom 3. 4. und 9. 4. 1973 an die franz. Botschaft in London.

⁶⁵⁵ Ibid.: Telegramm aus London, de Beaumarchais, vom 13. 4. 1973: „M. James n’a pas caché que cette décision [die Bezeichnung der britischen Botschaft in Berlin betreffend – Ch. W.] n’avait pas été acquise sans mal, mais que le souci de solidarité avec nous, qui avait marqué tout au long l’attitude du Royaume-Uni dans l’affaire des rapports avec la RDA, l’avait finalement emporté.“ Cf. ibid.: Note der S/DEUC vom 13. 4. 1973; handschriftl. Anmerkung: „Gagné! E M[argerie]“.

⁶⁵⁶ Ibid.: Telegramm aus Berlin, Giordani, vom 9. 5. 1973.

⁶⁵⁷ Ibid.: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 24. 5. 1973.

⁶⁵⁸ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Courcel, vom 25. 5. 1973 an die franz. Botschaft in Washington; Telegramm aus Washington, La Gorce, vom 30. 5. 1973 sowie Telegramm aus London, de Beaumarchais, vom 30. 5. 1973.

⁶⁵⁹ Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 25. 5. 1973.

⁶⁶⁰ Ibid.: Telegramme aus Berlin, Jessel, vom 13. 6. und 20. 6. 1973.

ziehungen habe, akzeptierte diese Einstellung und bot an, dass beide Seiten auch weiterhin ihre Formulierung in der jeweiligen Landessprache verwendeten (tatsächlich wäre es auch schwierig, die französische Botschaftsbezeichnung adäquat ins Deutsche zu übertragen). Damit war das Problem auf praktischer Ebene gelöst. Wenige Tage später telegraphierte Jessel nach Paris, dass die Schlacht um die Bezeichnung der Botschaft zunächst geschlagen sei; „zunächst“ deshalb, weil eine Entscheidung des *State Department* noch ausstand. Um den Amerikanern die Übernahme der französisch-britischen Position zu erleichtern, schlug Jessel vor, die französische der britischen Praxis anzugleichen, das heißt, die Verwendung des „près“ auf das Siegel zu beschränken und es im weiteren Schriftverkehr bei der Bezeichnung „Ambassade de France“ zu belassen.⁶⁶¹ Diese Praxis wurde jedoch erst ein Jahr später dauerhaft übernommen, nachdem die USA in Vorbereitung der Eröffnung ihrer Botschaft signalisiert hatten, dass sie maximal die britische Position übernehmen könnten.⁶⁶²

Die Parallelität beim Austausch der Botschafter

Das Problem der Anerkennung, welches die französisch-ostdeutschen Beziehungen lange Zeit überschattet hatte, wurde nur wenige Wochen nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen quasi abgelöst durch die mit dem Austausch der Botschafter zwischen Paris und Ost-Berlin entstehenden Differenzen.⁶⁶³ Die von der SED-Führung befürchtete Diskriminierung der DDR hatte bereits die Verhandlungen zu Beginn des Jahres dominiert und bestimmte nun auch die Reaktionen in dieser Angelegenheit. Zudem wurde wie bereits bei der Frage der Anerkennung aus parlamentarischen Kreisen Druck auf die französische Regierung ausgeübt, dieses Problem zu regeln.

Mit der Durchsetzung strikter Parallelität bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen bis hin zum parallelen Austausch der Botschafter hatte sich Frankreich ein wichtiges Maß an Handlungsfreiheit bewahrt: einerseits, um diesen Prozess in einem multilateralen Rahmen, das heißt vor allem unter Berücksichtigung der Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen, weiterführen zu können; andererseits aber auch, um materielle Interessen bei der Ausstattung der eigenen Botschaft durchsetzen zu können.⁶⁶⁴ Zum Zeitpunkt ihrer Eröffnung war die Frage des Austausches der Botschafter zwischen Paris und Ost-Berlin noch an den Ratifizierungsprozess des Grundlagenvertrages gebunden. Jessel erkundigte sich unmittelbar nach Übernahme der Geschäfte in Paris, ob er explizit auf die Absprache mit der Bundesrepublik verweisen solle.⁶⁶⁵ Intern wurde betont, dass man keinerlei moralische Verpflichtung gegenüber Bonn eingegangen sei, dass ein Abwarten der Ratifizierung des Grundlagenvertrages in Abstimmung mit dem

⁶⁶¹ Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 26. 6. 1973.

⁶⁶² Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 28. 3. 1974.

⁶⁶³ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC vom 7. 3. 1974.

⁶⁶⁴ Ibid.: Note des S/DEUC vom 16. 7. 1973: „Il avait été entendu, lors de l'établissement des relations diplomatiques, que l'échange d'ambassadeurs interviendrait ultérieurement de façon concomitante.“

⁶⁶⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 16. 3. 1973.

Foreign Office und dem *State Department* aber nicht von Nachteil sei.⁶⁶⁶ Gegenüber dem ostdeutschen Geschäftsträger in Paris berief man sich jedoch auf die Probleme hinsichtlich der Bezeichnung der französischen Botschaft in Berlin, um Verzögerungen in dieser Angelegenheit zu erklären.⁶⁶⁷

Nachdem der bundesdeutsche Außenminister den Austausch der Ständigen Vertreter zwischen Bonn und Ost-Berlin für Ende August 1973 angekündigt hatte, konnte Michel Jobert mit Zustimmung von Walter Scheel seinem ostdeutschen Amtskollegen bei einem Gespräch in Helsinki den Monat September als Termin für den Austausch der Botschafter benennen.⁶⁶⁸ Da sich die innerdeutschen Verhandlungen über den Status der Ständigen Vertretungen allerdings in die Länge zogen, stellte sich im französischen Außenministerium – nicht zuletzt auf Drängen des Auswärtigen Amts – erneut die Frage nach dem Zeitpunkt der Entsendung des französischen Botschafters. Gegenüber Bonn berief man sich auf die Übereinkunft zwischen Jobert und Scheel, gleichzeitig sondierte man in London das Vorgehen des *Foreign Office*.⁶⁶⁹ Der französische Botschafter in Bonn konstatierte kurze Zeit später, dass sich auch im Auswärtigen Amt allmählich die Ansicht durchsetzen würde, dass es nicht unbedingt eines strikten Parallelismus zwischen der Entsendung der alliierten Botschafter und des Ständigen Vertreters bedürfe.⁶⁷⁰

Aus Sicht des französischen Außenministeriums lässt sich festhalten, dass die politischen Querelen um den Botschafteraustausch noch im Sommer 1973 abgelöst wurden durch die rein materiellen Aspekte dieser Angelegenheit, nachdem Scheel auf eine weitere Verknüpfung zwischen der Entsendung der alliierten Botschafter und des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik ausdrücklich verzichtet hatte.⁶⁷¹ Weiterhin sollte aber verhindert werden, dass die DDR wie in den Niederlanden und in Belgien ihre Handelsvertretung binnen kürzester Zeit zur Botschaft umwandelte, mithin keinerlei Interesse mehr am Zufriedenstellen materieller Bedürfnisse der französischen Botschaft hätte.⁶⁷²

Das von einer Delegation des französischen Außenministeriums geprüfte ostdeutsche Angebot für die künftige Residenz des Botschafters beförderte derartige Befürchtungen. Aufgrund des als hässlich beschriebenen Umfelds sowie einer ungünstigen Raumaufteilung des Gebäudes und eines zu kleinen Gartens ohne Bäume wurde empfohlen, dieses Angebot abzulehnen und eine adäquate Residenz zur Be-

⁶⁶⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Note der S/DEUC vom 3. 5. 1973; handschriftl. Anmerkung: „Il serait préférable de s'en tenir à ce qui a été convenu, c-a-d attendre la ratification du Grundvertrag [sic] par le Bundestag. P.“ Weitere handschriftl. Anmerkung: „Que font les deux autres alliés? Si, comme je le pense, ils ne sont pas pressés, il n'y a pas d'inconvénient à attendre la ratification. N'avons-nous pas pris une sorte d'engagement moral sur ce point vis-à-vis de Bonn.“

⁶⁶⁷ Ibid.: Note der S/DEUC vom 29. 5. 1973.

⁶⁶⁸ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Undatierter Bericht über ein Gespräch zwischen Winzer und Jobert im Juli 1973 sowie das Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 20. 6. 1973; cf. auch AMAE, RDA 1971–1976, 3069: Telegramm der DEU, de Courcel, vom 12. 7. 1973.

⁶⁶⁹ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Courcel, vom 30. 8. 1973 an die franz. Botschaft in London sowie Telegramm der S/DEUC vom 3. 9. 1973 an die franz. Botschaft in Bonn.

⁶⁷⁰ Ibid.: Telegramm aus Bonn, Sauvagnargues, vom 29. 5. 1973.

⁶⁷¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC vom 7. 3. 1974.

⁶⁷² AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note der S/DEUC, Boyer, vom 12. 1. 1973.

dingung für den Austausch der Botschafter zu erheben.⁶⁷³ Zum Vergleich wurde die Situation des italienischen Botschafters (untergebracht im selben Gebäude wie die italienische und die französische Botschaft) und des britischen Botschafters (untergebracht in einer Villa mit großem Park) angeführt und darauf verwiesen, dass die Frankreich angebotene Immobilie bereits von Belgien abgelehnt worden sei. Während die DDR im September 1973 bereits die Akkreditierung ihres Botschafters in Paris beantragte (unter Berufung auf die Äußerungen Joberts im Gespräch mit Otto Winzer), blieb ein ernst zu nehmender Vorschlag für die Unterbringung des französischen Botschafters aus.⁶⁷⁴ Zwar hatte die DDR nach der Anerkennungswelle die Wünsche zahlreicher Staaten zu befriedigen, es ist jedoch auffällig, dass man sich im Falle Frankreichs mehr Zeit ließ als bei zahlreichen anderen westeuropäischen Staaten. Im November 1973 wurden schließlich ein ab 1975 verfügbarer Neubau sowie eine provisorische Residenz vorgeschlagen.⁶⁷⁵ Der *Quai d'Orsay* gab für diese Lösung sein grundsätzliches Einverständnis; vorausgesetzt, dass alle Details zuvor geklärt seien. Da es sich um einen Neubau handelte, stellte man sehr präzise Anforderungen an das Gebäude: Die Residenz sollte einen Empfangsbereich, einen Salon von 100 Quadratmetern sowie einen Speisesaal für 24 Personen umfassen.⁶⁷⁶ Bei einem Gespräch mit dem ostdeutschen Geschäftsträger in Paris kündigte der Leiter der politischen Abteilung im *Quai d'Orsay*, Emmanuel de Margerie, für Januar 1974 die erneute Entsendung einer Delegation nach Ost-Berlin an.⁶⁷⁷ Diese nahm den ostdeutschen Vorschlag eines Neubaus an; im Gegenzug wurde die Fertigstellung der provisorischen Residenz binnen vier Wochen in Aussicht gestellt.⁶⁷⁸ Parallel zu dieser Ende Januar erzielten Übereinkunft wurde auch die Anfrage auf Akkreditierung des ostdeutschen Botschafters in Paris an den Ministerrat weitergeleitet.⁶⁷⁹

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man seitens der DDR weitere Absprachen mit der Bundesrepublik hinsichtlich des Terminkalenders vermutet und entsprechend ausdauernd auf dem baldigen Austausch der Botschafter insistiert. Auf eine Anfrage des ostdeutschen Außenministers Ende des Jahres 1973 antwortete Jobert, dass die politischen Bedingungen für den Austausch der Botschafter erfüllt seien, dass einzig die Frage der Residenz des Botschafters diese Angelegenheit hinauszögern würde.⁶⁸⁰ Aufgrund der Verzögerung bei der Übermittlung dieses Antwort-

⁶⁷³ Ibid.: Nicht näher spezifizierte Note vom 8. 8. 1973.

⁶⁷⁴ Ibid.: Note der S/DEUC vom 7. 9. 1973 sowie Note der S/DEUC vom 31. 10. 1973 für MAE, Kabinett.

⁶⁷⁵ Ibid.: Note der Direction du personnel et de l'administration générale für den Generalsekretär des MAE; cf. ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Margerie, vom 20. 11. 1973.

⁶⁷⁶ Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 14. 12. 1973.

⁶⁷⁷ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC, de Margerie, vom 14. 12. 1973.

⁶⁷⁸ AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 18. 1. 1973.

⁶⁷⁹ Ibid.: Note der S/DEUC vom 29. 1. 1974 für MAE, Protokollabteilung.

⁶⁸⁰ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Undatierte Kopie eines Schreibens von Winzer an Jobert, handschriftl. Anmerkung Joberts: „Préparer une réponse à M. Winzer lui disant que l'horizon de nos relations est tout bleu, mais qu'il faut un toit convenable pour abriter notre ambassadeur à Berlin-Est.“ Cf. auch das Antwortprojekt vom 10. 1. 1974: „Je souhaite comme vous-même [...] que les relations entre nos deux pays et nos deux gouvernements se développent à notre avantage mutuel. Je vous confirme à ce propos qu'à mon avis, comme je vous en faisais part dès le mois de juillet dernier, les conditions politiques pour l'échange des ambassadeurs se trouvent réunies.“

schreibens, in dem Jobert die DDR vom „blauen Horizont“ der Beziehungen zu überzeugen suchte, wurde die Frage des Botschafteraustausches auch zu einem der zentralen Themen beim Besuch des Präsidenten der französischen Nationalversammlung, Edgar Faure, in der DDR. Jacques Jessel, der bei den von Faure geführten Gesprächen anwesend war, empfahl den Vertretern der DDR-Regierung, Frankreich auf die Probe zu stellen, indem man die notwendigen Voraussetzungen für eine angemessene Unterbringung des Botschafters schaffe.⁶⁸¹

Die Aussicht auf einen baldigen Austausch der Botschafter führte zu einer deutlichen Verbesserung der Atmosphäre in den französisch-ostdeutschen Beziehungen. Eine echte Vertiefung der Beziehungen zeichnete sich gleichwohl nicht ab.⁶⁸² Am 25. März 1974 überreichte Bernard Guillier de Chalvron als erster französischer Botschafter in Ost-Berlin sein Beglaubigungsschreiben. Nur einen Tag später, am 26. März 1974, fand sich Ernst Scholz als erster Botschafter der DDR in Frankreich aus demselben Grund im *Élysée* ein.⁶⁸³

Von der Parallelität bei der Installierung der Botschaften in Paris und Berlin war auch die Anzahl des Personals betroffen. Während die DDR auf eine sehr umfangreiche Ausstattung drang, sorgte Frankreich von Beginn der Verhandlungen an für eine Beschränkung und konnte seine Vorstellungen schließlich auch durchsetzen. Im Ergebnis einigte man sich auf 35 Mitarbeiter, darunter 18 Diplomaten.⁶⁸⁴ Als Maßstab galten die französischen Botschaften in Warschau und Prag. Erst nachdem der französische Botschafter in Berlin, Bernard de Chalvron, ein knappes Jahr nach seiner Einsetzung selbst um eine Aufstockung seines Mitarbeiterstabes bat, war der *Quai d'Orsay* zu Konzessionen bereit.⁶⁸⁵ Dabei orientier-

⁶⁸¹ Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 14. 1. 1974.

⁶⁸² Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 21. 3. 1974.

⁶⁸³ ANF, 5 AG 2, 1009: Undatierte Note für Pompidou; zum protokollarischen Ablauf cf. ANF, 5 AG 2, 751 und 985 (Fotografien); geplant war die Zeremonie ursprünglich für den 25. 3. 1974.

⁶⁸⁴ AMAE, RDA 19715–1976, 3102: Note der S/DEUC, Boyer, vom 25. 1. 1973 für den stellvertretenden Leiter der politischen Abteilung des MAE; vorgesehene Zusammensetzung der französischen Botschaft zum Zeitpunkt ihrer Eröffnung: 1 ministre plénipotentiaire hors classe (ambassadeur), 1 conseiller des Affaires étrangères 1^{re} classe (conseiller d'ambassade 1^{re} classe), 1 conseiller des Affaires étrangères 2^e classe (conseiller d'ambassade 2^e classe), 1 secrétaire des Affaires étrangères (secrétaire d'ambassade 1^{re} classe), 1 secrétaire adjoint des Affaires étrangères de 1^{re} classe (consul adjoint de 1^{re} classe), 1 secrétaire adjoint des Affaires étrangères de 2^e classe (secrétaire d'ambassade de 2^e classe), 1 secrétaire adjoint des Affaires étrangères de 2^e classe (vice-consul archiviste), 1 secrétaire de Chancellerie de classe normale (vice-consul), 1 chiffreur de classe exceptionnelle, 3 adjoints de Chancellerie, 5 sténo-dactylo de Chancellerie, 1 chargé de mission d'enseignement de 1^e catégorie, 1 chargé de mission d'enseignement de 2^e catégorie und vor Ort rekrutiertes Hilfspersonal.

⁶⁸⁵ Ibid.: Note der S/DEUC, Plaisant, vom 10. 1. 1975 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE; handschriftl. Anmerkung: „M. Plaisant, Je ne suis pas opposé au principe d'un relèvement très limité, correspondant aux besoins prévisibles de notre propre ambassade pour le proche avenir (il me semble que Chalvron suffirait 2 ou 3 additions). Mais je trouve les chiffres cités ci-dessous trop élevés [bezieht sich auf ostdeutsche Forderungen – Ch. W.], même le premier, compte surtout tenu des limitations que nous imposons à d'autres ambassades de l'Est (Tchécoslovaquie notamment).“

te man sich nicht an den ostdeutschen Forderungen, sondern allein am Bedarf der französischen Botschaft. Zwei Jahre nach ihrer Eröffnung stimmte das französische Außenministerium einer Aufstockung um neun auf insgesamt 44 Mitarbeiter zu, darunter vier zusätzliche Diplomaten. Nunmehr gab es 22 Diplomaten je Botschaft.⁶⁸⁶

Die „Kranick“-Affäre

Weniger offensichtlich, aber mindestens genauso belastend wie der Austausch der Botschafter war für die französisch-ostdeutschen Beziehungen in der Anfangsphase der Austausch von Agenten.⁶⁸⁷ Frankreich hielt zum Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vier ostdeutsche Agenten gefangen, deren Befreiung für die DDR oberste Priorität hatte. Es handelte sich um den ehemaligen Fremdenlegionär Peter Kranick, der für seine Zusammenarbeit mit dem ostdeutschen Ministerium für Staatssicherheit in Frankreich zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, um das 1966 verhaftete Ehepaar Hans-Joachim und Marianne Bamler (verurteilt zu 18 respektive 12 Jahren Haft) sowie um den 1969 verhafteten Hans Voelkner (verurteilt zu 12 Jahren Haft). Das Interesse dieser Mitarbeiter der Hauptabteilung Aufklärung, des Auslandsnachrichtendienstes der DDR, hatte dem NATO-Hauptquartier in Fontainebleau bei Paris gegolten.⁶⁸⁸ Noch im Februar 1973 nutzte der sowjetische Botschafter eine Audienz bei Pompidou, um den Austausch im Rahmen der französisch-sowjetischen Beziehungen abzuwickeln. In Frankreich entschied man sich jedoch, direkt mit der DDR zu verhandeln.⁶⁸⁹ Während Marianne Bamler kurze Zeit später im Austausch gegen in der DDR inhaftierte Ostdeutsche freigelassen wurde, blieben die drei anderen weiter in Haft.

Einem Gespräch mit dem Geschäftsträger der DDR-Botschaft in Paris im Dezember 1973 entnahm Emmanuel de Margerie, dass der Zustand der Beziehungen

⁶⁸⁶ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Courcel, vom 20. 3. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

⁶⁸⁷ Es handelt sich hierbei auch um eine der wenigen Angelegenheiten der französisch-ostdeutschen Beziehungen, die in der Ära Giscard an höchster Stelle geregelt wurden. Im Präsidialarchiv von Valéry Giscard d'Estaing (ANF, 5 AG 3) findet sich lediglich ein Dossier zu den französisch-ostdeutschen Beziehungen, dessen Konsultation mit dem Verweis auf diese Spionage-Affäre abgelehnt wurde. Nach Aussage des 2006 zuständigen Archivars (Pascale Geneste) ist die Spionage-Affäre zentrales Element in diesem Dossier.

⁶⁸⁸ Cf. Eichner/Schramm (Hrsg.), Kundschafter im Westen (mit Texten von Hans-Joachim Bamler und Hans Voelkner); cf. dazu Faligot/Guisnel/Kauffer, Histoire politique des services secrets français, S. 139–144; sowie Herbstritt/Müller-Enbergs, Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland.

⁶⁸⁹ ANF, 543 AP, 27: Note von Raimond vom 22. 2. 1973 für Jobert: „En conclusion, tout ceci s'est passé très aimablement, mais il me paraît évident que les Russes (ou plus vraisemblablement M. Abrassimov lui-même) voudraient récupérer eux-mêmes leurs espions avant que nous ayons établi sur le plan politique des relations diplomatiques avec la RDA. Il me semble qu'il ne faut pas donner suite aux propositions de M. Abrassimov, et laisser faire les Allemands de l'Est.“ Handschriftl. Anmerkung Pompidous: „Vu – D'accord sur la conclusion.“

ganz entscheidend von der Klärung dieser Angelegenheit abhing.⁶⁹⁰ Um die stockenden Verhandlungen im wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Bereich positiv zu beeinflussen, wurde eine schrittweise Auslieferung beschlossen: Im September 1974 wurden zwei der drei verbliebenen ostdeutschen Spione gegen zehn französische Agenten ausgetauscht.⁶⁹¹ Lediglich Kranick wurde als Unterpfand für die Regelung humanitärer Angelegenheiten – bei denen das französische Außenministerium seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen bislang keinerlei Fortschritte erzielt hatte – weiter in Frankreich festgehalten.⁶⁹² Erst im Vorfeld eines von der DDR gewünschten Treffens zwischen zwei hochrangigen Vertretern beider Außenministerien machte die DDR im Frühjahr 1975 ein neues Angebot. Zu diesem Zeitpunkt waren dem *Quai d'Orsay* insgesamt 234 humanitäre Fälle bekannt. Lediglich sechs Fälle waren seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen geregelt worden, und diese auch nur auf Intervention der Gesellschaft *France-RDA*, das heißt am Einflussbereich des französischen Außenministeriums vorbei.⁶⁹³ Zuvor hatte der ostdeutsche Außenminister den französischen Botschafter in Berlin gebeten, ihm diejenigen Fälle zu benennen, bei denen Frankreich an einer schnellen Erledigung besonders interessiert sei.⁶⁹⁴ Das neue Angebot sah die Befreiung von drei französischen Protégés im Austausch gegen Kranick vor sowie von sieben weiteren Gefangenen nach dessen erfolgter Auslieferung. Zunächst auf Empfehlung des französischen Geheimdienstes abgelehnt, wurde der Vorschlag auf Drängen der Europa-Abteilung (die darauf verwies, dass das Angebot aus französischer Sicht ausreichend sei) dennoch vom Außenminister und seinem Generalsekretär akzeptiert.⁶⁹⁵ Der Austausch wurde daraufhin für Anfang Mai 1975 – einen Monat vor dem geplanten Treffen – vereinbart.⁶⁹⁶

Das Transportabkommen und der Berlin-Status

Bei den Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen war eine Reihe von Abkommen vereinbart worden, die in der Folge zwischen Frankreich und der DDR ausgehandelt werden sollten. Abgesehen von den Abkommen im wirt-

⁶⁹⁰ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC, de Margerie, vom 14. 12. 1973: „La démarche de Schramm [Geschäftsträger der ostdeutschen Botschaft in Paris – Ch. W.] confirme l'importance que la RDA accorde à la libération des trois détenus qui sont encore chez nous (ceux pour lesquels M. Abrassimov était intervenu au début de l'année). Il est donc très probable que nos relations avec la RDA resteront mauvaises, voire empireront comme elle nous en menace clairement, tant que cette question ne sera pas réglée selon ses vœux. Nous pouvons très bien nous en accommoder – mais il serait sans doute utile que le ministre soit informé de la situation, qui ne manquera pas de susciter des réactions sur le plan intérieur (Parlement, etc).“

⁶⁹¹ Ibid.: Note der S/DEUC vom 12. 9. 1974.

⁶⁹² Ibid.: Note der S/DEUC vom 3. 10. 1974.

⁶⁹³ AMAE, RDA 1971–1976, 3105: Note der S/DEUC vom 9. 6. 1975.

⁶⁹⁴ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 25. 10. 1974.

⁶⁹⁵ Ibid.: Vertrauliche Note der S/DEUC, Plaisant, vom 18. 3. 1975 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE sowie Vertrauliche Note der S/DEUC vom 8. 4. 1975 (handschriftl. Einverständnis des Ministers und seines Generalsekretärs auf dieser Note).

⁶⁹⁶ Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 29. 4. 1975.

schaftlichen Bereich, die einen ganz eigenen Komplex darstellen, zählten dazu in erster Linie ein Kulturabkommen, ein Transportabkommen sowie ein Konsularabkommen. Während Frankreich vor allem an einem Kulturabkommen zum Ausbau der bilateralen Beziehungen im kulturellen Bereich⁶⁹⁷ sowie an einer Regelung hinsichtlich französischen Privatbesitzes in der DDR interessiert war, suchte die DDR über das Aushandeln von Transport- und Konsularabkommen mit Frankreich politische Ziele zu verwirklichen, die eigentlich außerhalb der bilateralen Beziehungen lagen. Hintergrund war im ersten Fall der Versuch, den Berlin-Status außer Kraft zu setzen, sowie im zweiten Fall der Versuch, die ostdeutsche Staatsangehörigkeit völkerrechtlich festzuschreiben. Der französische Außenminister nutzte ein Treffen mit dem Präsidenten der Volkskammer, um die DDR darauf hinzuweisen, dass Frankreich weder mit der Erlangung der Souveränität über die Zugangswege nach West-Berlin durch die DDR noch mit der juristischen Festschreibung der deutschen Teilung einverstanden sein könne.⁶⁹⁸

Im Falle des Transportabkommens kam es wie bei der „Kranick“-Affäre zu einer Annäherung im Vorfeld des im Juni 1975 stattfindenden Treffens zwischen den Leitern der politischen Abteilungen beider Außenministerien.⁶⁹⁹ Ein den französischen Vorstellungen entsprechendes Abkommen wurde am 22. Mai 1975 unterzeichnet, womit die zweite entscheidende Vorbedingung für das erwähnte Treffen erfüllt war.⁷⁰⁰ Allein die Fortführung der Verhandlungen war im *Quai d'Orsay* bereits als Zugeständnis an die DDR betrachtet worden.⁷⁰¹ Mit der Unterzeichnung war das Problem einer versuchten Infragestellung des Berlin-Status für Frankreich vom Tisch.

Das Konsularabkommen und das Problem der „nationalité est-allemande“

Ungleich komplizierter und langwieriger waren die Verhandlungen über ein Konsularabkommen, die sich bis 1980 über fast sieben Jahre hinzogen. Im Normalfall ist die Aufnahme konsularischer Beziehungen eine unmittelbare Folge der Auf-

⁶⁹⁷ AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Note der S/DEUC vom 4. 11. 1975 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE.

⁶⁹⁸ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Bericht vom 19. 2. 1975 über ein Gespräch zwischen dem französischen Außenminister (Jean Sauvagnargues) und dem Präsidenten der Volkskammer der DDR (Gerald Götting): „Il n’y avait qu’un parti à prendre, c’était, comme dans l’accord quadripartite, de mettre les divergences de vues théoriques entre parenthèses. À quoi bon remuer le passé, soulever des controverses juridiques? La France ne souhaite pas y entrer et cela non seulement pour ne pas altérer ses bon rapports avec la République fédérale, mais aussi pour ne pas affecter la stabilité européenne, qui était une constante de sa politique.“

⁶⁹⁹ Ibid.: Vertrauliche Note der S/DEUC, Plaisant, vom 18. 3. 1975 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE: „Une solution satisfaisante n’est pas hors de portée, mais il n’y a pas lieu selon moi de donner satisfaction à la RDA sur ce chapitre où nous détenons en somme un gage.“

⁷⁰⁰ Ibid.: Note der S/DEUC vom 9. 6. 1975.

⁷⁰¹ Ibid.: Vertrauliche Note der S/DEUC vom 8. 4. 1975.

nahme diplomatischer Beziehungen.⁷⁰² Die Schwierigkeiten Frankreichs in den hierüber mit der DDR geführten Verhandlungen waren deshalb symptomatisch für das Dilemma der französisch-ostdeutschen Beziehungen. Hier spiegelt sich die prinzipielle Unvereinbarkeit von umfassenden diplomatischen Beziehungen mit der DDR und grundsätzlicher deutschlandpolitischer Position. Das Problem, mit dem man sich unweigerlich konfrontiert sah, war nicht neu und konnte bereits in den innerdeutschen Verhandlungen zum Grundlagenvertrag nicht gelöst werden. Aus französischer Sicht handelte es sich um den Versuch der DDR, eine eigenständige „nationalité est-allemande“ mittels Konsularabkommen festzuschreiben. Die Verwendung des Begriffs „nationalité“ (Staatsangehörigkeit) durch die juristische Abteilung des *Quai d'Orsay* entsprach zwar dem allgemeinen französischen Sprachgebrauch, gleichzeitig aber beförderte der damit assoziierte Terminus „nation“ bei den französischen Diplomaten den Eindruck des Widerspruchs zwischen dem Ansinnen der DDR und der französischen Deutschlandpolitik, die vom Prinzip der Einheit der deutschen Nation ausging.

Eigentlich stellte sich das Problem auf bilateraler Ebene erst mit der Übergabe eines Entwurfs für das Konsularabkommen durch die ostdeutsche Botschaft im Oktober 1974.⁷⁰³ Die Verhandlungen Großbritanniens und anderer westeuropäischer Staaten in dieser Sache zwangen die französische Diplomatie jedoch bereits ein Jahr zuvor zur intensiven Auseinandersetzung mit diesem Problem.⁷⁰⁴ Den Vorlauf bis zum Beginn der Verhandlungen nutzte man in Paris zur Bestimmung einer eigenen Position; sie sollte in Abhängigkeit von den Interessen der in der DDR lebenden Franzosen mit doppelter Staatsangehörigkeit und von den aus Bonn zu erwartenden Reaktionen definiert werden.⁷⁰⁵

Gleichzeitig fand der Anspruch der Bonner Regierung, auch weiterhin das Recht auszuüben, Ostdeutsche unter den Schutz des Grundgesetzes zu stellen, bei den Juristen des *Quai d'Orsay* keine Zustimmung. Dies führe dazu, dass Ostdeutsche in Frankreich als Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit anzusehen seien und die französische Rechtsprechung die tatsächliche Staatsangehörigkeit („nationalité effective“) ermitteln müsste – eine Praxis im Einklang mit internationalem Rechtsgebrauch, demzufolge die Anerkennung eines Staates, die Anerkennung seines Territoriums und seiner Bevölkerung impliziere.⁷⁰⁶ Formaljuristisch betrachtet bestand das Problem also gar nicht. Weil Frankreich 1949 aber

⁷⁰² AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Note der DCAAC vom 3. 3. 1972 für die S/DEUC; diese Note wurde in Vorbereitung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erstellt, weil man im *Quai d'Orsay* von Beginn an von einer Aufnahme konsularischer Beziehungen ausging.

⁷⁰³ Ibid.: Telegramm der DCAAC vom 26. 10. 1974 an die franz. Botschaft in Berlin.

⁷⁰⁴ AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 2. 11. 1973.

⁷⁰⁵ Ibid.: Note der S/DEUC vom 4. 2. 1974: „Quelle que soit la formule utilisée dans la convention consulaire que nous négocierons avec la RDA, il semble inévitable que nous nous retrouvions placés devant un problème de conflit de nationalités et de nationalité dominante.“

⁷⁰⁶ Ibid.: Note vom 8. 4. 1974 für die S/DEUC: „Les Affaires juridiques estiment que les prétentions du gouvernement fédéral ne sont justifiées ni au regard de notre droit interne ni au regard du droit international. [...] Le droit international s'interprète d'ailleurs tout à fait dans le même sens. Il convient de noter en premier lieu que notre reconnaissance de

auch der extensiven Definition der deutschen Staatsangehörigkeit im Grundgesetz zugestimmt hatte, war die Bestimmung einer eindeutigen Position in dieser Angelegenheit für das französische Außenministerium äußerst delikat.⁷⁰⁷ Durch die Anerkennung von zwei deutschen Staaten befand sich Frankreich in einem quasi unauflösbaren Widerspruch, denn praktisch wurde damit die Einheit der deutschen Nation infrage gestellt, für die Frankreich als alliierte Siegermacht weiterhin Verantwortung trug.⁷⁰⁸ Die Diskussion um das Konsularabkommen mit der DDR förderte diesen Widerspruch am deutlichsten zutage.

Die aus Bonn erwarteten Reaktionen waren ein wichtiger Grund für das Zögern Frankreichs bei der Bestimmung der eigenen Position. Die westdeutsche Kritik am Nachgeben Österreichs in den Verhandlungen über ein Konsularabkommen mit der DDR könne Frankreich, so eine Note des *Quai d'Orsay*, einen kleinen Vorgesmack von dem vermitteln, was man in Paris zu erwarten habe. Noch mehr als die Kritik aus Bonn fürchtete man jedoch, in Bonn den Eindruck zu erzeugen, dass die französische Außenpolitik sich von einer derartigen Kritik abhängig mache.⁷⁰⁹ Ein Verzicht auf das Konsularabkommen, das für französische Belange als nicht zwingend notwendig bewertet wurde, schien den französischen Diplomaten daher nur schwer möglich. Zur selben Zeit bekräftigte Außenminister Jean Sauvagnargues gelegentlich einer Pressekonferenz am 22. Januar 1975 in Bonn die Grundprinzipien der französischen Deutschlandpolitik als Leitlinie auch in dieser Angelegenheit und schloss damit eine offizielle Anerkennung der „nationalité est-allemande“ aus.⁷¹⁰ Das Wort des Ministers in dieser diffizilen Frage erleichterte der juristischen Abteilung des *Quai d'Orsay* offensichtlich die Arbeit bei der Bestimmung einer Position. Bereits zwei Wochen später zeichnete sich eine Lösung ab: Zwar könne man der DDR das Recht auf eine eigene Staatsangehörigkeit nicht verweigern, die von der DDR vorgeschlagene Formel⁷¹¹ müsse gleichwohl nicht akzeptiert werden; nicht zuletzt deshalb, weil bei Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit (französisch/ostdeutsch) dadurch der „nationalité est-allemande“ der Vorrang eingeräumt werden würde. Auch wurde darauf verwiesen, dass eine Definition von „nationalité“ nicht notwendig Bestandteil eines Konsularabkommens sei. Um diesem Problem gänzlich aus dem Weg zu gehen und alliierte Rechte unberührt zu lassen, wurde vorgeschlagen, jeglichen Bezug auf die „nationalité“ durch den Begriff des „ressortissant“ (Staatsangehöriger) zu

la RDA implique nécessairement que nous reconnaissons que cet État possède un territoire et une population et le droit de conférer à celle-ci sa nationalité.“

⁷⁰⁷ Ibid.: Note der S/DEUC vom 21. 1. 1975.

⁷⁰⁸ Ibid.: Entwurf für eine Note vom 22. 1. 1975.

⁷⁰⁹ Ibid.: Entwurf für eine Note vom 22. 1. 1975: „Enfin, peut-être surtout, nous aurons laissé Bonn hypothéquer une fois de plus nos rapports avec Berlin-Est.“

⁷¹⁰ Ibid.: Note der S/DEUC, Plaisant, vom 23. 1. 1972 für die DCAAC: „[...] nous tiendrons largement compte du point de vue bien connu du gouvernement français sur la question allemande et nous ne ferons rien qui soit incompatible avec notre position relative à l'Allemagne dans son ensemble.“

⁷¹¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Ostdeutscher Entwurf für ein Konsularabkommen zwischen Frankreich und der DDR, überreicht am 26. 10. 1974; Paragraph 1, Absatz 2: „Sont ressortissants de l'État d'envoi les personnes qui, conformément aux lois et règlements de cet État, ont la nationalité de celui-ci.“

ersetzen, für den ebenfalls eine Definition zu vermeiden sei.⁷¹² Der Umgang mit diesen Begriffen verdeutlicht die ganze Widersprüchlichkeit der Angelegenheit und die zum Teil verworrene Suche der französischen Diplomatie nach einem Formelkompromiss, der es ihr ermöglichen würde, einer eindeutigen juristischen Festlegung aus dem Weg zu gehen.

Die Ausarbeitung eines französischen Gegenentwurfs nahm nicht weniger als acht Monate in Anspruch. Weil offizielle Reaktionen von französischer Seite nach Übergabe des ostdeutschen Entwurfs zunächst ausblieben, vermutete die DDR-Regierung erneut Absprachen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik.⁷¹³ Den Aufenthalt einer französischen Parlamentarierdelegation in Ost-Berlin im November 1974, der auch Georges Gorse angehörte, nutzte man deshalb, um die an Beziehungen mit der DDR interessierten Kreise in Frankreich zur Unterstützung für die Anerkennung der ostdeutschen Staatsangehörigkeit zu gewinnen.⁷¹⁴ Während die DDR keine Gelegenheit ausließ, um ihr Interesse an einem Konsularabkommen zu bekräftigen, forderte der französische Außenminister bei einem Gespräch mit Gerald Götting die DDR-Regierung dazu auf, diese Frage nicht überzubewerten.⁷¹⁵ Dem ostdeutschen Botschafter legte man im *Quai d'Orsay* bereits einen Monat später nahe, dass sich die DDR keine Illusionen über die französische Position machen dürfe, da Frankreich die Frage der Staatsangehörigkeit üblicherweise nicht in einem derartigen Abkommen klären würde.⁷¹⁶ Die französischen Diplomaten machten sich ihrerseits jedoch keine Illusionen darüber, dass die Eröffnung der Verhandlungen in diesem Bereich zu einer erneuten Konfrontation führen würde.⁷¹⁷ Weil aber die Beziehungen bereits seit Längerem von dieser Problematik überschattet wurden, drängte der französische Botschafter das Ministerium in Paris, baldmöglichst mit den Verhandlungen zu beginnen.⁷¹⁸ Zwei Tage vor deren Beginn, am 7. Juli 1975, wurde der französische Gegenentwurf schließlich der ostdeutschen Botschaft in Paris überreicht.⁷¹⁹

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss bei der Erarbeitung dieses Entwurfes hatte die Haltung der amerikanischen Diplomatie, die sich nach Eröffnung ihrer

⁷¹² AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note des Service juridique vom 3.2.1975 für die DCAAC sowie Note der S/DEUC vom 3.2.1975.

⁷¹³ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 8.11.1974: „Le singulier de l'affaire est que ce procès d'intention nous est fait avant qu'une discussion sérieuse ait pu avoir lieu sur cette question, et avant même que, du côté français, nous ayons pu exprimer nos vues sur le projet de convention déposé par la partie est-allemande.“

⁷¹⁴ Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 8.11.1974.

⁷¹⁵ Ibid.: Bericht vom 19.2.1975 über ein Gespräch zwischen dem französischen Außenminister (Jean Sauvagnargues) und dem Präsidenten der Volkskammer der DDR (Gerald Götting).

⁷¹⁶ Ibid.: Bericht vom 19.3.1975 über ein Gespräch zwischen dem Leiter der politischen Abteilung des MAE (Jean de Laboulaye) und dem Botschafter der DDR in Paris (Ernst Scholz).

⁷¹⁷ Ibid.: Vertrauliche Note der S/DEUC vom 8.4.1975.

⁷¹⁸ Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, 1.4.1975.

⁷¹⁹ AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Telegramm der DCAAC vom 5.7.1975 an die franz. Botschaft in Berlin sowie Telegramm der S/DEUC, Andréani, vom 12.6.1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

Botschaft im Dezember 1974 in Berlin verstärkt mit dieser Problematik auseinandersetzte. Die USA lehnten die Definition von Staatsangehörigkeit im Rahmen eines derartigen Abkommens grundsätzlich ab und planten im konkreten Fall, alle Verweise auf das Territorium durch eine Formulierung zu ersetzen, in der stattdessen vom Gastland die Rede war. Das *State Department* suchte vor allem eine Anerkennung von Rechten der DDR auf dem Gebiet von Ost-Berlin zu verhindern.⁷²⁰

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und der DDR wurden nach einer ersten Runde im Juli 1975, bei der man sich im Wesentlichen mit der Darstellung der jeweiligen Position begnügt hatte, im November desselben Jahres fortgesetzt.⁷²¹ Die DDR versuchte nun, Frankreich verstärkt in britisches Fahrwasser zu manövrieren, in der Annahme, dass ein Einlenken Frankreichs auch das der USA zur Folge habe und dass sich dadurch schließlich selbst die Bundesrepublik genötigt sähe, ihre Position zu überdenken.⁷²² Die britische Lösung gründete auf einer besonderen Ausgangssituation: Die komplexe britische Staatsangehörigkeit hatte Großbritannien bereits in den 1950er Jahren dazu veranlasst, in dem mit der Bundesrepublik geschlossenen Konsularabkommen die Staatsbürger („ressortissants“) beider Staaten zu definieren. Aufgrund der vollständig anderen Ausgangssituation wurde eine Übernahme des Konsularabkommens zwischen Großbritannien und der DDR als Modell von Frankreich jedoch ausgeschlossen.⁷²³ Das Insistieren der DDR wurde von französischer Seite weitestgehend ignoriert; stattdessen wartete man auf eine Veränderung der DDR-Position.⁷²⁴

Auch beim ersten offiziellen Besuch des ostdeutschen Außenministers in Paris im Januar 1976 spielte die Definition der Staatsangehörigkeit im Konsularabkommen eine zentrale Rolle. Oskar Fischer erhoffte sich von seinem Besuch, in dieser Frage eine Konzession seines französischen Amtskollegen zu erwirken.⁷²⁵ Die französische Position hatte sich jedoch nicht im Mindesten verändert.⁷²⁶ Um dennoch Bewegung in die verfahrenere Verhandlungssituation zu bringen, lancierte Sauvagnargues im Gespräch mit Fischer die Idee, dass das Vorweisen eines DDR-Passes zur Bestimmung eines DDR-Bürgers dienen könne.⁷²⁷ Die Idee war nicht

⁷²⁰ Ibid.: Note der S/DEUC vom 19. 2. 1975.

⁷²¹ Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 11. 8. 1975.

⁷²² Ibid.: Undatierte Note der DCAAC (vermutl. vom November 1975).

⁷²³ Ibid.: Note der S/DEUC vom 3. 5. 1976 für MAE, Kabinett.

⁷²⁴ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Bericht der S/DEUC vom 21. 11. 1975 über ein Gespräch zwischen dem Staatssekretär des MAE (Destremau) und dem stellvertretenden Staatsratsvorsitzenden der DDR (Homann).

⁷²⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3105: Note der S/DEUC vom 24. 12. 1975.

⁷²⁶ Ibid.: Note der S/DEUC vom 29. 12. 1975: „Considérant d’une part que nous n’avions jamais souscrit expressis verbis à la conception extensive de la République fédérale, d’autre part qu’en vertu de nos droits quadripartites et des accords de Paris nous ne devons rien faire qui porte atteinte au concept d’Allemagne dans son ensemble, nous nous en sommes tenus à notre pratique constante selon laquelle la définition de la nationalité n’a pas sa place dans une convention consulaire, et nous avons éliminé toute définition de la nationalité des ressortissants des parties.“

⁷²⁷ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Telegramm (circulaire) der S/DEUC, Andréani, vom 8. 1. 1976; sowie *ibid.*, 3103: Note der DCAAC vom 9. 2. 1976.

neu, sie basierte auf dem 1956 zwischen Frankreich und der Bundesrepublik geschlossenen Konsularabkommen.⁷²⁸ Der Vorschlag war auch Thema einer interministeriellen Sitzung. Weil damit aber nicht das Problem der doppelten Staatsangehörigkeit geklärt wurde, stellte sich die konkrete Umsetzung als äußerst schwierig dar. Man beschloss deshalb, zunächst die Vorschläge der Gegenseite abzuwarten.⁷²⁹ Noch bevor es dazu kam, wurde diese pragmatische Lösung jedoch nicht nur von amerikanischer Seite scharf kritisiert⁷³⁰, sondern auch von der Rechtsabteilung des *Quai d'Orsay* als unhaltbar verworfen.⁷³¹ Entsprechend endete auch die dritte Verhandlungsrunde im Februar 1976 ohne Ergebnisse in der Frage der „nationalité“.⁷³² Auf französischer Seite erwartete man, dass mit der Unterzeichnung des britisch-ostdeutschen Konsularabkommens am 4. Mai 1976 der Druck auf die französische Regierung insbesondere seitens parlamentarischer Kreise zunehmen werde.⁷³³ Auch die nächsten beiden Verhandlungsrunden im Oktober 1976⁷³⁴ und im Juli 1977⁷³⁵ verliefen ergebnislos. In praktischer Hinsicht hatte das Fehlen eines Konsularabkommens keinerlei Auswirkungen auf die Entwicklung der Beziehungen. Aus französischer Sicht handelte es sich vielmehr um ein theoretisches Problem, das, obschon von großer Bedeutung, im Gegensatz zur Anerkennung der DDR nicht dazu geeignet war, größere Kreise zu mobilisieren. Hatte das Thema der Anerkennung der DDR für die EFA genügend Potenzial zur Mobilisierung größerer Massen geboten, gelang es *France-RDA* im Fall des Konsularabkommens nicht, dieses nur schwer verständliche juristische Problem zum Gegenstand einer politischen Kampagne zu machen.⁷³⁶

Das Vorpreschen Großbritanniens beim Ausbau der politischen Beziehungen mit der DDR erschwerte Frankreich erheblich die Durchsetzung seiner Deutschlandpolitik in den verschiedenen Verhandlungen mit der DDR, vor allem aber bei

⁷²⁸ AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note der S/DEUC vom 15. 1. 1976 für die DCAAC; der auf dem Abkommen von 1956 aufbauende Vorschlag für das Konsularabkommen mit der DDR lautete: „Sans préjudice d'autres méthodes de détermination de la nationalité, est considéré comme ressortissant de l'une des parties contractantes toute personne présentant un passeport délivré par les autorités compétentes de son pays.“

⁷²⁹ AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Protokoll der DCAAC vom 9. 2. 1976 einer interministeriellen Sitzung am 22. 1. 1976.

⁷³⁰ AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note der S/DEUC vom 9. 2. 1976 für den Leiter der Europa-Abteilung.

⁷³¹ AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Note vom 31. 1. 1976 für MAE, Kabinett.

⁷³² Ibid.: Telegramm der DCAAC, Jeannot, vom 17. 2. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin.

⁷³³ Ibid.: Note der S/DEUC vom 3. 5. 1976 für MAE, Kabinett.

⁷³⁴ Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 18. 6. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin.

⁷³⁵ AEFA, Présidence nationale, correspondance: Brief von MAE, François-Poncet, vom 26. 12. 1978 an die EFA, Alpes-Maritimes, Muller.

⁷³⁶ Ibid.: Brief von EFA, Lenoir, vom 28. 9. 1976 an Jacques Denis; Lenoir zitierte hier ausführlich aus einem Schreiben des Präsidenten des EFA-Komitees Meurthe-et-Moselle: „Nous ne sommes pas au milieu du gué, mais dans la morne plaine où la reconnaissance diplomatique étant acquise, le français moyen, et même le militant PCF moyen des fédérations de Meurthe-et-Moselle Nord et Sud, se désintéresse de l'environnement de la RDA. La question pourtant percutante ‚La RDA restera-t-elle encore longtemps un État sans citoyens?‘ n'éveille guère (hélas) qu'une brève réponse: ‚Bof ...‘“

denen zum Konsularabkommen.⁷³⁷ Im *State Department* sprach man in diesem Zusammenhang sogar vom „britischen Fauxpas“.⁷³⁸ Hier zeichnete sich auch ein Wechsel der Allianzen ab: 1973 hatten Frankreich und Großbritannien quasi gemeinsam diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen, die USA waren ihnen knapp zwei Jahre später fast auf demselben Weg gefolgt. 1976, als sich der britische Sonderweg bei den konsularischen Beziehungen mit der DDR bestätigte, führte dies zu einem verstärkten Schulterschluss zwischen Frankreich und den USA in allen die Beziehungen mit der DDR betreffenden Dingen. Die den Franzosen von den Briten weiterhin angetragene enge Kooperation in diesem Bereich wurde in Paris nach dem „britischen Sündenfall“ – soweit aus den Quellen ersichtlich – mit weit weniger Interesse aufgenommen. Bei einem Treffen der Leiter der politischen Abteilungen des *Quai d'Orsay* und des *Foreign Office* im Januar 1976 kritisierte die französische Seite das beschleunigte Vorgehen Großbritanniens gegenüber der DDR; vereinbart wurde daraufhin lediglich ein Informationsaustausch über die Verschuldung der DDR.⁷³⁹

Eine belgische Initiative, Konsultationen zu diesem Problem auf europäischer Ebene durchzuführen, war bereits 1973 gescheitert.⁷⁴⁰ Drei Jahre später wurde diese Idee vom Auswärtigen Amt aufgegriffen, um zu verhindern, dass Frankreich dem britischen oder dem österreichischen Beispiel folgte.⁷⁴¹ Eine entsprechende Sitzung fand am 9. März 1976 mit Vertretern der drei Alliierten, der Bundesrepublik, Italiens und Belgiens statt. Verabredet wurde lediglich ein kontinuierlicher Informationsaustausch. Eine gemeinsame politische Linie wurde aufgrund der unterschiedlichen Ausgangssituationen hingegen als unrealistisch betrachtet.⁷⁴²

Erst 1980 gelang es Frankreich und der DDR, sich auf einen für beide Seiten annehmbaren Kompromiss zu einigen. Im fraglichen Absatz des am 16. Juni 1980 unterzeichneten Abkommens ist die Rede sowohl von Staatsangehörigen beider entsendenden Staaten, ohne dies zu präzisieren, als auch von Staatsangehörigen beider Staaten, die als juristische Personen ihren Wohnsitz im entsendenden Staat haben.⁷⁴³ Zuvor hatten bereits die USA im Dezember 1979 ein Konsularabkom-

⁷³⁷ AMAE, RDA 1971–1976, 3087: Note der S/DEUC vom 16. 1. 1976: „Ce faisant [bezieht sich auf Transport- und Konsularabkommen – Ch. W.], Londres n'a pas créé de précédents avantageux pour les États occidentaux. [...] elle ne nous facilite pas les choses dans notre propre négociation avec Berlin-Est [bezieht sich auf die Verhandlungen über das Konsularabkommen – Ch. W.]“

⁷³⁸ AMAE, RDA 1971–1976, 3080: Telegramm aus Washington, de la Gorce, vom 14. 8. 1975.

⁷³⁹ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC vom 2. 2. 1976 über eine Sitzung der Leiter der politischen Abteilungen des MAE und des FCO am 21. 1. 1976.

⁷⁴⁰ AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Brief von M. Guillaume vom 17. 9. 1973 an Bertrand Dufourcq, sowie *ibid.*, 3102: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 29. 1. 1974.

⁷⁴¹ *Ibid.*: Note der S/DEUC vom 5. 2. 1976 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE.

⁷⁴² AMAE, RDA 1971–1976, 3102: Note der S/DEUC vom 11. 3. 1976; cf. auch *ibid.*, 3103: Note der S/DEUC vom 24. 3. 1976 für den Leiter der Europa-Abteilung des MAE.

⁷⁴³ JO, Anhang zur Sitzung der französischen Nationalversammlung am 2. 4. 1981, Nr. 2256: Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Konsularabkommens zwischen der Französischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik, Kapitel I, Absatz 2 des Konsularabkommens: „Les dispositions de la présente convention applicables aux ressortissants de l'État d'envoi sont également applicables, lorsque le contexte l'admet, aux personnes morales qui ont leur siège social sur le territoire de l'État d'envoi et qui sont constituées conformément à la législation de cet État.“

men mit der DDR geschlossen; 1981 und 1983 folgten schließlich Belgien beziehungsweise Italien.

In Frankreich zogen sich parallel zu den Verhandlungen über das Konsularabkommen auch die Verhandlungen über ein Kulturabkommen in die Länge. Eine Koppelung dieser beiden Verhandlungen versuchte man im *Quai d'Orsay* vergeblich zu vermeiden, da Frankreich vor allem am Ausbau der Kulturbeziehungen interessiert, gleichzeitig aber nicht zu der entscheidenden, von der DDR eingeforderten Konzession bei der Aufnahme konsularischer Beziehungen in der Lage war.⁷⁴⁴ Ungeachtet dessen wurde das ostdeutsche Interesse an der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft hin und wieder auch als ein Trumpf angesehen, den man sich in den verschiedenen stockenden Verhandlungen zunutze machen sollte. Tatsächlich wurden sowohl Konsular- als auch Kulturabkommen am selben Tag unterzeichnet.

Politische Konsultationen und die Frage nach der Intensität der Beziehungen

Ein weiterer Trumpf Frankreichs in den verschiedenen Verhandlungen mit der DDR war deren Streben nach regelmäßigen bilateralen politischen Konsultationen und politischen Kontakten auf höchster Ebene. Während die DDR in ihren Beziehungen Prestige auf hoher Ebene anstrebte, erwartete man auf französischer Seite nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen vor allem konkrete Ergebnisse in den laufenden Verhandlungen und in den Beziehungen auf kultureller und wirtschaftlicher Ebene. Diese Forderung nach mehr Substanz in den französisch-ostdeutschen Beziehungen war auch die zentrale Botschaft des französischen Außenministers Michel Jobert an seinen ostdeutschen Amtskollegen Otto Winzer bei einem ersten Gespräch auf Ministerebene am Rande der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Juli 1973 in Helsinki.⁷⁴⁵ Dass sich seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wenig Grundlegendes im Verhältnis zwischen beiden Staaten geändert hatte, verdeutlicht die Wortwahl Joberts, der anstatt von „relations“ zu sprechen, den schwächeren Begriff der „rapports“ verwendete; einen Begriff, unter dem er die Kontakte vor und nach dem 9. Februar 1973 zusammenfasste.⁷⁴⁶ Allein das Einverständnis Joberts für dieses Treffen in Helsinki führte bereits zu einer Verbesserung der Atmosphäre in den Beziehun-

⁷⁴⁴ AMAE, RDA 1971–1976, 3103: Note der S/DEUC vom 4. 11. 1975 für den Leiter der politischen Abteilung des MAE.

⁷⁴⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Undatierter Bericht über ein Gespräch zwischen dem französischen Außenminister (Michel Jobert) und dem Außenminister der DDR (Otto Winzer): „Notre réunion est la preuve que nous pouvons avoir entre ministres des Affaires étrangères des contacts bilatéraux à condition de ne pas désertir trop longtemps la salle de conférence. Je me félicite de l'établissement des rapports [sic] entre la RDA et la France.“

⁷⁴⁶ Ibid.: „Voilà longtemps que nous essayons d'avoir des rapports effectifs avec vous quelle que soit la formule et le temps. [...] J'espère que nos rapports se développeront harmonieusement, il y a eu déjà entre nous beaucoup de contacts même s'ils n'ont pas eu d'étiquettes brillantes.“

gen.⁷⁴⁷ Die französischen Diplomaten stellten jedoch bald fest, dass derartige Zugeständnisse zwar regelmäßig eine Verbesserung der Atmosphäre, nicht aber eine Vertiefung der Beziehungen bewirkten.⁷⁴⁸

Nachdem im Juli 1973 ein baldiger Austausch der Botschafter angekündigt worden war, forderte die ostdeutsche Seite erstmals politische Konsultationen auf der Ebene der Abteilungsleiter beider Außenministerien. Die Unverhältnismäßigkeit dieser Forderung wurde aus französischer Sicht im Vergleich mit den Beziehungen zu anderen Ostblockstaaten deutlich, wo Frankreich erst in der Folge offizieller Staatsbesuche derartigen Konsultationen zugestimmt hatte.⁷⁴⁹ Zugeständnisse im Bereich der politischen Kooperation waren nur infolge einer substantiellen Verbesserung der Beziehungen im kulturellen Bereich und eines Entgegenkommens bei humanitären Angelegenheiten denkbar.⁷⁵⁰ Von der DDR wurden politische Konsultationen im Gegensatz dazu als eine Instanz angesehen, mit der sich Details der Beziehungen auf den verschiedenen praktischen Ebenen regeln ließen, wie der Chefaußenpolitiker der SED, Hermann Axen, dem französischen Botschafter bei ihrem ersten Treffen in Berlin erklärte.⁷⁵¹ In diesem Sinne lancierte der ostdeutsche Botschafter in Paris bereits bei seinem ersten Höflichkeitsbesuch im *Quai d'Orsay* auch die Idee eines offiziellen Treffens auf Ministerienebene.⁷⁵² Die Erfahrungen Belgiens hatten der französischen Diplomatie zu diesem Zeitpunkt jedoch längst gezeigt, dass selbst von einem Treffen auf Ministerienebene kaum eine Verbesserung der Beziehungen zu erwarten war.

Bereits im September 1974 konstatierte man im *Quai d'Orsay* ernüchtert, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwar grundsätzlich die Kontakte zwischen Vertretern beider Staaten erleichtert habe, dies aber nicht zu einem besonders umfangreichen Ausbau der Beziehungen geführt habe.⁷⁵³ Um die politischen Beziehungen mit der DDR auf eine Ebene zu heben, die den Beziehungen mit anderen Ostblockstaaten entsprach, erwartete Paris nach wie vor merkliche Anstrengungen in den Wirtschafts- und Kulturbeziehungen von Ost-Berlin.⁷⁵⁴ Entsprechend reagierte auch der französische Außenminister Jean Sauvagnargues auf eine Einladung seines ostdeutschen Amtskollegen nach Ost-Berlin: Bei einem Ge-

⁷⁴⁷ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 20. 6. 1973.

⁷⁴⁸ Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 21. 3. 1974.

⁷⁴⁹ Ibid.: Telegramm aus Berlin, Jessel, vom 20. 6. 1973.

⁷⁵⁰ Ibid.: Note der S/DEUC vom 10. 7. 1974: „Dans ce contexte, nous pourrions songer à lier des progrès substantiels dans la négociation de l'accord culturel et des cas humanitaires à des concessions dans le domaine de la coopération politique.“

⁷⁵¹ Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 20. 5. 1974.

⁷⁵² Ibid.: Bericht der S/DEUC vom 23. 4. 1974 über ein Gespräch zwischen Ernst Scholz, Botschafter der DDR in Paris, und de Courcel.

⁷⁵³ Ibid.: Note der S/DEUC vom 12. 9. 1974: „L'établissement de relations diplomatiques entre la France et la République démocratique allemande, s'il a naturellement rendu plus aisés les contacts entre les représentants des autorités françaises et est-allemandes, n'a pas été suivi d'une amélioration spectaculaire des rapports entre les deux pays, qui restent dans l'ensemble assez médiocres.“

⁷⁵⁴ Ibid.: „Jusqu'ici nous n'avons pas donné de réponse précise à ces avances, un certain nombre d'obstacles s'opposant encore à une amélioration franche des relations entre les deux gouvernements.“

sprach mit Oskar Fischer am Rande einer Sitzung der Vereinten Nationen lehnte er einen derartigen Besuch ab, weil er ihn für verfrüht hielt.⁷⁵⁵ Bevor neue Ziele bestimmt werden könnten, müssten die im Protokoll vom Februar 1973 festgeschriebenen Vorhaben⁷⁵⁶ erledigt sein – politische Konsultationen konnten nur als krönender Abschluss und nicht als Ausgangspunkt in den Beziehungen mit der DDR angesehen werden.⁷⁵⁷

Die ostdeutsche Seite ließ keine Gelegenheit aus, um auf der Notwendigkeit von Treffen auf hoher politischer Ebene zu insistieren. Der französische Botschafter in Berlin, Bernard de Chalvron, war häufig Adressat dieses Begehrens und bezeichnete es nach nur wenigen Monaten im Amt bereits als „Leitmotiv“ ostdeutscher Außenpolitik.⁷⁵⁸ Im Gespräch mit dem DDR-Außenminister bewertete er die Beziehungen zwischen beiden Staaten als nicht intim genug, um engere politische Kontakte zu rechtfertigen.⁷⁵⁹

Obwohl der Vorschlag politischer Konsultationen von französischer Seite kontinuierlich als verfrüht abgelehnt wurde, begann die DDR im Januar 1975 mit den Planungen für eine Reise des stellvertretenden DDR-Außenministers und Leiters der Westeuropa-Abteilung im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Kurt Nier, nach Paris. Zwar befürchtete man im *Quai d'Orsay*, dass diese Reise der Vorbereitung eines Besuches des ostdeutschen Außenministers dienen sollte.⁷⁶⁰ Den Besuch von Nier wollte man hingegen nicht ausschließen, da er eine geeignete Gelegenheit bot, um die noch ausstehenden Probleme zu besprechen. Gleichzeitig sollte der DDR vermittelt werden, dass durch gewisse Fortschritte in einzelnen Bereichen ein solcher Besuch um vieles fruchtbarer werden würde.⁷⁶¹ Um vom Interesse der DDR an diesem Besuch zu profitieren, ließ man den Botschafter dem ostdeutschen Außenministerium grundsätzliches Einverständnis signalisieren, ohne jedoch ein konkretes Datum zu benennen.⁷⁶²

Auf Vorschlag von François Plaisant (Leiter der Zentraleuropa-Abteilung) machte der Leiter der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* und möglicher

⁷⁵⁵ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Telegramm aus Washington, Guiringaud, vom 24. 9. 1974.

⁷⁵⁶ AMAE, RDA 1971–1976, 3101: Protokoll vom 9. 2. 1973 über die zwischen Frankreich und der DDR zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen geführten Verhandlungen: „Après l'établissement des relations diplomatiques, les deux gouvernements engageront, à un moment approprié et aussitôt que possible, des conversations et des négociations sur les questions suivantes: a) coopération en matière économique, transports, relations culturelles et affaires consulaires; b) règlement des questions non encore résolues concernant les biens et intérêts des personnes physiques et morales, ressortissants des deux pays.“

⁷⁵⁷ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Note der S/DEUC, Plaisant, vom 18. 10. 1974 für den Leiter der Europa-Abteilung (über ein Gespräch mit E. Walkowski): „J'ai naturellement répondu que ces contacts devaient être plutôt un couronnement qu'un point de départ.“

⁷⁵⁸ Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 8. 11. 1974.

⁷⁵⁹ Ibid.: Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 25. 10. 1974.

⁷⁶⁰ Ibid.: Note der S/DEUC vom 24. 1. 1975 für den Minister.

⁷⁶¹ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Courcel, vom 30. 1. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

⁷⁶² Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 17. 2. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

Gastgeber von Kurt Nier, Jean de Laboulaye, zunächst die Klärung der „Kranick“-Affäre sowie Fortschritte in den humanitären Angelegenheiten zur Vorbedingung für ein solches Treffen.⁷⁶³ Weil auch die Verhandlungen über das Transportabkommen in einer Sackgasse steckten, einigten sich der Minister und sein Generalsekretär jedoch darauf, neben dem erfolgreichen Austausch von Kranick, den Abschluss dieser Verhandlungen als Bedingung für das Treffen zwischen Nier und de Laboulaye aufzustellen.⁷⁶⁴ Fortschritte in den humanitären Angelegenheiten wurden somit zwar nicht zur Bedingung erhoben, dennoch sollte der DDR nahegelegt werden, dass eine positive Entwicklung in diesem Bereich das Treffen unter sehr viel günstigeren Vorzeichen stattfinden lassen würde.⁷⁶⁵ Nur fünf Tage nach Unterzeichnung des Transportabkommens – die „Kranick“-Affäre war bereits einige Wochen zuvor beendet worden – wurde der ostdeutschen Botschaft in Paris ein Terminvorschlag für die Begegnung zwischen Nier und de Laboulaye übermittelt. Das Treffen fand schließlich am 9. Juni 1975 in Paris statt, allerdings ohne dass nennenswerte Fortschritte in den humanitären Angelegenheiten erzielt worden wären.

Aus Sicht des *Quai d'Orsay* hatte sich der Zustand der französisch-ostdeutschen Beziehungen zum Zeitpunkt des Treffens kaum gebessert, auch wenn die geforderten Bedingungen erfüllt waren.⁷⁶⁶ In der internen Beurteilung überwogen die „Schattenzonen“. Vor allem bedauerte man, dass die DDR bisher gerade in jenen Bereichen wenig Entgegenkommen gezeigt habe, an denen Frankreich besonders interessiert gewesen wäre (wie bei der Residenz des Botschafters, den Kulturbeziehungen und in den humanitären Angelegenheiten).⁷⁶⁷ Vermutlich gerade deshalb maß der Leiter der Europa-Abteilung des französischen Außenministeriums dem Besuch Niers im Rahmen des Anlaufprozesses der französisch-ostdeutschen Beziehungen große Bedeutung bei.⁷⁶⁸ Themen des Gesprächs waren bezeichnenderweise vor allem internationale Angelegenheiten: die KSZE, die innerdeutschen Beziehungen, die Entwicklung im Nahen Osten sowie in Südostasien, aber auch Portugal und Zypern. Demgegenüber spielten die bilateralen Beziehungen, gemessen an der Anzahl der Seiten im Gesprächsprotokoll, nur eine sehr marginale Rolle. Jean de Laboulaye nutzte die Gelegenheit, um die unnachgiebige französi-

⁷⁶³ Ibid.: Vertrauliche Noten der S/DEUC, Plaisant, vom 18. 3. und 19. 3. 1975.

⁷⁶⁴ Ibid.: Vertrauliche Note der S/DEUC vom 8. 4. 1974.

⁷⁶⁵ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 23. 4. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

⁷⁶⁶ Es ist aufschlussreich, in diesem Zusammenhang zwei Noten der Zentraleuropa-Abteilung miteinander zu vergleichen. Eine Note vom 9. 6. 1975 zum Stand der französisch-ostdeutschen Beziehungen beginnt mit derselben Einschätzung wie eine Note vom 12. 9. 1974 (siehe Anm. 753): „L'établissement des relations diplomatiques entre la France et la RDA (9 février 1973) puis l'échange d'ambassadeurs intervenu en mars 1974 n'ont pas été suivis d'une amélioration spectaculaire des rapports entre les deux pays.“ In: AMAE, RDA 1971–1976, 3100.

⁷⁶⁷ Ibid.: Note der S/DEUC vom 9. 6. 1975.

⁷⁶⁸ Ibid.: Note der S/DEUC vom 18. 4. 1975 über ein Gespräch zwischen dem Leiter der Europa-Abteilung des MAE (Jacques Andréani) und dem Botschafter der DDR in Paris (Ernst Scholz): „Le directeur d'Europe a convenu que la visite de M. Nier à Paris s'inscrivait dans le processus de démarrage des relations entre la France et la RDA.“

sche Position in der Frage des Konsularabkommens zu bekräftigen, und erwirkte bei Nier auf Nachfrage das Zugeständnis, die Verhandlungen über das Kulturabkommen noch im selben Jahr wieder aufzunehmen.⁷⁶⁹

Während seines Paris-Besuchs traf Nier auch auf Sauvagnargues, der ihm sein prinzipielles Einverständnis für ein Treffen auf Ministerebene gab.⁷⁷⁰ Der französische Botschafter in Bonn reagierte umgehend und forderte zunächst eine Reise des Ministers nach West-Berlin, um sowohl in der DDR als auch in West-Berlin Klarheit über die Intentionen der französischen Regierung zu schaffen und entsprechend kritische Reaktionen in Bonn und West-Berlin zu vermeiden.⁷⁷¹ Tatsächlich stand der Besuch eines französischen Außenministers in West-Berlin schon seit Längerem aus. Im *Quai d'Orsay* übernahm man daher den Vorschlag von de Chalvron, das erste Treffen in Paris zu organisieren. Bis zu einem eventuellen Gegenbesuch bleibe dem Minister damit genügend Zeit, einen Besuch in West-Berlin zu absolvieren.⁷⁷² Nur wenige Monate später, Anfang Oktober 1975, und noch bevor es zu einem offiziellen Besuch Fischers kam, befand sich dieser auf der Durchreise in Paris.⁷⁷³ Fischer wurde von Sauvagnargues empfangen und besprach mit ihm Details seiner geplanten offiziellen Paris-Reise.⁷⁷⁴ Gleichzeitig beschloss man im *Quai d'Orsay*, den Rhythmus politischer Treffen zu verlangsamen, indem man den Gegenbesuch von de Laboulaye in Berlin hinauszögerte.

Der offizielle Besuch Fischers fand am 6. und 7. Januar 1976 statt. Auf dem Programm standen neben einem Gespräch der beiden Minister in großer Runde auch ein Vier-Augen-Gespräch sowie ein offizieller Empfang und ein Gegenempfang. Der bei dieser Gelegenheit von Sauvagnargues ausgebrachte Toast lässt Rückschlüsse auf den Zustand der Beziehungen zu. In einer ersten Fassung dieser Rede wurde betont, dass man sich in einer Phase des Kennenlernens befinde. Die französisch-sowjetischen Beziehungen wurden zum Modell erklärt und als gemeinsames Ziel die Umsetzung der Entspannungspolitik in Europa definiert.⁷⁷⁵ Eine zweite, handschriftlich überarbeitete Fassung verzichtete auf derartige Anspielungen auf die gaullistische Entspannungspolitik. Stattdessen wurde an eine gemeinsame Vergangenheit erinnert, Gemeinsamkeiten bei der Bewertung bestimmter Aspekte der internationalen Situation hervorgehoben und die Beziehungen in den Kontext der allgemeinen deutsch-französischen Annäherung

⁷⁶⁹ Ibid.: Bericht der S/DEUC vom 16. 6. 1975 über das Gespräch zwischen dem stellvertretenden Außenminister der DDR, Kurt Nier, und dem Leiter der politischen Abteilung des MAE, Jean de Laboulaye, am 11. 6. 1975.

⁷⁷⁰ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 12. 6. 1975 an die franz. Botschaft in Berlin.

⁷⁷¹ Ibid.: Telegramm aus Bonn, Worsmer, vom 16. 6. 1975.

⁷⁷² Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 18. 6. 1975 sowie Telegramm aus Berlin, de Chalvron, vom 17. 6. 1975.

⁷⁷³ Ibid.: Telegramm aus Lima, Gabillaud, vom 24. 9. 1975 sowie Note der S/DEUC vom 30. 9. 1975 für MAE, Kabinett, Kauffmann.

⁷⁷⁴ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, de Laboulaye, vom 30. 9. 1975.

⁷⁷⁵ Ibid.: Entwurf für einen Toast des Ministers anlässlich des Besuches von Oskar Fischer in Paris, erste Version erstellt von der franz. Botschaft in Berlin am 12. 12. 1975: „[...] relations de plus en plus cordiales au fur et à mesure que, de part et d'autre, l'on se connaît et s'apprécie davantage.“

gestellt.⁷⁷⁶ Vermutlich um einen gewissen Unterschied zu den französisch-westdeutschen Beziehungen deutlich zu machen, wurde der im Text zunächst mehrfach verwendete Begriff „amitié“ durch „entente“ und „coopération“ ersetzt.⁷⁷⁷ Das Treffen wurde außerdem als Ausgangspunkt für eine Intensivierung der französisch-ostdeutschen Beziehungen auf Regierungsebene bezeichnet. In diesem Sinne nahm Sauvagnargues während der Gespräche die Einladung Fischers nach Ost-Berlin an und stellte auch den baldigen Gegenbesuch des Leiters der politischen Abteilung des *Quai d'Orsay* in Aussicht.⁷⁷⁸ Tatsächlich aber drängte man von französischer Seite bei jeder weiteren Anfrage der DDR zwecks Konkretisierung auf eine Verschiebung dieser Besuche.⁷⁷⁹

Die von Sauvagnargues angekündigte Reise in die DDR fand nie statt. Sein Nachfolger, Louis de Guiringaud, entsandte, um selbst eine solche Reise nicht antreten zu müssen, seinen Staatssekretär Olivier Stirn im Juli 1978 in die DDR. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Stirn vor und nach seiner Regierungstätigkeit als Abgeordneter der Nationalversammlung auch Mitglied der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft *France-RDA* war.⁷⁸⁰ Erneut wurde bei dieser Gelegenheit eine DDR-Reise des französischen Außenministers prinzipiell befürwortet. Aber erst im Juli 1979, mehr als sechs Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der DDR sowie nach dem zuvor notwendigen Besuch von Valéry Giscard d'Estaing in West-Berlin, reiste mit Jean François-Poncet erstmalig ein Außenminister der drei Westalliierten nach Ost-Berlin. Diese Reise, deren minutiöse Vorbereitung sich über ein ganzes Jahr erstreckte⁷⁸¹, sollte einen nicht unerheblichen Einfluss auf die florierende Entwicklung der französisch-ostdeutschen Beziehungen in den 1980er Jahren haben.

Die zahlreichen Probleme Frankreichs mit der DDR nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen verdeutlichen die Diskrepanz, die zwischen den mit diesen Beziehungen auf beiden Seiten verbundenen Interessen bestand. Mehr noch, sie belegen, dass die Aufnahme umfassender diplomatischer Beziehungen zur DDR nur sehr bedingt im Interesse Frankreichs lag. Die französische Außenpolitik war hier am Ende eines multilateralen Prozesses, an dem sie selbst einen maßgeblichen Anteil gehabt hatte, vielmehr zur Umsetzung einer sich aus diesem

⁷⁷⁶ Ibid.: „Mais cela [unterschiedliche Philosophie der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen – Ch. W.] ne doit pas nous empêcher d'établir, à l'instar de la coopération entre la France et l'Union soviétique, inaugurée il y a 10 ans maintenant par le général de Gaulle, des liens approfondis et constructifs. Il s'agit pour nous comme pour vous de donner un contenu concret à la politique de détente à laquelle nous sommes également attachés.“

⁷⁷⁷ AMAE, RDA 1971–1976, 3100: Entwurf für einen Toast des Ministers anlässlich des Besuches von Oskar Fischer in Paris, zweite Version, undatiert: „[...] cette œuvre de rapprochement se traduira par le développement de nos relations bilatérales dans tous les domaines [...].“

⁷⁷⁸ Ibid.: Telegramm der S/DEUC, Andréani, vom 8. 1. 1976.

⁷⁷⁹ Ibid.: Telegramm der S/DEUC vom 11. 2. 1976 an die franz. Botschaft in Berlin und weitere Telegramme.

⁷⁸⁰ AEFA, Présidence nationale, correspondance: Undatierte Note der EFA über die Reise von Olivier Stirn nach Dresden und Berlin am 10. 7. und 11. 7. 1978.

⁷⁸¹ Interview mit Joëlle Timsit, geführt am 3. 12. 2007.

Prozess ergebenden Entscheidung benötigt. Interesse hatte Paris im Sinne seiner multilateralen Entspannungspolitik vor allem an einem Ausbau der Beziehungen und Kontakte auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene und engagierte sich deshalb bereits seit 1969/70 für die Umsetzung entsprechender Ziele. Nach dem 9. Februar 1973 war man gehalten, zahlreiche Konzessionen auf politischer Ebene zu machen – bis hin zu den erwähnten Treffen auf Regierungsebene –, um konkrete Verbesserungen beim Ausbau der Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen zu erwirken. An bilateralen politischen Beziehungen mit der DDR konnte Frankreich jedoch kein wirkliches Interesse haben, hätten diese doch über kurz oder lang zu einer Festschreibung der deutschen Teilung geführt und damit auch zu einer Beschneidung seiner Einflussmöglichkeiten auf die weitere Entwicklung Deutschlands.